

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Klaus-Detlev Grothusen

Der Weg der Türkei in die Moderne –
65 Jahre politisch-historischer Entwicklung

Faruk Şen

Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei
seit 1973

Heinz A. Richter

Aspekte der griechischen Zeitgeschichte

Panos Kasakos

Entwicklungsprobleme und wirtschaftliche
Optionen im Griechenland der achtziger Jahre

B 14–15/88
1. April 1988

Klaus-Detlev Grothusen, Dr. phil., geb. 1928; seit 1969 o. Prof. für Osteuropäische Geschichte an der Universität Hamburg; 1969 Vorsitzender des Südosteuropa-Arbeitskreises der Deutschen Forschungsgemeinschaft; 1974 Präsidialmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft; 1976 Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission; 1976 Vizepräsident der Regionalkommission der UNESCO für Südosteuropa („Association Internationale d'Études du Sud-Est Européen“); 1988 Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft.

Veröffentlichungen u. a.: Die Historische Rechtsschule Rußlands. Ein Beitrag zur russischen Geistesgeschichte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, 1962; Entstehung und Geschichte Zagrebs bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts. Ein Beitrag zum Städtewesen Südosteuropas im Mittelalter, 1967; Herausgeber des „Südosteuropa-Handbuchs“ (bislang erschienen Bde. I–V).

Faruk Şen, Dr. rer. pol., geb. 1948; Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Münster; von 1980 bis 1985 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Bamberg und Duisburg; seit Oktober 1985 Leiter des Zentrums für Türkeistudien in Bonn und Lehrbeauftragter an der Universität Essen.

Veröffentlichungen u. a.: Volkssektor — Eine neue Wirtschaftsreform für die Türkei, Bonn 1979; Gemeinwirtschaft in der Türkei, Köln 1979; Türkische Arbeitermergesellschaften, Frankfurt 1983; Türkei — Land und Leute, München 1986; (mit G. Jahn) Wahlrecht für Ausländer — Stand und Entwicklung in Europa, Frankfurt 1985; (mit W. Meys) Zukunft in der Bundesrepublik oder Zukunft in der Türkei, Frankfurt 1986; (mit N. Akçayli) Berufliche Integration der zweiten Türkengeneration in der Bundesrepublik und in der Türkei, Frankfurt 1987.

Heinz A. Richter, Dr. phil., geb. 1939; Studium der Geschichte, Politologie und Anglistik in Heidelberg; DAAD-Stipendium für einen Forschungsaufenthalt in Griechenland (1967/68); DFG-Forschungsauftrag zur griechischen Zeitgeschichte (1976–1979); Studiendirektor am Carl-Benz-Gymnasium in Ladenburg.

Veröffentlichungen u. a.: Griechenland zwischen Revolution und Konterrevolution 1936–1946, Frankfurt 1973; Griechenland und Zypern seit 1920. Bibliographie zur Zeitgeschichte, Heidelberg 1984; British Intervention in Greece: From Varkiza to Civil War, February 1945–August 1946, London 1986; ferner Aufsätze in griechischen, englischen, amerikanischen und deutschen Fachzeitschriften.

Panos Kasakos, Dr. rer. oec., geb. 1941; Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften in Athen und Kiel; von 1978 bis 1980 Mitarbeiter der Forschungs- und Planungsdirektion der Agrarbank Griechenlands; seit 1983 Professor am Politikwissenschaftlichen Fachbereich der Universität Athen.

Veröffentlichungen u. a.: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft — Darstellung und Kritik der ökonomischen Integration in Westeuropa (griech.), Athen 1978; (Hrsg. mit K. Stefanou) Griechenland in der EG. Die ersten fünf Jahre. Tendenzen, Probleme, Perspektiven (griech.), Athen 1987; zahlreiche Aufsätze vorwiegend über Fragen der europäischen Integration und der Beziehungen Griechenlands zur EG.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich. Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Der Weg der Türkei in die Moderne – 65 Jahre politisch-historischer Entwicklung

I. Einleitung

Als Geburtsstunde der modernen Türkei gilt zu Recht der 29. Oktober 1923, als die Republik Türkei proklamiert wurde. An ihre Spitze trat als erster Präsident Mustafa Kemal, dem die Große Nationalversammlung, das türkische Parlament, am 26. November 1934 den Beinamen „Atatürk“, „Vater der Türken“, verlieh. Am 29. Oktober 1988 wird die Türkei also den 65. Jahrestag ihrer Gründung feiern – sicherlich ein Anlaß, schon jetzt auf den zurückgelegten Weg zurückzublicken und den Versuch einer Prognose zu wagen. Zwei Standpunkte für die Beurteilung sind dabei möglich: derjenige von außen, speziell etwa als Deutscher, und derjenige von innen, von der Türkei her.

Beide Positionen bieten reizvolle und aufschlußreiche Möglichkeiten, mehr Verständnis füreinander zu gewinnen, und dies umso mehr, als die deutsche und die türkische Geschichte über einen weit längeren Zeitraum in engem Kontakt miteinander gestanden haben, als die Zäsur des Jahres 1923 vermuten läßt: Wohl ist es richtig, daß man in der westlichen Wissenschaft ebenso wie in der Türkei, den dezidierten Ansichten Kemal Atatürks folgend, deutlich zwischen Osmanischem Reich und Türkei unterscheidet. Dennoch führt kein Weg daran vorbei, daß gerade auch im europäischen Sprachgebrauch seit dem Eindringen der Osmanen in Südosteuropa am Ende des 14. Jahrhunderts „Osmanisches Reich“ und „Türkei“ synonym verwandt wurden und der Bewohner des Osmanischen Reiches ohnehin der „Türke“ war. Und da als territorialer Nachbar des Osmanischen Reiches seit dem Untergang Ungarns mit der Schlacht von Mohács 1526 und der ersten Belagerung von Wien 1529 zuallererst das Deutsche Reich zu nennen ist, spannt sich ein weiterer Bogen der Kontakte zwischen Deutschen und Türken vom 16. bis zum 20. Jahrhundert.

Zwei – recht gegensätzliche, die Geschichte der deutsch-türkischen Beziehungen schlaglichtartig beleuchtende – Beispiele mögen dies verdeutlichen: Aus dem Jahre 1526 datiert der erste Hamburger „Türkendruck“, in dem es heißt: „Wachet auf Ihr Deutschen alle, der Türke tritt herein mit Schalle“¹⁾. Ganz anders hingegen die Worte, mit denen sich Bundespräsident R. von Weizsäcker am

14. Oktober 1987 in Ankara für die Auszeichnung mit dem Internationalen Atatürk-Friedenspreis bedankte: „Ich weiß, daß ich unter guten Freunden bin . . . Ich betrachte diese Auszeichnung als Ausdruck der fest verwurzelten Freundschaft zwischen unseren Völkern.“²⁾

Aus türkischer Sicht haben die Beziehungen zu Deutschland stets eine besondere – sowohl innergesellschaftliche als auch gesamteuropäische – Bedeutung gehabt: Es war der eindeutige Wille Kemal Atatürks, die Türkei nicht nur auf den Weg eines Nationalstaates zu führen, sondern auch in Richtung auf eine konsequente Modernisierung – was für Atatürk gleichbedeutend mit dem Anschluß an Europa war. Die Formulierung „Die Türkei in Europa“³⁾ gilt damit in einem weiten Bogen von 1526 über den 29. Oktober 1923 bis hin zum 14. April 1987, als die Türkei definitiv den Antrag zur Aufnahme als Vollmitglied in die EG stellte.

Sieht man von der Zeit des Osmanischen Reiches und seines endgültigen Untergangs durch den Ersten Weltkrieg ab, so bleiben für die hier zu leistende Analyse die 65 Jahre der Republik Türkei, die im Spannungsfeld dreier Faktoren gesehen werden können: Kemal Atatürk bzw. der Kemalismus, Nationalstaatlichkeit und Modernisierung.

Kemal Atatürk und der Kemalismus stehen dabei nicht zufällig an erster Stelle: Jeder Versuch, den politisch-historischen Weg der Türkei seit 1923 zu verstehen, hat mit Kemal Atatürk zu beginnen und sein Erbe, den „Kemalismus“, zu berücksichtigen. Kein führender Staatsmann der Türkei hat sich seit dem Tode Kemal Atatürks am 10. November 1938 von seinen Ideen losgesagt, im Gegenteil: Die Berufung auf den unbestritten großen Staatsgründer gehört unverrückbar zu den feststehenden Bekenntnissen jedes Politikers, der seit 1938 die Geschicke der Türkei bestimmt hat. Charakteristisch ist zum Beispiel die Formulierung General K. Evrens in einer Rede vom 23. Oktober 1981, also auf dem Höhepunkt des letzten Militärregimes, in der er einerseits vom „Untergang des Staates“ Kemal Atatürks sprach, anderer-

²⁾ Richard von Weizsäcker, Verleihung des Internationalen Atatürk-Friedenspreises, Ansprache am 14. Oktober 1987, Manuskript, S. 3.

³⁾ Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.), Die Türkei in Europa, Göttingen 1979.

¹⁾ Werner Kayser, Die Hamburger Turcica des 16. Jahrhunderts, in: Philobiblon, X (1975) 1, S. 8.

seits aber die „Rückkehr zu kemalistischen Ideen und Prinzipien“ zum obersten Ziel erklärte⁴⁾.

Aus dieser Voraussetzung ergibt sich ferner, daß die Geschichte der Türkei von 1923 bis heute in zwei große Perioden zerfällt: die Zeit Kemal Atatürks bis 1938 und die Zeit danach. So sehr man auch Bedenken gegen eine derart personengebundene Geschichtsauffassung haben mag, so muß sie im Falle der Türkei dennoch akzeptiert werden. Schließlich ist auch die erste Phase türkischer Geschichte nach Kemal Atatürk unbestreitbar in hohem Maße durch die Persönlichkeit eines Mannes bestimmt gewesen: die Jahre von 1938 bis 1950, als der engste Mitstreiter Atatürks, I. İnönü, ihm im Amt des Staatspräsidenten nachfolgte.

Erst nach 1950 traten die Staatspräsidenten in ihrer Bedeutung für das politische Leben der Türkei zurück — mit Ausnahme K. Evrens, der das Amt nach der Übernahme der Macht durch die Militärs am 12. September 1980 übernommen und es 1982 nach dem erneuten Wechsel vom Militärregime zu einer demokratischen Staatsform behalten hat. Davon abgesehen verlagerte sich von 1950 an das Schwergewicht auf die Ministerpräsidenten, von denen neben İnönü — der für Kemal Atatürks große alte Partei, die Republikanische Volkspartei (RVP), von 1961 bis 1965 noch drei Koalitionsregierungen leitete — vor allem vier von Bedeutung sind:

— A. Menderes, der für die oppositionelle Demokratische Partei (DP) am 22. Mai 1950 erstmals eine Regierung bilden konnte;

— S. Demirel, der als Führer der Gerechtigkeitspartei (GP) am 27. Oktober 1965 seine erste Regierung übernahm;

— B. Ecevit, der am 14. Mai 1972 nach heftigen Auseinandersetzungen mit İnönü diesem als Vorsitzender der RVP folgte und am 25. Januar 1974 an die Spitze einer ersten Koalitionsregierung trat;

und schließlich T. Özal, der Führer der Mutterlandspartei (MP), der seit dem 13. Dezember 1983 Ministerpräsident ist.

Es wäre indes falsch, die Zäsuren in der nachkemalistischen Geschichte ausschließlich an den genannten Staats- und Ministerpräsidenten festzumachen, obwohl diese große politische Bedeutung gehabt haben und für die türkische Innenpolitik teilweise von einer Parallelität sach- und personengebundener Perioden gesprochen werden kann. Das Ende der Staatspräsidentschaft İnönüs und der Regierungsantritt Menderes' am 22. Mai 1950 fallen zum Beispiel zusammen mit dem Wechsel von der RVP zur DP und dem Übergang vom Einparteiensystem Kemal Atatürks zu einem pluralistischen politi-

schen Leben. Auch der Sturz von Menderes am 27. Mai 1960 durch das Militär bedeutete eine innenpolitische Zäsur, nämlich den Beginn des ersten von insgesamt drei Militärregimen in der türkischen Nachkriegsgeschichte. Die Hinrichtung Menderes' am 17. September 1961 steht für die Rigorosität der Militärherrschaft, die nur wenig später, am 15. Oktober 1961, endete. Die sich anschließende Phase demokratischen Lebens dauerte zehn Jahre und fand ihren Abschluß mit der nächsten Intervention des Militärs am 12. März 1971, die bis zum 14. Oktober 1973 dauerte. Die folgende Periode demokratischer Politik währte nur sieben Jahre: Die „Operation vom 12. September 1980“ brachte erneut das Militär, diesmal geführt von General Evren, an die Macht. Erst mit der neuen Verfassung (7. November 1982), dem neuen Parteien- und Wahlgesetz (24. April bzw. 9. Mai 1983) und den ersten Wahlen (6. November 1983) wurde die Regierungsverantwortung wieder an die Politiker abgegeben.

Die hier aufgezeigten Zäsuren der nachkemalistischen Innenpolitik sind nicht identisch mit den Zäsuren in der Außenpolitik. Vielmehr sind die innen- und außenpolitischen Entwicklungen der Türkei seit 1938 — im Gegensatz etwa zu Griechenland⁵⁾ — getrennt voneinander zu betrachten. In einer Charakterisierung der türkischen Außenpolitik nach Atatürk müßte die Zeit des Zweiten Weltkriegs eine Sonderstellung erhalten, da es İnönü zwischen 1939 und 1945 gegen massiven Druck beider kriegsführenden Seiten gelang, die türkische Neutralität zu wahren — ein Meisterstück nationaler Außenpolitik. Die nächste Phase müßte den außenpolitischen Weg der Türkei zur Integration in das westliche Bündnissystem zeigen, der am 18. Februar 1952 mit der Vollmitgliedschaft in der NATO seinen krönenden Abschluß fand. Von da an bis 1963/64 hat die türkische Außenpolitik im Zeichen eines Primates der Beziehungen zu den USA gestanden. Von 1964 bis 1974 dominierte hingegen das Zypernproblem. Von 1974 bis 1980 standen Zypernproblem, Bündnistreue und Diversifizierungstendenzen nebeneinander. Erst von 1980 an kann ein relativer Gleichklang zwischen Außen- und Innenpolitik festgestellt werden, der über die Zäsur von 1983 bis heute weiterreicht⁶⁾.

⁵⁾ Vgl. die Kapitel „Politisches System“ (Gunnar Hering/Georg Demetriou/Michael Kelpanides) und „Außenpolitik“ (Klaus-Detlev Grothusen), in: Südosteuropa-Handbuch, Bd. III: Griechenland, hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen, Göttingen 1980, S. 54—121 und 147—190.

⁶⁾ Als zuverlässigen Überblick zu den im Folgenden behandelten Aspekten der Geschichte des Osmanischen Reiches und der Republik Türkei sowie zur Länderkunde der Türkei siehe Stanford Shaw, *History of the Ottoman Empire and Modern Turkey*, Vol. I, II, Cambridge u. a. 1976/77; Wolf-Dieter Hütteroth, *Türkei*, Wissenschaftliche Länderkunden, Bd. 21, Darmstadt 1982; Südosteuropa-Handbuch, Bd. IV: Türkei, hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen, Göttingen 1985.

⁴⁾ Kenan Evren, Rede des Staatspräsidenten anlässlich der Eröffnung der Beratenden Versammlung am 23. Oktober 1981, Ankara 1981, S. 1.

II. Voraussetzungen

Der Begriff „Voraussetzungen“ läßt sich im Falle der Türkei in doppelter Weise verstehen: einmal als die Geschichte des Osmanischen Reiches, aus dessen Trümmern am 29. Oktober 1923 der türkische Nationalstaat entstand, und dann im engeren Sinn als Vorgeschichte der Staatsgründung von 1923 vom Beginn der Jungtürkischen Bewegung am Ende des 19. Jahrhunderts über die Jungtürkische Revolution von 1908 bis zum steilen, zunächst militärischen Aufstieg Mustafa Kemals seit dem Krieg gegen Italien im Jahre 1911.

Was das Osmanische Reich betrifft, so kann selbst eine auch nur umrißhafte Darstellung seiner Geschichte an dieser Stelle nicht geleistet werden. Allzu gewaltig, auch und gerade für die gesamteuropäische Geschichte, sind die Dimensionen dieses Reiches, das sich nach der abschließenden Eroberung von Konstantinopel 1453 für 500 Jahre in Südosteuropa seinen Platz schaffte. Und nicht einmal die lange, qualvolle Phase seines Niedergangs seit der zweiten Belagerung Wiens im Jahre 1683 kann hier nachgezeichnet werden. Zwei Momente, die am Zerfall des Osmanischen Reiches wesentlichen Anteil hatten, müssen allerdings zumindest erwähnt werden: das nationale Erwachen der Balkanvölker und die Bildung ihrer Nationalstaaten von 1804 bis 1913 sowie die Beteiligung aller europäischen Großmächte des 19. Jahrhunderts an dieser Entwicklung. Beides bildete jene „Orientalische Frage“, die 1878 mit dem Berliner Kongreß⁷⁾ ihren Höhepunkt und mit den Schüssen von Sarajevo bzw. dem Ersten Weltkrieg ihren Abschluß fand⁸⁾.

Und noch ein letztes bewirkte die Orientalische Frage: die Bildung des türkischen Nationalstaates 1923. Davor lagen für das türkische Volk zwölf Jahre fast ununterbrochener, schwerster Kämpfe: vom italienischen Krieg 1911 über die beiden Balkankriege 1912/13 und den Ersten Weltkrieg bis zum Krieg mit Griechenland von 1919 bis 1922.

Im Rückblick erscheint diese Zeit mit türkischen Augen gesehen allerdings nicht mehr so qualvoll, wie erwartet werden könnte: Der Untergang des multinationalen Osmanischen Reiches hat sein Äquivalent in der Entstehung des türkischen Nationalstaates gefunden; die Niederlage im Ersten Weltkrieg mit dem Frieden von Sèvres (10. August 1920) wurde zum Teil dadurch ausgeglichen, daß es von allen Unterlegenen des Ersten Weltkrieges nur der Türkei mit dem Frieden von Lausanne (24. Juli 1923) gelang, zumindest eine Teilrevision durchzusetzen. Zudem endete der Krieg gegen Griechenland mit einem vollen Sieg: Mustafa Kemal konnte im Anschluß daran im Sinne seiner Devise „Frieden im Lande, Frieden in der Welt“ an das innere Aufbau- und Reformwerk gehen.

Noch ein weiterer Punkt ist besonders zu erwähnen: jene in der Türkei unvergessene Waffenbrüderschaft zwischen Türken und Deutschen im Ersten Weltkrieg, die dort zu den festen Fundamenten traditioneller deutsch-türkischer Freundschaft gezählt wird. Der persönliche Einsatz General Liman von Sanders' 1915 für Mustafa Kemal gegenüber dem Kriegsminister und stellvertretenden Oberbefehlshaber Enver Pascha ist hierbei nur eine, allerdings signifikante Episode⁹⁾.

III. Die Zeit Kemal Atatürks (1923—1938)

Bundespräsident von Weizsäcker hat in seiner Rede vom 14. Oktober 1987 zu Recht festgestellt:

⁷⁾ Auf dem Berliner Kongreß von 1878 übernahm der deutsche Reichskanzler Bismarck die Aufgabe, den Balkankonflikt zwischen Österreich—Ungarn, Rußland und Großbritannien zu schlichten. Leidtragender war dabei das Osmanische Reich, das beträchtliche Gebietsverluste hinzunehmen hatte: Serbien, Montenegro und Rumänien (Moldau und Walachei) erhielten die volle Unabhängigkeit, die Herzogwina und Bosnien wurden unter österreichische Verwaltung gestellt, Zypern wurde britisch.

⁸⁾ M. S. Anderson, *The Eastern Question 1775—1923. A Study in International Relations*, London u. a. 1982; Gregor Schöllgen, *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die Orientalische Frage 1871—1914*, München 1984.

„Atatürk war einer der wahrhaft bedeutenden Staatsmänner unseres Jahrhunderts. Wenige lassen sich ihm an die Seite stellen.“¹⁰⁾ Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß die Republik Türkei von 1923 bis 1938 ohne ihn undenkbar und sein Erbe trotz mancher neuerer Entwicklungen nach wie vor für jeden türkischen Politiker in verantwortlicher Position richtungweisend geblieben

⁹⁾ Vgl. Brief Liman von Sanders' an Enver Pascha vom 17. Juli 1915, Archiv der Türk Tarih Kurumu, teilweise abgedruckt in: Klaus-Detlev Grothusen, *Kemal Atatürk. Person, Werk, Erbe*, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, (1982) 60,2, S. 18 f.

¹⁰⁾ Siehe R. v. Weizsäcker (Anm. 2), S. 5.

ist¹¹⁾. Kemal Atatürk und der Kemalismus¹²⁾ bilden somit den Schlüssel zum Verständnis der türkischen Geschichte von 1923 bis heute.

Die Kenntnis des Lebensweges Kemal Atatürks ist für jeden Türken selbstverständlich: von der Geburt 1881 in Saloniki in kleinen Verhältnissen, der frühen Hinneigung zu allem Militärischen, der Kadettenschule 1895 über den Beginn des aktiven Truppendienstes 1905 bis zum ersten, durch seine dezidiert nationalaltürkisch-patriotische Haltung ausgelösten Konflikt mit der osmanischen Armeeführung 1906. Nach einer Verbannung nach Damaskus finden wir Kemal Atatürk 1908 im Umkreis der Jungtürkischen Revolution, obwohl er deren Hauptgedanken, dem Fortbestand eines reformierten Osmanischen Reichs, immer skeptisch gegenüberstand. Es folgten die Jahre militärischer Bewährung: vom Kampf gegen Italien 1911 über die langen Jahre des Ersten Weltkrieges, aus denen der zusammen mit den deutschen Verbündeten erfochtene Sieg an den Dardanellen besonders herausragt. Aus der vollständigen militärischen Niederlage 1918 und dem Frieden von Sèvres nahm er den unbeugsamen Willen mit, einen Neuanfang in nationalaltürkischem Sinn durchzusetzen. Dies Lebenswerk Kemal Atatürks, die Schaffung des türkischen Nationalstaates, zerfällt in zwei Phasen:

1. 1919–1923: die Konstituierung des türkischen Nationalstaates.

2. 1923–1938: Aufbau und Stabilisierung eines leistungsfähigen modernen türkischen Staates auf der Grundlage westlicher Vorbilder.

Sucht man nach Leitlinien, die für den türkischen Staat nach 1923 konstitutiv gewesen sind und sich direkt mit Kemal Atatürk verbinden lassen, so sind vor allem die „Sechs Prinzipien“ zu nennen, die sich im Programm der RVP von 1923 ebenso wie in der Verfassung von 1924 finden: Republikanismus, Nationalismus, Populismus, Etatismus, Laizismus, Revolutionismus¹³⁾. Wie eingängig diese Prinzipien auch sein mögen, so machen sie allerdings auch deutlich, daß Atatürk viel weniger ein Theoretiker gewesen ist als ein Mann der Praxis. Um so leichter konnte es daraufhin allen späteren türkischen Politikern fallen, sich auf ihn zu berufen, und um so klarer lassen sich denn auch seine praktischen Ziele definieren: 1. Erringung und Bewahrung der natio-

nen Unabhängigkeit der Türkei und 2. Modernisierung des neugegründeten Staates.

Auch nach 1923 hatte dabei die nationale Unabhängigkeit für Atatürk Priorität vor der Modernisierung. „Durch nationale Unabhängigkeit zur Modernisierung“ kann mit Blick auf sein Gesamtwerk formuliert werden, womit im übrigen ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung der Politik seiner Nachfolger gewonnen ist. Allein schon die Schaffung eines unabhängigen türkischen Nationalstaates in international anerkannten Grenzen macht Atatürk zu einem großen Staatsmann. Keinen Abbruch tut es seiner Leistung, daß die türkische Nation viel mehr noch als die deutsche als „verspätet“ zu bezeichnen ist.

Von 1923 an sah Kemal Atatürk in der Modernisierung der Türkei seine Hauptaufgabe, wobei die Entwicklung in Europa sein Leitbild war. Modernisierung und Europäisierung waren für ihn synonyme Begriffe. Der Weg nach Europa war damit vorgegeben, woraus sich ein zweites Kriterium für die Beurteilung der späteren politischen Entscheidungen in der Türkei ergibt. Von der Kleidung über die Schrift und die Sprache bis zur Wirtschaft vollzog sich von 1923 bis 1938 ein atemberaubender Veränderungsprozeß, dessen äußere Form die „Revolution von oben“, die „Erziehungsdiktatur“ war¹⁴⁾, vergleichbar in der neueren europäischen Geschichte nur mit den Reformen Peters des Großen.

Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang die enorme Hilfe, die die Türkei im Rahmen dieses Prozesses nach 1933 deutschen Emigranten gewährt hat: Von Ernst Reuter, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, Fritz Neumark bis zu Rudolf Nissen, Fritz Baade und vielen anderen reicht die Reihe der Namen, die für eine neue und enge Berührung zwischen Deutschland und der Türkei gesorgt haben¹⁵⁾.

Was Kemal Atatürks Außenpolitik betrifft, so steht sie von 1923 bis 1938 vollständig im Zeichen der Bewahrung der schwer errungenen nationalen Unabhängigkeit als Voraussetzung des ungestörten innenpolitischen Reformprozesses. Er betrieb eine klassische Status-quo-Politik. Nur in zwei Punkten hat er Revisionen angestrebt: in der Frage der Souveränität über die Meerengen, die die Türkei 1923 mit dem Lausanner Friedensvertrag verloren hatte, und in der Frage der Provinz Hatay (Sandschak Alexandrette), die 1920 unter französische Man-

¹¹⁾ Siehe dazu Anm. 9, sowie Franz Ronneberger, Von Atatürk bis zum 12. September 1980, in: Südosteuropa Mitteilungen (1982) 60,2, S. 28–38; Mustafa Kemal Atatürk 1881–1981. Vorträge und Aufsätze zu seinem 100. Geburtstag, Heidelberg 1982; Atatürk in deutscher Sicht, hrsg. von der Deutschen Welle (Redaktion Beril Hofmann/Dietrich Schlegel), Köln 1982.

¹²⁾ Dankwart A. Rustow, Kemalismus, in: Südosteuropa-Handbuch, Bd. IV: Türkei (Anm. 6), S. 237–247.

¹³⁾ Zu den Schwierigkeiten der Übersetzung dieser Begriffe siehe Ernst E. Hirsch, Die Verfassung der Türkischen Republik, Frankfurt-Berlin 1966, S. 83.

¹⁴⁾ G. A. Sonnenhol, Kemal Atatürk heute, in: Südosteuropa-Mitteilungen, (1980) 20,3, S. 12.

¹⁵⁾ Horst Widmann, Exil und Bildungshilfe. Die deutschsprachige akademische Emigration in die Türkei nach 1933, Bern-Frankfurt 1973; Der Scurla-Bericht. Die Tätigkeit deutscher Hochschullehrer an türkischen wissenschaftlichen Hochschulen, Schriftenreihe des Zentrums der Türkeistudien, Bd. 3, hrsg. u. eingel. von Klaus-Detlev Grothusen, Frankfurt 1987.

datsverwaltung gestellt wurde. In beiden Fällen gelang ein Erfolg: für die Meerengen mit dem Vertrag von Montreux 1936, für Hatay durch İnönü im Schatten des heraufziehenden Zweiten Weltkriegs im Sommer 1939. Von den genannten Punkten abgesehen kann Kemal Atatürk außenpolitisch zudem auch als konsequenter Befürworter einer Politik der Blockfreiheit charakterisiert werden — ein Erbe, das im Zweiten Weltkrieg meisterhaft von İnönü fortgeführt worden ist.

IV. Die Zeit İnönüs (1938—1950)

Noch jede türkische Regierung von 1938 an bis heute, einschließlich der Militärregierungen, hat es als ihre heilige Pflicht bezeichnet, das Erbe Atatürks zu wahren und zu vollenden. Atatürks Grabmal hoch über Ankara kommt so wahrhafter Symbolcharakter zu. Inhaltlich bedeutete dieses Erbe außenpolitisch strikte Unabhängigkeit für den türkischen Nationalstaat, innenpolitisch Fortsetzung der Modernisierung im Sinne einer Europäisierung. Daß eine Einführung der parlamentarischen Demokratie nicht gegen die Pläne Atatürks verstoßen würde, wurde gesagt. Unvereinbar mit seinen Maximen wäre indes ein Rückfall in islamisch-universalistische Traditionen. Auch ein Anschluß an außenpolitische Blöcke wie die NATO und die EG erscheint im Sinne Atatürks fragwürdig.

Für İnönü, den Nachfolger Atatürks als Staatspräsident, stand zunächst nicht die Innen-, sondern die Außenpolitik im Vordergrund. Die Türkei mußte so unbeschadet wie möglich durch den Zweiten Weltkrieg gebracht werden¹⁶). Daß dies erreicht wurde und die Türkei neutral blieb, war eine große staatsmännische Leistung. Persönlich neigte İnönü allerdings schon im Oktober 1939 deutlich zur Seite der Westmächte. Die Kriegserklärung an Deutschland am 23. Februar 1945 erfolgte dennoch nur widerwillig. Sie hatte ihren Grund im wesentlichen darin, daß İnönü die Ausschußfrist zum Beitritt zur UNO, die am 1. März 1945 auslief, wahren wollte.

Wichtiger als die Kriegserklärung an Deutschland sollte für die Zukunft indes sein, daß die alte außenpolitische Allianz Kemal Atatürks mit der Sowjetunion schon während des Krieges brüchig wurde und mit der Kündigung des Vertrages von 1925 durch die Sowjetunion am 19. März 1945 ihr Ende fand. Hinzuweisen ist auch auf die bitteren Klagen Griechenlands, das sich entgegen den vertraglichen Abmachungen der dreißiger Jahre (u. a. Freundschaftsvertrag vom 30. Oktober 1930) von der Tür-

Die Leistung Kemal Atatürks in Innen- wie Außenpolitik ist unbestreitbar. Ein Einwand ist allenfalls denkbar: Der wohl unabweisbare Weg der Erziehungsdiktatur schloß die Entwicklung des Parlamentarismus aus. Allerdings wollte Kemal Atatürk in der weiteren Zukunft durchaus eine pluralistische Demokratie schaffen. Sein Nachfolger İnönü, der diesen Weg von 1945 bis 1950 beschritt, hat hier also nur Pläne Atatürks verwirklicht.

kei im Zweiten Weltkrieg im Stich gelassen, fühlte.

Das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs ist somit für die Türkei nicht ein Sieg über Deutschland gewesen, sondern der Beginn der Integration in den Westblock im Zeichen des Kalten Krieges. Der Weg führt vom Bruch mit der Sowjetunion in den Jahren 1945 und 1946 über die Trumandoktrin vom 12. März 1947 — die gemeinsamen Schutz Griechenlands und der Türkei einschloß — und schließlich zur gemeinsamen Aufnahme beider Länder in die NATO am 18. Februar 1952. Diese entschiedene Abkehr von Atatürks Außenpolitik des Neutralismus wurde dabei von der RVP und İnönü genauso getragen wie von Menderes und der DP. Der erste amerikanische Flottenbesuch in der Türkei am 5. April 1946 wurde zu einer unvergleichlichen Demonstration der Freundschaft mit den USA. Hier sollte sich in Zukunft vieles ändern.

Schließlich ist aus der Zeit İnönüs in außenpolitischer Hinsicht noch wichtig, daß sich die Türkei auch allen Institutionen des im Aufbau befindlichen Systems westeuropäischer Demokratien anschloß: Sie gehörte zu den Gründungsmitgliedern der OEEC (16. April 1948), sie trat dem Europarat wenige Monate nach dessen Gründung am 8. August 1949 bei und schloß sich der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Europäischen Zahlungsunion an. Nie wurde von westeuropäischer Seite Widerstand dagegen geltend gemacht. Im Gegenteil: Der Artikel 6 des NATO-Vertrages wurde sogar eigens geändert, um Griechenland und der Türkei den Beitritt zu ermöglichen. Hingegen kam für die Türken ein Beitritt zur am 22. März 1945 gegründeten Arabischen Liga aufgrund des von İnönü streng gewährten Laizismus Atatürks nicht in Frage.

Innenpolitisch sind es vor allem die Jahre von 1945 bis 1950, die Beachtung verdienen¹⁷). Das Unbehagen breiter Bevölkerungskreise über die allmählich

¹⁶) Z. Önder, Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1977.

¹⁷) Für Einzelheiten vgl. für alle folgenden Abschnitte das Südosteuropa-Handbuch, Bd. IV: Türkei (Anm. 6).

in Erstarrung übergehende Herrschaft der RVP ging Hand in Hand mit der Bereitschaft Inönüs, Oppositionsparteien zuzulassen. Auf diese Weise kam es am 7. Januar 1946 zur Gründung der DP,

die am 14. Mai 1950 einen sensationellen Wahlsieg über die RVP erringen konnte. Der Abtritt Inönüs als Staatspräsident am 22. Mai 1950 bedeutete eine tiefe Zäsur in der türkischen Innenpolitik.

V. Die DP an der Macht, das erste Militärregime und der Primat der türkisch-amerikanischen Beziehungen (1950—1964)

Zwei Phänomene sind für die weitere politische Entwicklung der Türkei signifikant: Zum einen weist die Innenpolitik einen Rhythmus von drei fast gleich langen demokratischen Phasen aus (1950—1960, 1961—1971, 1973—1980). Auf diese folgten jeweils Militärinterventionen von zunehmender Dauer (1960/61, 1971/73, 1980—1983), aus denen aber immer der Rückweg zur Demokratie hat gefunden werden können. Zum anderen verlief die Entwicklung der Außenpolitik auch weiterhin unabhängig von der Innenpolitik. Daß der Abschluß der Westintegration mit dem Eintritt in die NATO 1952, also zwei Jahre nach dem innenpolitisch so bedeutsamen Wechsel von Inönü zu Menderes, stattfand, macht dies für die frühen fünfziger Jahre in besonderer Weise deutlich. Innenpolitisch ist die Periode nach dem Rücktritt Inönüs durch die Herrschaft von Menderes und der DP gekennzeichnet, die am 27. Mai 1960 abrupt durch das Militär beendet wurde; außenpolitisch dauerte die seit 1952 vorrangige Annäherung an die USA an. Auch die erneute Demokratisierung — 1961 wurde in einer Volksabstimmung eine neue Verfassung angenommen, und Inönü kehrte als Ministerpräsident in die Regierung zurück — änderte zunächst nichts an diesem Kurs.

Ein Wandel erfolgte dann allerdings 1964, als die Konflikte zwischen der griechischen Mehrheit und der türkischen Minderheit auf Zypern sich bis zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen verschärften und die Türkei ernsthaft mit einer Invasion Zyperns drohte. Der amerikanische Präsident Johnson, der im Sicherheitsinteresse der USA einen Krieg zwischen den NATO-Staaten Griechenland und Türkei verhindern wollte, schrieb Inönü daraufhin am 5. Juni 1964 einen berühmt-berühmten Brief, in dem er die Türkei nachdrücklich vor einer Invasion warnte. „Ankara witnessed the United States placing its security interests above those of its allies.“¹⁸⁾

Von 1950/52 bis 1964 gaben indes alle türkischen Regierungen, gleich ob sie von der RVP, der DP oder dem Militär gestellt wurden, in der Außenpo-

litik der Freundschaft mit den USA in gleicher Weise den Vorrang. Der Schlüssel zum Verständnis dieser Phase der neueren Geschichte der Türkei liegt damit klar in der Innenpolitik.

Ausgehen ist dabei von dem sensationellen Wahlsieg der DP vom 14. Mai 1950, der der Partei 53,3 Prozent der Stimmen brachte. Wenn dies nach dem damals gültigen Wahlgesetz dazu langte, Menderes im Parlament eine Mehrheit von 83,8 Prozent der Sitze zu verschaffen, so kann die Parallelität zum Wahlsieg Özals und der Mutterlandspartei (MP) vom 29. November 1987 nicht fern liegen (36,2 Prozent der Stimmen, 65 Prozent der Sitze), auch wenn inzwischen längst ein neues Wahlgesetz erlassen worden ist. Davon abgesehen muß der politische Erdbeben von 1950 eher als Protestwahl angesehen werden: Der türkische Wähler wollte offenbar nach 27 Jahren RVP-Regierung einen politischen Wechsel, auch ohne zu wissen, was die DP ihm bieten würde.

Das Feld, auf dem Menderes sich vor allen Dingen zu bewähren hatte, war die Wirtschaft. Und gerade hier — in der Agrar-, Industrie- wie Finanzpolitik — versagte er. Nicht weniger negativ entwickelte sich die Kulturpolitik. Auch wenn es übertrieben ist, von einer Re-Islamisierung zu sprechen, so führte der Weg doch weg von Atatürks laizistischer Europäisierung. Ein deutliches Zeichen war die Schließung der Bildungseinrichtungen, die Atatürk auf dem Lande geschaffen hatte.

Die Machtübernahme durch das Militär am 27. Mai 1960 beendete die Herrschaft Menderes' und machte zum erstenmal die politische Bedeutung des Militärs in der Türkei deutlich¹⁹⁾. Bereits seit den Jahren 1919 bis 1922, als die Armee die Staatsgründung erkämpfte, hatte sie eine unbestrittene gesamt-nationale Funktion gehabt. Die Armee galt als Wahrer der nationalen Integrität, zumal Kemal Atatürk aus ihr hervorgegangen war. Von einer Neigung zur kontinuierlichen Militärdiktatur wie in vielen Ländern der Dritten Welt kann dennoch in der Türkei nicht die Rede sein: General Gürsel, der Führer der Intervention von 1960, hat ebenso wie die Generäle Sunay und Evren 1971/73 bzw.

¹⁸⁾ Zit. nach Turkey's Problems and Prospects: Implications for U. S. Interests. Report prepared for the Subcommittee on Europe and the Middle East of the Committee on Foreign Affairs U. S. House of Representatives, March 3, 1980, Washington 1980, S. 11.

¹⁹⁾ Gerhard Weiher, Die innenpolitische Rolle des Militärs, in: Südosteuropa-Handbuch, Bd. IV: Türkei (Anm. 6), S. 303—315.

1980/83 den Rückweg zur Demokratie sicherlich nicht nur wegen des außenpolitischen Drucks vor allem der NATO-Partner angetreten.

Die politische Komplexität der Militärintervention vom Mai 1960 kennzeichnen vor allem zwei Ereignisse: die neue Verfassung vom 9. Juli 1961, die durchaus als demokratisch bezeichnet werden kann²⁰⁾, und die Vollstreckung der Todesurteile gegen Menderes und zwei andere Politiker trotz massiver internationaler Proteste am 17./18. September 1961 — nur wenige Wochen vor der Parlamentswahl vom 15. Oktober 1961, die İnönü und die RVP wieder an die Regierung brachte.

Außenpolitisch stehen die Jahre seit 1950 im Zeichen der Westintegration, vorrangig einer Hinneigung zu den USA. In diesem Zusammenhang ist auch der Antrag auf Assoziierung an die EWG vom 20. September 1959 zu sehen. Die Westmächte kamen der Türkei ihrerseits durch eine fortgesetzte, massive Wirtschaftshilfe entgegen, wobei die Bundesrepublik zunehmend in den Vordergrund trat. Die Militärintervention von 1960/61 machte das wechselseitige Verhältnis dann erstmals problematisch.

VI. Die dritte demokratische Phase und die zweite Militärintervention; Außenpolitik im Zeichen des Zypern-Konflikts (1961—1974)

Auch wenn in der Politikwissenschaft vielfach nachdrücklich der Primat der Innenpolitik gegenüber der Außenpolitik betont wird²¹⁾, kann dies andere Wertungen im Einzelfall nicht ausschließen. Für die Periode von 1961 bis 1974 stehen — zumindest für den ausländischen Betrachter — zweifellos der voll entbrannte Zypern-Konflikt zusammen mit dem vielschichtigen Ägäis-Problem im Mittelpunkt türkischer Politik. Nachdem unter Mitwirkung der Türkei der unabhängige Staat Zypern am 16. August 1960 gegründet worden war, brachen die Konflikte zwischen Griechen und Türken auf der Insel nicht ab. Am 8./9. August 1964 fielen die ersten türkischen Bomben, und vom 20. Juli bis zum 16. August 1974 folgte in zwei Etappen die Besetzung von rund 40 Prozent der Insel durch die türkische Armee. Der bis heute unverminderte Gegensatz zwischen der Türkei und Griechenland erreichte damit seinen Höhepunkt mit allen negativen Folgen für das westliche Bündnissystem.

²⁰⁾ Für den Text mit Kommentar in deutscher Übersetzung vgl. Anm. 13.

²¹⁾ Ekkehart Krippendorf, Ist Außenpolitik Außenpolitik?, in: Politische Vierteljahresschrift, (1963) IV, S. 243—266; Ernst-Otto Czempiel, Der Primat der auswärtigen Politik, in: ebd., S. 266—287.

Das Ende der guten Beziehungen zum Westen und zu den USA kam mit der Kuba-Krise, als Präsident Kennedy Chruschtschow angeblich den Rückzug der in der Türkei stationierten Jupiter-Raketen als Tausch für den Abzug der sowjetischen Raketen auf Kuba anbot. Vor allem aber kulminierten die Probleme mit Griechenland: Hoheitsgewässer, Shelf (Ölbohrrechte in der Ägäis), Lufthoheit und an erster Stelle Zypern. Mit dem erwähnten, zwar sachlich richtigen, aber höchst ungeschickten Brief Präsident Johnsons an Ministerpräsident İnönü vom 5. Juni 1964 war bleibend das Ende der Hinneigung zu den USA in der Türkei erreicht. Um so mehr suchte die Türkei von da an die Anlehnung an die EWG, was am 1. Dezember 1964 zum Vertrag von Ankara und zur Assoziierung der Türkei führte.

Distanziert blieb weiterhin das Verhältnis zur Sowjetunion und zum Ostblock, obwohl eine gewisse Annäherung feststellbar ist. Die Bündnistreue der Türkei wurde dadurch allerdings nie in Frage gestellt. Und auch im Nahen und Mittleren Osten erwies sich die Türkei als zuverlässig, wie die Gründung des Bagdad-Paktes (24. Februar 1955) bzw. der CENTO (20. August 1959) sowie die Haltung gegenüber Ägypten und Israel zeigen.

Die Frage nach der Schuld für diese Entwicklung kann dabei keinesfalls einseitig gegen die Türkei beantwortet werden²²⁾. Es ist nicht zu bestreiten, daß die *Enosis*, die Vereinigung Zyperns mit Griechenland, von der damaligen Athener Militär-Junta vorbereitet wurde und durch den Sturz von Erzbischof Makarios 1974 vollendet werden sollte. Dagegen bildete die türkische Invasion das letzte Mittel. Etwas anderes ist indes die Frage, ob die Besetzung hinsichtlich ihrer Form und ihrer Folgen von türkischer Seite mit dem richtigen Augenmaß betrieben worden ist.

Für die prinzipiell kemalistische Ausrichtung der türkischen Außenpolitik spricht es, daß auch in dieser Periode die Westorientierung der Türkei von keiner der wechselnden Regierungen ernstlich in Frage gestellt worden ist. Ebenso wenig änderte sich etwas am traditionellen Antirussismus bzw. Antisowjetismus und Antikommunismus — trotz der Aufnahme einer beschränkten Besuchsdiplomatie mit der UdSSR. Die Außenpolitik der beiden innenpolitischen Gegner jener Jahre — Demirel als Führer der GP, die die Nachfolge der DP über-

²²⁾ Ronald Meinardus, Die Türkei-Politik Griechenlands. Der Zypern-, Ägäis- und Minderheitenkonflikt aus der Sicht Athens (1967—1982), Frankfurt u. a. 1985.

nahm, und Ecevit als neuer Führer der sich zu einer Art sozialdemokratischer Partei wandelnden RVP — unterschied sich hier kaum. Und erst recht blieb es während der zweiten Militärintervention 1971/73 bei der gewohnten Westorientierung.

In dieses Bild paßt es, daß am 23. November 1970 ein umfangreiches Zusatzprotokoll zum EWG-Assoziierungsvertrag unterzeichnet wurde, das am 1. Januar 1973 in Kraft trat. Die westliche Finanz- und Wirtschaftshilfe für die Türkei wurde fortgesetzt. Nur im Verhältnis zu den USA machte sich — vor allem wegen Zypern — eine weitere Abkühlung bemerkbar, wie das türkische Verhalten in den Nahost-Krisen von 1967, 1969 und 1973 nachdrücklich bewies. Das Stichwort einer gewissen „Diversifizierung“ der türkischen Außenpolitik ist in diesem Zusammenhang angebracht. Am 11. September 1964 hat die türkische Regierung die Türkei erstmals als „islamisches Land“ bezeichnet. Es folgten erste Ansätze zu einer Annäherung an einen Teil der arabisch-islamischen Länder.

VII. Innenpolitische Radikalisierung und dritte Militärintervention; Außenpolitik im Zeichen von Zypernkonflikt, Bündnistreue und Diversifizierungstendenzen (1974—1983)

Wenn von Dramatik in der Entwicklung der Türkei seit dem Zweiten Weltkrieg gesprochen werden kann, dann in den Jahren von 1974 bis 1983. Innenwie außenpolitisch erwies sich die Türkei im westlichen Bündnisssystem als ein Partner, der alle Aufmerksamkeit erforderte. Von den Problemen dieser Jahre können kaum die wichtigsten genannt werden: Sie reichen von einer nie dagewesenen innenpolitischen Radikalisierung mit der akuten Gefahr eines Bürgerkrieges, der sich daran anschließenden dritten Militärintervention, einer dramatischen Verschlechterung der Wirtschaftslage über den Höhepunkt der Zypern-Krise mit dem amerikanischen Waffenembargo (4./5. Februar 1975 bis 27. September 1978) bis zu der Gefahr des „unthinkable war“ zwischen den NATO-Partnern Türkei und Griechenland sowie Ecevits „Turkish Ostpolitik“ (1978/79²³). Parallel zu diesen Entwicklungen ist eine rapide wachsende militärische und außenpolitische Bedeutung der Türkei zu beobachten. Begründet ist diese durch die sowjetische Invasion in Afghanistan 1979, den Krieg zwischen Iran und Irak sowie durch die zunehmenden Schwierigkeiten der NATO mit Griechenland seit dem Regierungsantritt A. Papandreous am 18. Oktober 1981.

Schwerer noch als die außenpolitischen Probleme belastete dabei wohl die innenpolitische Entwicklung das Verhältnis der westlichen Bündnispartner

Innenpolitisch zeigen die sechziger Jahre bis zur zweiten Militärintervention nur scheinbar einen harmonischen Wechsel der beiden großen Parteien RVP (Inönü, Ecevit) und GP (Demirel). Vielmehr nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien zunehmend ideologischen Charakter an. Zusammen mit einer ungünstigen Wirtschaftsentwicklung führte dies zu einer bis dahin in der Türkei unbekanntenen innenpolitischen Radikalisierung, die auf eine Katastrophe zuzueilen und weit mehr noch als 1960 das Eingreifen des Militärs am 12. März 1971 zu rechtfertigen schien.

Viel stärker als 1960/61 war die Armee 1971/73 in sich zerstritten, so daß sich die zivilen Kräfte während dieser Jahre besser halten konnten als bei der ersten Intervention. Die Rückkehr zum demokratischen System erfolgte dann im Herbst 1973 ebenso wie 1961 keineswegs nur auf Druck der westlichen Bündnispartner, sondern auch auf den erklärten Willen der Armeeführung hin.

zur Türkei. Zwar haben die politischen Führer der Türkei auch in den schlimmsten Phasen des Zypernkonflikts und der innenpolitischen Krisen der Jahre von 1971 bis 1980 das grundsätzliche kemalistische außenpolitische Bekenntnis zum Westen trotz einer Reihe politischer wie wirtschaftlicher Diversifizierungstendenzen in Richtung auf die islamische sowie in geringerem Umfang auch in Richtung auf die sowjetische Welt niemals widerrufen. Dennoch stand der Westen aber vor dem Problem, sein Verhältnis zu einem Partner gestalten zu müssen, dessen Innenpolitik sich immer weiter von den Regeln einer westlichen Demokratie entfernte. Bezeichnend hierfür sind die jahrelangen Debatten im Europa-Parlament, für die insbesondere die umfangreiche Analyse des sogenannten Hassel-Berichts von 1981/82 typisch ist²⁴).

Formal gleichen sich dabei die Bilder: Wie vor der ersten und zweiten Militärintervention verschärfen sich im Verlauf von sieben bis zehn Jahren ohne äußere Einwirkung die inneren Spannungen so, daß das Militär als Ordnungsmacht eingreifen mußte. Gleich geblieben war auch die Intention des Militärs: Es ging nicht um dauernde Okkupation der Macht wie in manchen Militärdiktaturen der Dritten Welt, sondern um die Erhaltung des Erbes Atatürks, um innere Reform und schließlich um Rück-

²³ Klaus-Detlev Grothusen, Außenpolitik, in: Südosteuropa-Handbuch, Bd. IV: Türkei (Anm. 6), S. 155.

²⁴ Europäisches Parlament. Politischer Ausschuß. Entwurf eines Berichts über die politische Lage in der Türkei. Berichtersteller: K. U. v. Hassel. PE 73692/rev. II.

gabe der Macht an die politischen Parteien. Dies gilt in gleicher Weise für die dritte Intervention des Militärs vom 12. September 1980, an deren Ende ebenso wie bei der zweiten Intervention eine neue Verfassung steht (7. November 1982), deren im Prinzip demokratischer Charakter unbestreitbar ist²⁵⁾.

Unleugbar ist allerdings, daß alle drei Male, vor allem 1980/83, die westlichen Alliierten mit Nachdruck auf die Wiedereinführung der Demokratie drängten. Die dreimalige Rückkehr der Türkei zur Demokratie nun aber allein durch diesen äußeren Druck zu erklären, geht sicherlich zu weit und verkennet die Rolle der kemalistischen Armee. Eine ganz andere Frage ist hingegen, ob die fast regelmäßigen innenpolitischen Oszillationen im System des Kemalismus begründet seien, ob dieser nicht zu früh und zuviel an Modernisierung und Europäisierung vom türkischen Volk verlange? Zur Begründung dieser Auffassung könnte angeführt werden, daß sich die drei krisenhaften Prozesse von 1950, 1961 und 1973 zunehmend heftig entwickelt hatten, so daß General Evren am 23. Oktober 1981 sogar vom „Untergang des Staates“ Kemal Atatürks sprach²⁶⁾. Die Antwort sollte indes — mit dem Abstand weiterer Jahre — sein, daß Hoffnung am Platz ist.

Die Jahre von 1973 bis 1980 sind innenpolitisch von einem zunehmend hoffnungslosen Nacheinander und Gegeneinander von RVP und GP und deren Führern Ecevit und Demirel geprägt. Neben den beiden großen Parteien entwickelten sich außerdem seit Mitte der sechziger Jahre mehrere kleinere Parteien, die auch für die Regierungsbildungen nötig wurden. Genannt sei für die siebziger Jahre vor allem die 1970 gegründete Nationale Heilspartei N. Erbakans, die nachdrücklich islamisch orientiert war und bis zu 11,8 Prozent der Stimmen erreichte. Angesichts des Erfolgs dieser Partei begannen die westlichen Bündnispartner sich zu sorgen, ob nun auch eine Wende in der Außenpolitik der Türkei gekommen sei.

Trotz aller zunehmend deutlicher werdenden außenpolitischen Diversifizierungstendenzen kann aber auch in den dramatischen Jahren von 1973 bis 1983 keine Rede davon sein, daß die politischen Führer der Türkei ernsthaft eine Abkehr vom westlichen Bündnisystem angestrebt hätten: Weder Demirel noch Ecevit und schon gar nicht Evren kann dies nachgewiesen werden, obwohl letzterer

in den Jahren der dritten Intervention den meisten Grund dazu gehabt hätte.

Allerdings ist eine gewisse Hinwendung zum islamisch-arabischen Raum in jenen Jahren unübersehbar. 1976 lud die Türkei die Islamische Außenministerkonferenz erstmals zu sich ein, die diplomatischen Beziehungen zu Israel wurden 1976 abgebrochen, und 1979 folgte die Aufnahme offizieller Beziehungen zur PLO. Parallel dazu wuchs der Außenhandel mit den islamisch-arabischen Ländern kontinuierlich. 1981 nahm B. Ulusu als erster türkischer Ministerpräsident an einer Islamischen Gipfelkonferenz teil und reiste im Anschluß daran in Pilgerkleidern nach Mekka. Den Höhepunkt der Annäherung an die islamische Welt bildete eine Rede General Evrens vom 28. Mai 1982 vor der Islamischen Entwicklungsbank, in der er erklärte: „Die Türkei ist ein untrennbares Glied der islamischen Welt.“²⁷⁾

Die Verbesserung der Kontakte sowohl zur islamischen Welt als auch zum Ostblock seit 1973 diente der Türkei letztlich lediglich als Hebel in der Westpolitik und insbesondere in der Zypernfrage. Aufgrund ihrer Zypernpolitik mußte sich die Türkei gegen den Druck sämtlicher westlicher Bündnispartner wehren. Auch die UNO stellte sich mit der Resolution Nr. 353 des Sicherheitsrates vom 20. Juli 1974 gegen die Türkei. Die Beziehungen zum Westen wurden dann noch schwieriger, als der Führer der türkischen Volksgruppe auf Zypern, R. Denктаş, am 13. Februar 1975 mit Unterstützung der Türkei den „Türkischen Föderativen Staat Zypern“ ausrief. Diesen neuen zyprischen Staat hat bis heute nur die Türkei anerkannt, und obwohl unter Federführung der UNO-Generalsekretäre laufend Verhandlungen über die Rückkehr zur Einheit Zyperns geführt werden, stagniert das Problem seitdem.

Aber nicht nur Zypern brachte die Türkei zwischen 1974 und 1983 mehrfach an den Rand eines — für das westliche Bündnis katastrophalen — Krieges mit Griechenland. Auch der Ägäis-Konflikt mit allen seinen Teilproblemen verschärfte die Situation, und nicht zuletzt kam mit A. Papandreou ein vehement national eingestellter Politiker am 18. Oktober 1981 an die Spitze Griechenlands. Wie sehr sich die Türkei dennoch weiterhin als Teil des westlichen Bündnisystems fühlte, zeigt die Tatsache, daß Außenminister I. Türkmen im Juni 1983 erneut den türkischen Wunsch auf Vollmitgliedschaft in der EG aussprach. Daß Griechenland seit dem 1. Januar 1981 die Vollmitgliedschaft bereits erlangt hatte, wirkte offenbar nur anspornend.

²⁵⁾ Die Verfassung der Republik Türkei (mit einer Einführung von Christian Rumpf), in: Beiträge zur Konfliktforschung, 13 (1983) 1, S. 105–174.

²⁶⁾ Siehe Anm. 4.

²⁷⁾ Kenan Evren, Eröffnungsrede, in: Newspot vom 28. 5. 1982.

VIII. Die dritte Rückkehr zur Demokratie; Ausblick (1983–1988)

Der dritte Versuch, nach einer Militärintervention stabile innenpolitische Verhältnisse in der Türkei zu schaffen, wurde mit Sorgfalt vorbereitet: Auf die Annahme der neuen Verfassung durch ein Referendum am 7. November 1982, ein neues Parteiengesetz vom 24. April 1983 und ein neues Wahlgesetz (3. Mai 1983) folgten schließlich allgemeine Wahlen, die die MP Özals an die Macht brachten. Die im Westen vielfach geäußerten Zweifel an der Stabilität des neuen Systems sind inzwischen widerlegt worden. Die letzten Wahlen vom 29. November 1987 haben die Mehrheit für Özal in der Großen Nationalversammlung sogar noch verstärkt, wenn gleich, wie Kritiker auch in der Türkei zu Recht festgestellt haben, dieser Erfolg sicherlich auch auf einer Änderung des Wahlgesetzes beruht. Hier Kritik anzusetzen dürfte allerdings verfehlt sein: nicht nur, weil in den Wahlen vom 19. November 1987 in der Türkei bis dahin nicht unbekannte stabile parlamentarische Mehrheiten erreicht wurden (vgl. die Wahlergebnisse von 1950, 1954 und 1957)²⁸⁾, sondern vielmehr auch, weil in England das Mehrheitswahlrecht für ähnliche Ergebnisse sorgt, so wenig sich die beiden politischen Systeme sonst vergleichen lassen. Kritik richtet sich indessen nach wie vor auch auf die großen Einflußmöglichkeiten der Armee — obwohl die Verfassung als solche durchaus den Anspruch erheben kann, demokratisch zu sein —, auf Polizei, Gerichtswesen, Strafvollzug oder auf die Lage der nationalen Minderheiten,

²⁸⁾ Ergun Özbudun, Election Results, in: Südosteuropa-Handbuch, Bd. IV: Türkei (Anm. 6), S. 738 f.

allen voran die der Kurden. Bundespräsident von Weizsäcker hat speziell die Minderheitenfrage und den Strafvollzug in seiner Rede vom 14. Oktober 1987 in vorsichtiger Form angesprochen. Auch auf das aus westlicher Sicht wichtigste Ereignis der Jahre seit 1983 wies er hin: auf den Antrag der Türkei auf Vollmitgliedschaft in der EG vom 14. April 1987. „Dies ist ein verständlicher Schritt. Der Weg wird nicht einfach sein.“²⁹⁾

Vom Standpunkt des Jahres 1988 aus läßt sich im Rückblick auf die Jahre seit 1983 sagen, daß in der Türkei innenpolitisch deutlich mehr Stabilität erreicht worden ist als 1961 oder 1973. Trotz berechtigter Kritik im einzelnen verdient die Türkei die „kritische Sympathie ihrer Partner in Europa“, von der der Bundespräsident am Ende seiner Rede sprach. Nichts spricht dafür, daß es ein historisches Gesetz gäbe, demzufolge die Türkei weiterhin alle zehn Jahre eine innenpolitische Krise und eine sich daran anschließende Militärintervention erleben müßte.

Heute steht deshalb die Frage im Mittelpunkt, ob die Türkei den 1948 begonnenen Weg in die westeuropäischen Institutionen weitergehen wird oder ob sie sich für die Alternative entscheidet, Brücke zwischen Europa und Vorderem Orient zu sein. Zur Zeit spricht alles für die erste Alternative. Trotz aller durch die politische Entwicklung bedingten Differenzierungen kann also festgestellt werden, daß das 1923 begonnene Werk Kemal Atatürks Bestand haben wird.

²⁹⁾ R. v. Weizsäcker (Anm. 2), S. 33.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei seit 1973

Das Schwellenland Türkei, das am 14. April 1987 den Antrag auf Erwerb der Vollmitgliedschaft in der EG gestellt hat, zieht nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den übrigen Mitgliedstaaten der EG das Interesse auf sich. Demokratische und islamisch-fundamentalische Entwicklungen auf der einen Seite und Engpässe in Sozialstruktur und Wirtschaft auf der anderen Seite bilden gegenwärtig die aktuellsten Probleme dieses Landes.

Der soziale und politische Wandel innerhalb der türkischen Republik, der auch stets eine Westorientierung beinhaltete, hat eine fast 65jährige Tradition. Die Entwicklung der türkischen Demokratie,

die erst durch die Zulassung mehrerer Parteien im Jahre 1946 ermöglicht wurde, ist zwar seit 1960 dreimal durch Militärinterventionen unterbrochen worden, dennoch machte die Etablierung der Demokratie in den letzten 42 Jahren große Fortschritte. Ähnliche Fortschritte sind bisher innerhalb der türkischen Wirtschaft nicht in dem gleichen Umfang zu sehen. Die voneinander stark abweichenden Wirtschaftspolitiken der einzelnen Regierungen seit Gründung der Republik sorgten für wirtschaftliche Instabilität. Besonders nach der weltweiten Ölkrise von 1973 litt die Türkei lange Zeit unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, deren politische und gesellschaftliche Folgen die gesamten siebziger Jahre geprägt haben.

I. Die türkische Wirtschaft der siebziger Jahre

Nach dem zweiten Staatsstreich (1971) wurde die Türkei bis zu den Wahlen von 1973 von sogenannten überparteilichen Regierungen geführt, die zwar verschiedene Reformen — so u. a. Bodenreform und Steuerreform — durchführen wollten, diese Absicht indes letztlich nicht verwirklichen konnten. Erst die Wahlen im Jahre 1973 brachten der Türkei umfassendere Ansätze zu Neuerungen in wirtschaftspolitischer und sozioökonomischer Hinsicht.

Die Republikanische Volkspartei, die sich nach einem politischen Wandel im Jahre 1972 unter dem neuen Parteivorsitzenden B. Ecevit zu einer sozialdemokratischen Partei entwickelt hatte, konnte sich 1973 nach 23 Jahren zum ersten Male wieder als größte Partei im Lande profilieren. Sie errang 34 Prozent der Stimmen; Anfang 1974 bildete B. Ecevit mit der proislamisch eingestellten Nationalen Heilspartei eine Koalitionsregierung. Die türkischen Sozialdemokraten wollten während ihrer Regierungsphase ein neues Wirtschaftskonzept, den „Volkssektor“, verwirklichen. Der Volkssektor sollte neben dem Privat- und dem Staatssektor mit stark gemeinwirtschaftlichen Elementen aufgebaut werden und zwischen den Wirtschaftsformen der Planwirtschaft und der freien Marktwirtschaft stehen. Ziel des sozialdemokratischen Konzepts war eine Verbesserung der Strukturen von Landwirtschaft und Industrie und damit eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung durch die Minimierung des bestehenden Gefälles

zwischen hohen und niedrigen Einkommen. Der Volkssektor, der in die türkische Wirtschaftsgeschichte als Versuch des „Dritten Weges“ einging, sollte sich aus den in der Türkei traditionell zahlreich vorhandenen Genossenschaften, den Sozialversicherungen, Volksaktionsgesellschaften, Arbeitnehmergeellschaften, Gewerkschaften und ihren wirtschaftlichen Einrichtungen sowie aus den Verbänden für Beamte, Arbeitnehmer und Offiziere zusammensetzen¹⁾.

Die Ende 1973 einsetzende türkische Wirtschaftskrise gab der Realisierung dieses neuen Konzepts jedoch keine Chance. Die Sozialdemokraten mußten nach kurzer Zeit das völlige Scheitern ihrer Wirtschaftspolitik erleben.

Die türkische Wirtschaftskrise von 1973 hatte zwei grundlegende Ursachen. In erster Linie litt die Türkei 1973 unter den drastischen Ölpreiserhöhungen. Ab November 1973 reichten die Gesamtexporteinnahmen der Türkei gerade zur Begleichung der Ölimporte. Die Entscheidung für das Öl als Energiequelle bei gleichzeitiger Vernachlässigung der heimischen Energiequellen wie Kohle und Wasser, die in den sechziger Jahren gefallen war, brachte der Türkei immer große finanzielle Engpässe, die sich nach der türkischen Zypern-Intervention im Jahre 1974 zuspitzten. Diese militärische Aktion

¹⁾ Siehe dazu Faruk Şen, Volkssektor — Eine neue Wirtschaftsform für die Türkei, Bonn 1979.

kostete die Türkei seinerzeit 15 Milliarden T. L. (Türk-Lirasi, türkische Pfund) und damit ein Fünftel ihres Gesamthaushaltes für 1974. Zudem trug auch noch das durch die Zypern-Intervention hervorgerufene Waffenembargo der USA zu einer rapiden Verschlechterung der Lage der türkischen Wirtschaft bei.

Tabelle 1: Die Entwicklung der türkischen Außenwirtschaft in den siebziger Jahren in Milliarden US-Dollar

Jahr	Import	Export	Saldo	Verhältnis Export/Import in %
1950	285,6	263,4	- 22,2	92
1960	468,1	320,7	- 147,4	69
1971	1 171,0	676,6	- 494,4	58
1972	1 563,0	884,9	- 678,1	57
1973	2 086,0	1 317,0	- 769,0	63
1974	3 777,0	1 532,1	-2 244,9	41
1975	4 738,5	1 401,0	-3 337,5	30
1976	5 128,6	1 960,2	-3 168,4	38
1977	5 797,0	1 753,0	-4 044,0	30
1978	4 599,0	2 288,0	-2 311,0	50
1979	5 069,0	2 261,0	-2 808,0	45
1980	7 909,0	2 910,1	-4 989,9	37
1981	8 933,0	4 703,0	-4 230,0	53
1982	8 734,0	5 746,0	-2 988,0	66

Quelle: Yapi Kredi Bankasi, Türkei 1979-1980, Istanbul 1981; OECD Turkey, Paris 1983.

Gleichzeitig wuchs auch das Außenhandelsdefizit ständig. Während es 1972 noch 666,7 Millionen US-Dollar betragen hatte, stieg es bereits 1974 sprunghaft auf 2,245 Milliarden US-Dollar. Auch in den folgenden Jahren setzte sich diese Entwicklung fort. Die Außenhandelsindikatoren für diese Epoche zeigen, daß die chronischen Handelsdefizite, die seit 1946 unverändert und stetig zunehmend bestanden, und die starke Importabhängigkeit, die besonders durch Ölausgaben immer mehr wuchs, weiter andauerten. Die negative Entwicklung der Außenhandelsbilanz der Türkei während der siebziger Jahre, insbesondere seit 1974, wird in Tabelle 1 deutlich.

In den Jahren 1975-1977 und 1980 hatte die Türkei ihre bisher größten Außenhandelsdefizite zu verzeichnen, die in erster Linie auf den drastischen Preiserhöhungen der Ölimporte beruhten. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verstärkte sich zudem die Rezession in den drei wichtigsten Industriesektoren, nämlich in der Bau-, Textil- und

Autoindustrie. Damit begann für die Republik Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht die schwerste Zeit seit ihrem Bestehen. Das ständig wachsende Außenhandelsdefizit, steigende Auslandsschulden und die zunehmende Arbeitslosigkeit kennzeichneten die Wirtschaftslage des Landes. Ursachen dafür waren die politische Instabilität im Parlament, die häufigen Regierungswechsel und die Abhängigkeit der türkischen Industrie vom Ausland.

Nach einer kurzen Koalitionsregierung unter Ecevit vom 1. Februar bis 15. September 1974 wurde 1975 die erste „Nationale-Front-Regierung“ gebildet. Die vier konservativen Parteien regierten unter Führung des Vorsitzenden der Gerechtigkeitspartei, S. Demirel, von 1975 bis 1977. Während dieser Phase wuchsen die wirtschaftlichen Probleme weiter. Die Regierung Demirel nahm von ausländischen Banken in erster Linie kurz- bis mittelfristige Kredite zu hohen Zinsen auf, um in der Türkei langfristige Investitionen zu finanzieren. Diese Kreditpolitik ließ die Auslandsschulden immer mehr ansteigen. Wegen steigender Ausgaben für Ölimporte fehlten Devisen für Importe, insbesondere für Rohstoffe und Industriegüter. Differenzen unter den Koalitionspartnern und den Kabinettsmitgliedern führten zudem zu Versäumnissen bei den Verhandlungen mit ausländischen Importeuren der von halbstaatlichen Unternehmen exportierten landwirtschaftlichen Güter wie Haselnüsse, Weizen und Tabak, die damals über 30 Prozent der türkischen Exportgüter bildeten. Insbesondere 1977 verschlechterte sich die Außenhandelsbilanz drastisch. Während der Export gegenüber dem Vorjahr um 200 Millionen Dollar zurückging, wurde der Import um 13 Prozent, d. h. 660 Millionen Dollar, gesteigert²⁾.

Mit diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ging die Türkei im Juni 1977 in die Wahlen. Auch bei diesen Wahlen erzielte die sozialdemokratische Volkspartei - wie 1973 - die meisten Stimmen, konnte jedoch nicht die absolute Mehrheit erringen. Der Versuch einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung scheiterte nach kurzer Zeit, so daß Demirel an die Spitze der zweiten „Nationale-Front-Regierung“ treten konnte, die von August 1977 bis Ende Dezember 1977 währte. Von Januar 1978 bis November 1979 folgte dann eine Koalition aus Republikanischer Volkspartei und elf unabhängigen Parlamentariern unter Ecevit. Auch dieser Regierung gelang es allerdings ebenfalls nicht, die Wirtschaftsprobleme der Türkei zu lösen.

Die wirtschaftliche Zielsetzung der sozialdemokratischen Regierung, die den Aufbau eines starken gemeinwirtschaftlichen Sektor mit betrieblichen bzw. überbetrieblichen Mitbestimmung beinhaltete, konnte nicht zuletzt aufgrund der durch die

²⁾ Vgl. Korkut Boratav, Die türkische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (1908-1980), Frankfurt 1987, S. 110.

Vorschriften des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervorgerufene Verzögerung ausländischer Kredite im Jahre 1978 nur in ganz begrenztem Umfang realisiert werden. Ohnehin erlebte die türkische Gesamtwirtschaft aufgrund der fehlerhaften Wirtschaftspolitik der vorherigen Regierung Demirels sowie der großen Devisenknappheit schwierige Zeiten. Die industriellen Unternehmen konnten nur mit einer durchschnittlichen Kapazität von 56 Prozent produzieren; zugleich stieg die Inflationsrate auf 43,6 Prozent, wodurch die Wirtschaft des Landes weiter belastet wurde. Insgesamt ist festzustellen, daß das chaotische Erbe der rechtskonservativen Koalitionsregierung in den Jahren 1978 und 1979 unter Ecevit zwar vermindert, aber nicht überwunden werden konnte.

Die Teilsenatswahlen und die Wahlniederlage der Republikanischen Volkspartei im Oktober 1979 brachten der Türkei erneut einen Regierungswechsel, mit dem die 22monatige Regierungszeit der türkischen Sozialdemokraten endete. In das Jahr 1980 ging die Türkei wieder mit einer konservativen Regierung unter S. Demirel.

Die Entwicklung der türkischen Wirtschaft in den siebziger Jahren war vor allem durch das Anwachsen der Auslandsverschuldung geprägt. Während der siebziger Jahre nahmen die Auslandsschulden der Türkei so rapide zu, daß schließlich die Kreditgeber im Rahmen einer Standardstabilisierungspolitik ein Übereinkommen mit dem IWF als Vorbedingung für die Zusage neuer Kredite vorschlugen. Das Ausmaß der zunehmenden Auslandsverschuldung läßt sich Tabelle 2 entnehmen.

Die sprunghafte Steigerung der Auslandsschulden im Jahre 1977 um 4 330 Milliarden Dollar, die ausschließlich aus kurz- und mittelfristigen Krediten resultierte, erhöhte sich 1978 erneut um 2,151 Milliarden Dollar. Auch die Zinszahlungen nahmen zu. 1977 mußte die Türkei 534 Milliarden Dollar und 1978 645 Millionen Dollar an Zinsen zahlen. Ende 1979 waren 43 Prozent der Auslandsschulden kurzfristige Kredite, die in weniger als drei Jahren zurückgezahlt werden mußten. 1979 mußte die Türkei neben den Zinszahlungen knapp zwei Milliarden Dollar Kapital zurückzahlen³⁾.

**Tabelle 2: Auslandsschuldenlast 1972–1979
in Millionen Dollar und in Prozent**

Jahr	Auslandsschuld	Zinszahlungen	Auslandsschuldenverkehr %
1972	2 538	287	17,7
1973	3 263	131	5,2
1974	3 496	228	7,7
1975	4 734	242	8,9
1976	7 313	336	11,4
1977	11 643	534	19,7
1978	13 794	645	19,7
1979	13 604	1 031	24,0

Quelle: Korkut Boratav, Die türkische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (1908–1980), Frankfurt 1987, S. 111.

II. Die türkische Wirtschaft in den achtziger Jahren

Der Eintritt in die achtziger Jahre brachte der Türkei eine neue Wirtschaftspolitik. Die Minderheitsregierung Demirel verkündete die völlige Liberalisierung der Wirtschaft, eine Maßnahme, die ohne Übertreibung als größte wirtschaftliche Änderung seit Gründung der Republik im Jahre 1923 bezeichnet werden kann.

Mit den wirtschaftlichen Entscheidungen vom 25. Januar 1980 fand zunächst nach den Empfehlungen des IWF eine 48prozentige Abwertung der türkischen Währung statt. Für ausländische Investitionen wurden neue Förderungsmöglichkeiten vorgesehen. Zugleich wurden die bestehenden Begrenzungen für den Gewinntransfer der ausländischen Investoren aufgehoben. Im Anschluß an drastische Preiserhöhungen für die Güter der halbstaatlichen

Unternehmen von 100 bis zu 300 Prozent wurde die Politik der freien Preisbildung zugelassen. Auf diese Weise wollte man einen starken Konsumverzicht hervorrufen. Die Kredit- und Sparzinsen wurden freigegeben, so daß die Sparzinsen auf 50 bzw. 55 Prozent stiegen. Auf der anderen Seite bewirkte diese Maßnahme ein Ansteigen der Kreditzinsen auf 70 Prozent. Die Funktion des staatlichen Planungsamtes wurde stark beschränkt.

Die Aufhebung der Preisbindung und die neue Wirtschaftspolitik schufen 1980 zusätzliche Probleme, da weite Teile der Bevölkerung, Beamte ebenso wie Arbeiter, immer stärker unter den Folgen der Inflation und zu hoher Besteuerung litten. Die Inflationsrate stieg auf 108 Prozent. Trotz der erst Anfang des Jahres vorgenommenen radikalen Abwertung der Währung gelang es nicht, die Exporteinnahmen und die Überweisungen der türkischen Arbeitnehmer im Ausland in die Türkei in

³⁾ Vgl. Hakkı Keskin, Die Türkei – Vom osmanischen Reich zum Nationalstaat. Berlin 1981, S. 272.

dem erwarteten Umfang zu steigern. Die hohe Inflation und die Empfehlung der Regierung zu nur mäßigen Lohnerhöhungen von 56 Prozent sorgten dafür, daß sich im September 1980 etwa 55 000 Arbeiter im Streik befanden.

Der von westlichen Regierungen angesichts dieser Probleme längst erwartete Militärputsch fand am 12. September 1980 statt. Das fünfköpfige Nationale Sicherheitskomitee unter dem Vorsitzenden General Kenan Evren setzte die erfolglose Regierung Demirel ab, untersagte die Tätigkeit aller Parteien und löste das Parlament auf. Die von Demirel eingeleitete Wirtschaftspolitik wurde allerdings nach dem Militärputsch mit einigen Ergänzungen fortgesetzt. Die erste Ergänzung war die seit langem erwartete Steuerreform. Die zweite war ein Lohnstopp, verbunden mit einem Streikverbot. Seit September 1980 betrug die oberste Grenze für Lohnerhöhungen 60 Prozent. Diese Regelung galt bis Ende 1981. 1982 wurde diese Obergrenze dann auf 25 Prozent gesenkt. Den Beamten wurden für 1981 Gehaltssteigerungen von maximal 38 Prozent genehmigt.

Diese wirtschaftspolitischen Schritte zeigten 1981 deutliche Auswirkungen. Die Inflationsrate sank auf 40 Prozent, was primär auf dem erzwungenen Konsumverzicht breiter Bevölkerungsschichten beruhte, den die starken Realeinkommensverluste hervorgerufen hatten. Die Landbevölkerung sowie Arbeiter und Beamte, d. h. 85,4 Prozent der Gesamtbevölkerung, litten unter starken Kaufkraftverlusten.

Die Höchstpreispolitik, deren Ziel eine Senkung der Inlandnachfrage und eine Steigerung des Exports war, zeigte indes 1981 nur mäßige Erfolge. Die Türkei, deren Exporte 1981 zum ersten Mal in ihrer Geschichte auf über 4,2 Milliarden Dollar stiegen, profitierte hauptsächlich von ihren Beziehungen mit den arabischen Staaten. Iran, Irak und Libyen nahmen die wichtigsten Plätze bei den türkischen Exportländern ein. Auch 1981 ließen sich keine großen Änderungen innerhalb der Struktur der türkischen Exporte feststellen.

Der mengenmäßige Rückgang der Exporte stellt seit 1978 ein Problem dar, das auch im Jahr 1981 nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte. Die freizügige Förderung der Privatindustrie auf Kosten des Staatssektors sowie die Exportförderung durch den Staat konnten nicht verhindern, daß die türkische Wirtschaft in einigen wichtigen Bereichen große Produktionsverluste hinnehmen mußte. Trotz Streikverbots und Lohnstopps litten nämlich wichtige Industriebereiche wie Bau-, Auto- und Textilindustrie weiterhin stark unter mangelnder inländischer Nachfrage, so daß sie ihre Produktion stark reduzieren mußten.

Das wichtigste Problem der Türkei, die Arbeitslosigkeit, wird zur Zeit ebenfalls sehr stark durch die neue Wirtschaftspolitik beeinflusst. Die Türkei war seit 1963, als das staatliche Planungsamt die Wirtschaft nach Fünfjahresplänen aufgebaut hatte, an hohe Wachstumsraten zwischen sechs und acht Prozent gewöhnt, wobei jährlich bis zu 450 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. 1979 hatte die Türkei erstmals ein Null-Wachstum zu verzeichnen. Die Verschlechterung der Wachstumsrate auf 2,2 Prozent im Jahre 1980 brachte der Türkei unüberwindbare arbeitsmarktpolitische Engpässe. 1981 konnte die Wachstumsrate wieder auf 4,4 Prozent erhöht werden. Geht man davon aus, daß in der Türkei in den achtziger Jahren jährlich 950 000 neue potentielle Arbeitskräfte auf den Markt drängen, und daß eine Wachstumsrate von ein Prozent ca. 60 000 neue Arbeitsplätze bringt, so werden die Probleme des türkischen Arbeitsmarktes deutlich⁴⁾.

Zur Überwindung dieser Probleme wären enorme Investitionen nötig. Für die Schaffung eines Arbeitsplatzes in der Industrie benötigte man im Jahre 1980 eine Investitionssumme von mindestens 20 000 US-Dollar. Ein neuer Arbeitsplatz in speziellen Industriebereichen kostete sogar 50 000 bis 250 000 Dollar⁵⁾. Um in den Jahren 1981 bis 1985 4,75 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, hätte es eines Investitionsaufwandes von 18,5 Milliarden Dollar bedurft.

Allerdings sind auch positive Entwicklungen festzustellen. Aufgrund der Anfang 1980 eingeleiteten und in den folgenden Jahren mit immer neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergänzten Wirtschaftspolitik gewannen die Türken wieder das Vertrauen der internationalen Institutionen wie OECD, IWF und Weltbank. Darüber hinaus zeigten die westeuropäischen Staaten am Handel mit der Türkei zunehmend Interesse⁶⁾. Zudem erzielte das Land aufgrund der neuen, auf eine Exportexpansion ausgerichteten Wirtschaftspolitik Özals große Anteile an den Exporten in die arabisch-islamischen Staaten bzw. an den Bauaufträgen aus diesen Staaten. Wesentlich war dabei vor allem, daß von ihrem wertmäßigen Importvolumen her bedeutende Länder wie Iran, Irak, Libyen und Saudi-Arabien zu Exportpartnern der Türkei wurden. Diese Länder, die in der OPEC organisiert sind und der Türkei beim Ölimport zum Teil Angebote zu besonderen Konditionen machten, gewannen seit

⁴⁾ Vgl. Bülent H. Tanla, Türk Ekonomisinin Reorganizasyonu, Istanbul 1980, S. 36 f.

⁵⁾ Vgl. ebd., S. 36, sowie *Ekonomik istikrar Tedbirleri Uygulama Neticeleri*, hrsg. vom Devlet Planlama Teşkilatı (Staatliches Planungsamt), Ankara 1980.

⁶⁾ Vgl. auch Werner Gumpel, Die türkische Wirtschaftspolitik als Grundlage verbesserter Handelsbeziehungen in: *Zeitschrift für Türkeistudien*, (1988) 1 (in Vorbereitung).

1979 für die Türkei rasch auch als Absatzländer an Bedeutung.

1. Der Stellenwert der arabischen Staaten für die türkische Wirtschaft am Anfang der achtziger Jahre

Der Anteil der türkischen Exporte in die OPEC-Staaten Libyen, Irak, Iran und Saudi-Arabien am Gesamtexportvolumen stieg von 9,6 Prozent im Jahre 1979 auf 13,4 Prozent 1980 und auf 34,7 Prozent im Jahre 1981⁷⁾. Ein Jahr später erhöhte sich dieser Anteil sogar auf 48 Prozent⁸⁾. Diese Zahlen zeigen, in welchem Maße sich die Türkei mit Hilfe der neuen exportorientierten Wirtschaftspolitik neue Märkte erschließen konnte. Bis Ende 1984 nahmen die Exporte in die genannten Staaten ständig zu.

Während der ersten Hälfte der achtziger Jahre gewannen die arabischen Staaten auch auf dem Dienstleistungssektor an Bedeutung. Von 1981 an nahm die Zahl der türkischen Baufirmen, die Aufträge in Libyen, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Jordanien, Tunesien, Bahrein und den Vereinigten Arabischen Emiraten wahrnahmen, ständig zu und erreichte 1984 mit 296 ihren Höchststand. Das Gesamtvolumen der Bauaufträge überschritt 1984 die 15 Milliarden-Dollar-Grenze. Im Auftrage türkischer Baufirmen arbeiteten 1984 über 200 000 türkische Arbeiter in arabischen Staaten, vor allem in Libyen und Saudi-Arabien. Ihre Geldüberweisungen konnten die abnehmenden Überweisungen der Türken in der Bundesrepublik Deutschland ausgleichen⁹⁾.

Diese Entwicklung hat sich indes seit 1985 verlangsamt. Wegen sinkender Öleinnahmen der Länder des Mittleren Ostens kam es insbesondere zu Schwierigkeiten mit Libyen und Irak bei der fristgerechten Zahlungsabwicklung, so daß sich die türkischen Baufirmen aus diesen Staaten langsam zurückziehen mußten. Ende 1987 sind lediglich noch ca. 20 Firmen mit 60 Bauaufträgen in arabischen Staaten tätig. Libyen, dessen Auftragsvolumen mit 10 364 Milliarden Dollar Anfang 1983 den Höchststand erreicht hatte¹⁰⁾, konnte seit 1985 keine neuen Aufträge mehr vergeben.

Vergleichbare Erfolge wie auf dem Dienstleistungssektor verbuchte die Türkei auch in den Jahren 1982 und 1983 bei der Steigerung ihrer Exporte in

die islamischen Staaten. Im Jahre 1983 gingen 19 Prozent des türkischen Gesamtexports im Wert von 1 087 Milliarden Dollar in den Iran und 6,4 Prozent im Wert von 363,7 Millionen Dollar nach Saudi-Arabien¹¹⁾. Ende 1983 flossen über 46 Prozent der türkischen Exporte in die arabischen bzw. islamischen Staaten. Insgesamt gesehen trifft die Aussage zu, daß die Türkei die Erhöhung ihres wirtschaftlichen Gesamtvolumens während der ersten vier Jahre der achtziger Jahre durch das Eindringen in die neuen Märkte Libyen, Iran, Irak und Saudi-Arabien erreicht hat.

Aufgrund der Erschließung der neuen Märkte konnte die Türkei ihre Gesamtexporte, die 1979 lediglich 2,261 Milliarden Dollar betragen hatten, 1981 auf 4,702 Milliarden Dollar, 1983 auf 5,727 Milliarden Dollar und 1984 auf 7,133 Milliarden Dollar erhöhen¹²⁾. Diese wirtschaftlichen Erfolge und die starke Zunahme ökonomischer Kontakte sorgten auch für eine politische Annäherung der Türkei an die islamische Welt: Die Türkei nahm regelmäßig an den islamischen Weltkonferenzen teil und wurde Mitglied dieser Organisation. Diese Politik hatte vier Ziele. In erster Linie wollte die Türkei mit bilateralen Beziehungen ihr Exportvolumen steigern, Präferenzen bei der Vergabe von Bauaufträgen gewinnen und Öl zu Sonderkonditionen beziehen, was ihr bei Iran, Irak und Libyen auch sehr gut gelang. Zudem wollte man die islamischen Staaten im Zypern-Konflikt für die türkische Seite gewinnen und dadurch die Anerkennung der türkischen Republik Nordzypren durch diese Staaten erreichen. Dies gelang der Türkei jedoch nicht.

2. Neue Ansätze in der Außenhandelspolitik und ihre Ergebnisse

Die wirtschaftlichen Beschlüsse vom 25. Januar 1980, die im Sommer 1980 von einer drastischen Erhöhung bzw. einer Freigabe der Zinssätze ergänzt wurden, zielten — wie eingangs erwähnt — auf eine Drosselung der inländischen Nachfrage und auf eine Steigerung der Exporte. Unbeschadet der sozialen Folgen im Lande war die Türkei mit ihrer neuen Wirtschaftspolitik im Außenhandelsbereich erfolgreich. Eine expansive und stark subventionierte Exportpolitik der Regierung nahm seit 1981 den höchsten Stellenwert in der türkischen Wirtschaftspolitik ein. Die weltmarktorientierte Entwicklungsstrategie und das eingeführte Stabilisierungsprogramm verminderten zunehmend das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht.

⁷⁾ Vgl. Rainer Werle, *Modell Türkei — Ein Land wird kaputt saniert*, Hamburg 1983, S. 130.

⁸⁾ Vgl. *Türkiye Ticaret ve Sanayii Odalari* (T. T. S. O., Türkische Industrie- und Handelskammer) (Hrsg.), *Iktisadi Rapor*, Ankara 1983, S. 130.

⁹⁾ Vgl. Erol Manisali, *Türkiye'nin Islam Ulkeleri ile ekonomik ilişkileri*, in: *Iktisat Dergisi*, (1984)234, S. 3—7.

¹⁰⁾ Vgl. T. T. S. O. (Hrsg.), *Iktisadi Rapor*, Ankara 1983, S. 215.

¹¹⁾ Vgl. Erol Manisali, in: ebd., S. 5.

¹²⁾ *Türk Sanayia Eileri ve İş adamlari Dernegi* (TÜSIAD; Verein der türkischen Arbeitgeber) (Hrsg.), *Diş Ticaret Raporu*, Istanbul 1986, S. 40.

Tabelle 3: Die türkischen Exporte 1979–1985 in Millionen US-Dollar

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Landwirtschaftliche Produkte	2 343,6	1 671,7	2 219,4	2 141,2	1 880,6	1 749,2	1 719,4
Rohstoffe	132,5	191,0	193,4	175,3	188,9	239,8	243,8
Industrieprodukte	785,1	1 047,4	2 290,1	3 429,5	3 658,3	5 144,9	5 994,8
Gesamtsumme	2 261,2	2 910,1	4 702,1	5 746,0	5 727,8	7 133,6	7 958,0

Quelle: TÜSIAD (Hrsg.), *Diş Ticaret Raporu*, Istanbul 1986, S. 40.

In der Zeit von 1979 bis 1985 stiegen die türkischen Exporte — wie sich Tabelle 3 entnehmen läßt — deutlich an. Die Türkei, deren Exportvolumen 1979 lediglich 2.261 Milliarden Dollar betragen hatte, erreichte 1985 eine Exportsumme von 7.958 Milliarden Dollar¹³⁾. Dabei nahmen die Exporte landwirtschaftlicher Güter ab, während die Industriegüterexporte stetig anstiegen. 1980 machte der Export landwirtschaftlicher Güter noch 57,44 Prozent des türkischen Gesamtexports aus, 1985 betrug ihr Anteil 21,6 Prozent. Der Anteil der Industrieprodukte wuchs von 36 Prozent im Jahr 1980 auf 75,3 Prozent im Jahre 1985. Zugleich ist eine Zunahme des Gesamtexports am Bruttoinlandsprodukt von 1979 bis 1985 festzustellen. Während die Exporte 1979 lediglich 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachten, beliefen sie sich 1980 auf 5,1 Prozent, 1982 auf 10,9 Prozent und 1985 auf 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Diese innerhalb von sechs Jahren erzielte Exportsteigerung beweist, daß die neue Wirtschaftspolitik auf dem Gebiet der Exportsteigerung erfolgreich war — ein Erfolg, der auch dazu führte, daß ein

wachsender Anteil der Ausgaben für Importe durch Einnahmen aus den Exporten gedeckt werden konnte (siehe Tabelle 4). Besondere Bedeutung hatten dabei die Exporte in die islamischen Länder, deren Anteil am türkischen Gesamtexport 1980 noch 22,1 Prozent, 1981 aber schon 41,8 Prozent und 1982 sogar 48,2 Prozent betrug. 1985 gingen 42,8 Prozent aller türkischen Exporte in die islamischen Staaten (siehe Tabelle 5). Seit 1985 weisen diese Exporte allerdings eine abnehmende Tendenz auf¹⁴⁾.

3. Die Arbeitsmarktlage in der ersten Hälfte der achtziger Jahre

Wie bereits erwähnt, machte sich die neue Wirtschaftspolitik Anfang der achtziger Jahre auch auf dem Arbeitsmarkt stark bemerkbar. Die Politik, die inländische Nachfrage zu drosseln, Löhne und Gehälter nicht über die jeweilige Inflationsrate zu erhöhen, und zudem die hohen Zinssätze sorgten für eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 1977 bis 1980 nach offiziellen Angaben von 13,1 Prozent auf 14,25 Prozent¹⁵⁾. 1982 wuchs sie auf 17,1 Prozent und 1985 auf 20,9 Prozent¹⁶⁾.

Die stetige Zunahme der Zahl Arbeitsloser (die Dunkelziffer dürfte erheblich höher liegen) stellte die Bevölkerung vor große Probleme¹⁷⁾. In der Zeit von 1980 bis 1985 hatten die Arbeitnehmer Realeinkommensverluste von 56 Prozent hinzunehmen. Umfassende und zuverlässige Daten über die Höhe der Arbeitsentgelte nicht selbständiger Erwerbstätiger und über das Einkommen der privaten Haushalte liegen zwar nicht vor. Dennoch besteht kein Zweifel, daß die Beschränkung der Tariffreiheit

Tabelle 4: Deckungsgrad der türkischen Importe durch die türkischen Exporte 1974–1985 in Millionen US-Dollar und in Prozent

Jahr	Exporte	Importe	Exporte/Importe %
1979	2 261	5 069	44,6
1980	2 910	7 809	36,8
1981	4 703	8 933	52,6
1982	5 746	8 843	65,8
1983	5 728	9 235	62,0
1984	7 134	10 757	66,3
1985	7 958	11 344	70,2

Quelle: TÜSIAD (Hrsg.), *Diş Ticaret Raporu*, Istanbul 1986, S. 44.

¹³⁾ Vgl. ebd., S. 40.

¹⁴⁾ Vgl. Halis Akder, *Turkey's Export Expansion in the Middle East, 1980–1985*, in: *The Middle East Journal*, 41 (1987) 4, S. 553–567.

¹⁵⁾ Vgl. R. Werle, *Modell Türkei* (Anm. 7), S. 50.

¹⁶⁾ Vgl. Isoplan (Hrsg.), *Türkei — Länderkundliche Informationen*, Saarbrücken 1985, S. W 3–5.

¹⁷⁾ Über die Arbeitslosigkeit in der Türkei gibt es in der Literatur voneinander sehr stark abweichende Zahlen.

Tabelle 5: Verteilung der Exporte nach den wichtigsten Exportländern in Prozent

Länder	1980	1981	1982	1983	1984	1985
I. OECD-Länder	57,7	48,1	44,5	48,2	52,4	51,6
davon:						
A. EG-Länder	42,7	32,0	30,6	35,1	38,3	39,4
Bundesrepublik Deutschland	20,7	13,7	12,3	14,6	17,9	17,5
B. restliche OECD-Länder	15,0	16,1	13,9	13,1	14,1	12,2
Vereinigte Staaten	4,4	5,7	4,4	4,0	5,2	6,3
II. Islamische Länder	22,1	41,8	48,2	46,1	42,1	42,8
davon:						
A. Nah-Ost-Länder	18,4	29,2	37,4	38,1	35,6	38,2
Iran	2,9	5,0	13,8	19,0	10,5	13,5
Irak	4,6	11,9	10,6	5,6	13,1	12,1
Saudi-Arabien	1,5	4,0	6,1	6,4	5,3	5,4
B. Nordafrikanische Länder	3,5	11,9	9,2	7,3	6,0	4,1
Libyen	2,1	9,4	4,1	3,2	2,0	0,7
Ägypten	0,7	1,5	2,5	1,2	2,0	1,8
III. Nordeuropäische Länder	17,7	0,3	5,8	4,3	4,0	4,2
davon:						
UdSSR	5,8	0,0	2,2	1,5	1,9	2,3
Sonstige	11,9	0,7	3,6	2,7	2,0	1,8
IV. Sonstige Länder	2,5	2,2	1,5	1,5	1,6	1,4

und gewerkschaftlicher Aktivitäten im allgemeinen zu einer Verschlechterung der sozialen und ökonomischen Lage der Arbeitnehmer führte. Dabei wirkte sich allerdings das vorherrschende System der Großfamilie, das dem einzelnen ein gewisses Maß an sozialer Sicherheit bietet, als dämpfender Faktor¹⁸⁾.

4. Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik auf die Preisentwicklung

Eines der wichtigsten Ziele der neuen Wirtschaftspolitik war neben einer Exportsteigerung die Bekämpfung der Inflation. Anfang 1980 ging man davon aus, daß eine Reduktion der hohen Defizite der halbstaatlichen Unternehmen durch restriktive Maßnahmen und eine drastische Verringerung der inländischen Nachfrage die hohen Inflationsraten der späten siebziger Jahre sinken lassen würden.

Halbstaatliche und gemeinwirtschaftliche Aktivitäten hatten in der Türkei schon Anfang der dreißiger Jahre begonnen. Das erste halbstaatliche Unternehmen entstand 1933 mit der Sümerbank. Ende der siebziger Jahre wurden bereits knapp 50 Prozent der jährlichen Investitionen von halbstaatli-

chen Unternehmen getätigt¹⁹⁾. Ab 1980 versuchte nun die Regierung, die Defizite dieser Unternehmen nicht mehr zu decken und ihre Investitionen stark zu reduzieren, um den Staatshaushalt zu entlasten.

Gleichzeitig verfügte Preiserhöhungen für die Produkte der halbstaatlichen Unternehmen bewirkten einen starken Rückgang der Nachfrage. Der zusätzlich verhängte Lohnstopp und die Festlegung von Lohnerhöhungen auf durchschnittlich 25 Prozent jährlich führten zu einer deutlichen Verringerung der Inflationsrate. Die Inflationsrate von 80 Prozent im Jahre 1979 und 108 Prozent im Jahre 1982 sank 1981 auf 36,8 Prozent und 1982 auf 25,2 Prozent²⁰⁾. Die Jahre 1981/82 bildeten die erfolgreichste Zeit der Regierung bei der Bekämpfung der Inflationsrate. Man legte Wert auf einen ausgeglichenen Jahreshaushalt. Die industrielle Produktion, die 1979 und 1980 um elf Prozent zurückgegangen war, nahm in den Jahren 1981 und 1982 wieder zu und erreichte den Stand des Jahres 1978²¹⁾. Die Hochzinspolitik ließ zudem die Spar-

¹⁹⁾ Ausführlicher über die halbstaatlichen Unternehmen in der Türkei Faruk Şen, Gemeinwirtschaft in der Türkei, Köln-Frankfurt 1979.

²⁰⁾ Vgl. T. T. S. O., İktisadi Rapor (Anm. 10), S. 161.

²¹⁾ Vgl. Osman Ulagay, Kim Kazandi, Kim Kaybetti, Istanbul 1987, S. 109f.

neigung zunehmen, was ebenfalls zum Rückgang der Inflationsrate beitrug.

Der Erfolg dieser Politik währte jedoch nicht lange. 1983 stieg die Inflationsrate auf 30,6 Prozent und 1984 auf 52 Prozent; durch eine erneute Erhöhung der Zinssätze konnte sie 1985 auf 40 Prozent gesenkt werden²²⁾. In das Jahr 1986 ging die Türkei

mit einer Inflationsrate von 29,6 Prozent²³⁾. Diese relativ niedrige Inflationsrate beruhte in erster Linie auf der externen Entwicklung, so auf dem Sinken des Ölpreises von 26 Dollar auf ca. zehn Dollar pro Barrel. Eine gute Ernte sorgte außerdem für den Rückgang der Preise für Landwirtschaftsprodukte.

III. Das Ziel der EG-Vollmitgliedschaft

Nimmt man eine Gesamtanalyse der Wirtschaft und der Politik der Türkei nach der Militärintervention vom 12. September 1980 vor, so stößt man in der ersten Hälfte der achtziger Jahre auf zwei bedeutende Entwicklungen:

Mit ihrer Verurteilung der Militärintervention distanzieren sich die westeuropäischen Staaten von der Türkei, so daß diese sich — auch aus wirtschaftlichen Gründen — stärker den islamischen Ländern und den USA näherte. Der Rückgang der türkischen Exporte in die OECD-Staaten von 64 Prozent im Jahre 1979 auf 44 Prozent im Jahre 1982 zeigt diesen Trend deutlich. Auch im politischen Bereich gestalteten sich die Beziehungen mit der islamischen Welt enger. Gleichzeitig verbesserte sich das Verhältnis zu den USA, das seit 1946 verschiedene Hoch- und Tiefpunkte erfahren hatte²⁴⁾.

Diese Situation änderte sich im Jahre 1986. Im Frühjahr 1986 besuchte der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker als erster westeuropäischer Staatspräsident nach der Militärintervention die Türkei, und nach dem Regierungswechsel in Frankreich verbesserten sich allmählich auch die Beziehungen zu diesem Land, die bis dahin hauptsächlich wegen der griechenfreundlichen Außenpolitik Frankreichs und seiner Unterstützung von Minderheiten wie Armenier und Kurden seit den siebziger Jahren recht kühl gewesen waren. Gleichzeitig verloren die islamischen Staaten wegen sinkender Öleinnahmen ihren Reiz als Handelspartner für die Türkei. Mit einem fortschreitenden Demokratisierungsprozeß im Lande versuchte die Türkei, ihre Beziehungen mit den westeuropäischen Staaten zu verbessern, wobei für die Türkei die Bundesrepublik Deutschland der wichtigste Partner war.

Die Absicht, einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG zu stellen, manifestierte sich seit Ende 1985 im Anschluß an die Süderweiterung der EG durch die Vollmitgliedschaft Griechenlands, Spaniens und Portugals. Vor allem die EG-Mitgliedschaft

Griechenlands verstärkte die türkischen Bemühungen um den Anschluß an Europa. Die Türkei bemühte sich insbesondere um eine Förderung ausländischer Investitionen und um die Entwicklung des Tourismus. Dies war nicht zuletzt deshalb erforderlich, weil die Devisenüberweisungen in die Türkei, besonders aus der Bundesrepublik Deutschland, allmählich zurückgingen.

Da der heftigste Widerstand gegen die von der Türkei angestrebte Vollmitgliedschaft in der EG von der Bundesrepublik Deutschland ausgeht, die gleichzeitig wichtigster Handelspartner der Türkei ist, soll zunächst auf die wirtschaftlichen Beziehungen dieser beiden potentiellen EG-Partner eingegangen werden.

1. Deutsch-türkische Wirtschaftsbeziehungen

Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen haben eine lange Vergangenheit. Sie nahmen ihren Anfang im 19. Jahrhundert und wurden während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts intensiviert. Engere Kontakte ergaben sich bei der Errichtung der Bagdad-Bahn durch die Deutschen; die Deutsche Bank knüpfte finanzielle Beziehungen zum Osmanischen Finanzministerium an.

Eine Vertiefung der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen fand nach der Gründung der türkischen Republik seit 1923 statt. Die Bundesrepublik Deutschland, die unter den Exportländern der Türkei in den Jahren 1984, 1985 und 1986 die erste Stelle einnimmt, hat auch unter den türkischen Importländern den ersten Rang behaupten können. Im Jahre 1987 hat sich dieser Trend weiter verstärkt. Von Januar bis Ende Juli 1987 sind die türkischen Exporte in die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu dem gleichen Zeitraum im Vorjahr von 745,8 Millionen Dollar auf 1.105 Milliarden Dollar um 48,2 Prozent gestiegen. Einen dementsprechenden Fortschritt im Bereich deutscher Direktinvestitionen in der Türkei konnte man bis Ende 1985 nicht feststellen.

a) Deutsche Investitionen in der Türkei

Die deutschen Direktinvestitionen in der Türkei stiegen von 1954 bis 1984 auf 199,3 Millionen DM. Im Jahre 1985 erhöhte sich ihr Volumen lediglich um 18,9 Millionen DM auf 218,2 Millionen DM.

²²⁾ Vgl. ebd., S. 128.

²³⁾ Vgl. TÜSIAD (Hrsg.), *The Turkish Economy 1987*, Istanbul 1987, S. 71.

²⁴⁾ Über die Beziehungen der Türkei zu den USA siehe Dankwart A. Rustow, *Türkey — America's Forgotten Ally*, New York 1987.

Seit der Liberalisierung der türkischen Wirtschaftspolitik haben 41 türkische Firmen Kapital aus der Türkei in die Bundesrepublik transferiert und dort investiert. 1978 betrug die Investitionen aus der Türkei in der Bundesrepublik noch 5,1 Millionen DM gegenüber 41,1 Millionen DM 1983 und 46,1 Millionen DM 1984. Ende 1985 ergab sich eine Steigerung auf 49,7 Millionen DM, eine Summe, die knapp einem Viertel der deutschen Investitionen in der Türkei entspricht.

Dieser Trend hielt in den Jahren 1986 und 1987 an. Mit dem Kauf der Kreiss-Bank (Hamburg) durch die türkische Großholding Çukorova-Gruppe erreichen die türkischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland nunmehr fast die 70 Millionen DM-Grenze. Nach den offiziellen Daten des Wirtschaftsministeriums in Bonn wurden von deutschen Firmen in der Türkei von 1979 bis 1985 80 Millionen DM investiert, während seit 1979 türkische Unternehmer für 44,6 Millionen DM Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland getätigt haben.

Die Zurückhaltung deutscher Investoren während der siebziger Jahre beruhte hauptsächlich auf der politischen Instabilität in der Türkei und auf den Schwierigkeiten des Gewinntransfers. Aber auch nach den Wahlen von 1983 konnte man trotz der neu geschaffenen großen Anreize für ausländische Direktinvestitionen in der Türkei, die die Özal-Regierung geschaffen hatte, bis Ende 1985 keine großen Fortschritte erzielen.

Die Vernachlässigung der Türkei durch deutsche Investoren endete 1986. 1986 betrug die deutschen Nettotransferleistungen 44,3 Millionen DM. Damit nahmen die deutschen Unternehmen unter den ausländischen Investoren in der Türkei eine führende Stellung ein. Gemessen an der Anzahl investierender ausländischer Firmen stehen sie sogar an erster Stelle. Dabei ist es von Bedeutung, daß die Bundesregierung Investitionen kleinerer und mittlerer deutscher Unternehmen in Entwicklungs- bzw. Schwellenländern mit einem umfangreichen Instrumentarium fördert. Der Geschäftsführer der Deutschen Entwicklungsgesellschaft, Horst

Schröder, nannte kürzlich die Türkei besonders für deutsche Investitionen im Tourismusbereich einen ausgesprochenen „Renner“. Im Anschluß an die Finanzierung des zweiten Robinson-Clubs im Süden der Türkei mit einem Betrag von 6,5 Millionen DM rechnet die Deutsche Entwicklungsgesellschaft mit sechs neuen Projekten für die nächste Zeit.

Die steigende Zahl der deutschen Touristen in der Türkei animiert neuerdings verstärkt deutsche Investoren zu Neuinvestitionen in der Türkei. Die Zahl der deutschen Touristen ist mit 388 200 im Jahre 1986 gegenüber dem Vorjahr um 29,6 Prozent gestiegen. 1986 kamen ca. 195 000 Deutsche als Pauschaltouristen in die Türkei. 1987 rechnete man in der Türkei schon mit 510 000 deutschen Touristen, davon ca. 250 000 Pauschaltouristen. Insgesamt bieten in diesem Jahr 36 Veranstalter Reisen in die Türkei an; das Interesse an weiteren Investitionen wächst.

Auch deutsch-türkische joint ventures im Tourismusbereich versprechen neue Impulse. Das neue 2 200 Betten-Feriendorf in Bodrum, ein 60 Millionen DM-Projekt, beruht auf deutscher Initiative. Die Jasmin-Tourismus GmbH ist eine der deutschen Firmen, die — wie viele andere — mit türkischen Partnern in der Türkei gemeinsam investieren. TUI und Neckermann als Großveranstalter und Sonnenreisen als Türkei-Spezialist bilden die wichtigsten Unternehmen, die gemeinsam mit türkischen Partnern in der Türkei in Feriendörfer und Hotels investieren.

Das Bemühen der staatseigenen Tourismus-Investitionsbank um ausländische Investoren trägt seit 1986 Früchte. Das steigende Interesse deutscher Firmen im Türkei-Geschäft konnte man jüngst bei der Beteiligung deutscher Unternehmen an der 56. Internationalen Izmir-Messe feststellen, an der 55 deutsche Firmen teilnahmen.

b) Türkische Selbständige in der Bundesrepublik Deutschland

Während sich die Türkei um ausländische Investoren bemühte, vollzog sich in der Bundesrepublik

Tabelle 6: Deutsche Direktinvestitionen in der Türkei und türkische Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland in Millionen DM

Investitionen bis	31. 12. 78	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	Summe bis 12/85
Türkische Investitionen in der Bundesrepublik	5,1	4,0	10,6	5,0	5,8	14,4	5,0	-0,2	49,7
Deutsche Investitionen in der Türkei	138,2	-0,9	-5,9	2,6	15,1	23,5	26,5	18,9	218,2

Quelle: Erstellt nach Berichten der türkischen Botschaft in Bonn und des Bundesministeriums für Wirtschaft in Bonn.

Deutschland eine neue Entwicklung, die der Türkei kurzfristig Probleme bereitete. Die türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland hatten während der sechziger und siebziger Jahre in der Hoffnung, in die Türkei zurückzukehren, in der Türkei Investitionen getätigt, von denen als Kollektivinvestitionen die sogenannten Arbeitnehmergeellschaften besonders hervorzuheben sind. Nach dem Scheitern der Investitionen im Heimatland haben die meisten Türken ihre Rückkehrabsicht zurückgestellt²⁵). Die Türken, die früher sehr viel gespart haben, konsumieren nun heute wie die Bundesbürger und investieren auch in der Bundesrepublik Deutschland. Ende 1985 schätzte man die Zahl der türkischen Selbständigen auf 22 000. Wenn man die zunehmende Zahl türkischer Selbständiger im Bundesland Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten zugrunde legt, kann man die Zahl der Selbständigen für Ende 1987 auf 30 000 schätzen. Die Zahl der von ihnen neugeschaffenen Arbeitsplätze beläuft sich auf 90 000 bis 105 000.

Im Rahmen einer Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien unter 315 türkischen Selbständigen hat man versucht, die Höhe der Investitionen und der Jahresumsätze der türkischen Unternehmen in der Bundesrepublik zu ermitteln. Durchschnittlich wurden pro Betrieb 173 000 DM investiert. Der durchschnittliche Umsatz beträgt ca. 790 000 DM²⁶). Überträgt man diese Zahlen mit aller gebotenen Vorsicht auf die insgesamt 22 000 türkischen Selbständigen im Jahr 1985, um deren wirtschaftlichen Stellenwert einmal grob festzustellen, so kommt man zu Zahlen, die man ernst nehmen kann: Bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von 3,806 Milliarden DM beträgt das jährliche Umsatzvolumen knapp 17,1 Milliarden DM. Die Größe dieser Zahlen zeigt deutlich, wie sich die Investitionen der Türken in den letzten Jahren ausgeweitet und etabliert haben.

Die gleiche Entwicklung wie in der Bundesrepublik stellt man im übrigen in den Niederlanden fest, in denen gegenwärtig ca. 150 000 Türken leben. In den letzten Jahren haben sich dort über 2 000 Türken selbständig gemacht, und ihr Investitionsvolu-

²⁵) Türkische Arbeitnehmergeellschaften sind Aktiengesellschaften, die von Auslandstürken meistens in der Bundesrepublik Deutschland gegründet wurden und in der Türkei in verschiedenen Bereichen investierten. 1983 hatten diese Gesellschaften 345 000 Aktionäre, von denen 154 800 im Ausland arbeiteten. Aus verschiedenen wirtschaftlichen Gründen konnten diese Gesellschaften keine Erfolge verbuchen und fielen überwiegend in Konkurs. Siehe in: Faruk Şen, Türkische Arbeitnehmergeellschaften, Frankfurt 1983².

²⁶) Vgl. Regine Erichsen/Faruk Şen, Hinwendung zur Selbständigkeit bei Gastarbeitern mit besonderer Berücksichtigung von Türken, hrsg. vom International Labour Office, Geneva 1987; Ismail Duyamaz, Unternehmerische Selbständigkeit als Indikator für den Integrationsfortschritt am Beispiel der türkischen Wohnbevölkerung, Bonn 1987 (Die Untersuchung wird in Kürze in der Schriftenreihe des Zentrums für Tierkreisstudien veröffentlicht).

men vergrößert sich von Jahr zu Jahr. Parallelen dazu findet man auch in Belgien, Frankreich und Schweden.

Schon bevor die Türkei wirtschaftlich und politisch gesehen Vollmitglied der EG werden konnte, konnten sich also Türken, die zunächst als Arbeiter in verschiedene EG-Staaten kamen, dort als Unternehmer etablieren. Wenn man allein in der Bundesrepublik die Palette der türkischen Selbständigen analysiert, so findet man unter ihnen vom großen Reiseveranstalter bis zum Videokassettenhersteller, von Wach- und Schließgesellschaften bis zur Detektei die verschiedensten Branchen. Mit diesen Aktivitäten etabliert sich ein türkischer Mittelstand in der Bundesrepublik Deutschland, der auch mittelfristig eine wirtschaftliche Brücke zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland bauen kann.

2. Die Beantragung der Vollmitgliedschaft in der EG und die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Landes

Der von der türkischen Regierung angekündigte Antrag auf Erwerb der Vollmitgliedschaft in der EG wurde am 14. April 1987 gestellt. Damit hat die Türkei das ihr aufgrund des Römischen Vertrages zustehende Recht in Anspruch genommen. Mit Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Türkei und der EWG am 12. September 1963 und mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens am 1. Dezember 1964 hatte die Türkei ihren zukünftigen Weg politisch und wirtschaftlich festgelegt. Damals begrüßte man in der EWG diesen Schritt und war auch bereit, der Türkei bestimmte Rechte zuzugestehen — so die Freizügigkeit vom 1. Dezember 1986 an, die die EG-Staaten nun in den achtziger Jahren wieder rückgängig zu machen beabsichtigen. Die EG hat seit 1981 drei neue Staa-

Tabelle 7: Pro-Kopf-Einkommen in den Mitgliedsländern der EG und in der Türkei in US-Dollar, Stand 1985

Dänemark	11 319
Bundesrepublik Deutschland	10 243
Frankreich	9 251
Niederlande	8 628
Belgien	8 022
Großbritannien	7 943
Italien	6 278
Spanien	4 255
Griechenland	3 294
Portugal	2 032
Türkei	1 057

Quelle: OECD (Hrsg.), Foreign Trade by Commodities 1985, Paris 1987.

ten — Griechenland, Portugal und Spanien — als Mitglieder akzeptiert und damit ihre Grenzen und die Zahl der sogenannten EG-Bürger wesentlich erweitert bzw. erhöht, während der Antrag der Türkei auf überwiegende Ablehnung stößt.

Vergleicht man das Pro-Kopf-Einkommen der Türkei mit dem der einzelnen Mitgliedstaaten der EG, so findet man die Türkei am Ende der Skala.

Wie aus Tabelle 7 hervorgeht, weisen die Pro-Kopf-Einkommen der einzelnen Länder eine Spannweite von 11 : 1 auf, wenn sie auf der Grundlage von Wechselkursparitäten errechnet werden. Sie verringern sich allerdings beträchtlich, wenn Kaufkraftparitäten zugrunde gelegt werden²⁷⁾. Hinzu kommt, daß die Türkei im Vergleich zu den EG-Mitgliedsstaaten die größten Einkommensunterschiede innerhalb der einzelnen Bevölkerungsschichten aufweist. Während die oberen 20 Prozent der Bevölkerung mit 56,5 Prozent an dem Volkseinkommen partizipieren, nehmen die unteren 20 Prozent nur mit 3,5 Prozent daran teil²⁸⁾.

Die Wirtschaftsstruktur der Türkei hat sich seit 1950 deutlich geändert. Während der Anteil des Industriesektors am Bruttoinlandsprodukt 1950 lediglich 11,9 Prozent betragen hatte, stieg er 1985 auf 29,7 Prozent, während der Anteil der Landwirtschaft von 44,8 Prozent im Jahre 1950 auf 19,6 Prozent im Jahre 1985 sank²⁹⁾.

Nach ersten Schätzungen ist für 1987 mit einem weiteren Anstieg des Anteils des Industriesektors am Bruttoinlandsprodukt auf knapp 32 Prozent zu rechnen. Nach den ersten Daten für das Jahr 1987 sind die Exporte in den ersten neun Monaten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 34,1 Prozent gestiegen. Ende Oktober 1987 beliefen sich die türkischen Exporte auf 7,883 Milliarden Dollar und die Importe auf 11,105 Milliarden Dollar³⁰⁾. Über 75 Prozent der türkischen Exporte bestanden aus Industriegütern. Ende des Jahres 1987 rechnete die Türkei mit einem Exportvolumen von mehr als zehn Milliarden Dollar bei einem Import-

volumen von über 14 Milliarden Dollar. Damit konnte die Türkei ihre Exporte von 1979 bis Ende 1987 um mehr als das 4,5fache erhöhen, während die Importe während dieser Zeit um knapp das dreifache anstiegen.

Vergleicht man die türkische Industrie mit den Industrien der drei neuen EG-Mitgliedern Griechenland, Spanien und Portugal, stellt man fest, daß die Türkei große Fortschritte gemacht hat³¹⁾. In verschiedenen Industriebereichen wie Lebensmittel-, Textil-, Glas-, Keramik- und Lederindustrie kann die Türkei heutzutage ohne weiteres mit EG-Ländern konkurrieren. Nach einer Untersuchung der türkischen Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung in Istanbul, die sich mit den EG-Fragen befaßt, kann die türkische Industrie auf 38 von 64 analysierten Industriesektoren mit den EG-Staaten konkurrieren³²⁾.

Problematisch ist die Lage der Türkei im Bereich der Landwirtschaft und der Sozialstruktur. In der Landwirtschaft und auch im Bereich der Infrastrukturen wird die Türkei erhebliche Unterstützung und Subventionen von seiten der EG benötigen. Wie dies auch bei den drei neuen südeuropäischen EG-Mitgliedstaaten der Fall war, wird die Türkei aus der EG-Kasse am Anfang sehr viel Subventionen in Anspruch nehmen; längerfristig wird die EG von diesem dynamischen Mitgliedstaat jedoch wirtschaftlich profitieren.

Schon jetzt zeichnen sich in der Türkei zum Beispiel deutliche Verbesserungen der Infrastruktur ab. Die Fortschritte, die in jüngster Zeit gemacht worden sind, zeigt insbesondere das „Südostanatolische Projekt“. Mit Hilfe des Atatürk-Staudammes nördlich von Urfa, an dessen Bau 7 000 Arbeiter seit zwei Jahren tätig sind, wird man in Kürze ein Fünftel des Elektrizitätsbedarfs der Türkei erzeugen können. Es werden insgesamt 13 Staudämme mit Wasser- und Elektrizitätswerken zwischen Euphrat und Tigris entstehen, so daß die Türkei Anfang des 21. Jahrhunderts der größte Agrarexporteur im Vorderen Orient sein wird. Den größten Teil dieses Projekts finanziert die Türkei mit eigenen Mitteln.

²⁷⁾ Vgl. Günter Schiller, Auswirkungen eines potentiellen EG-Beitritts der Türkei auf die Finanzen der Gemeinschaft, Bonn 1988, S. 3.

²⁸⁾ Diese Angaben beruhen auf einer repräsentativen Untersuchung des Staatlichen Planungsamtes von 1973. 1987 wurde diese prozentuale Einteilung nach Untersuchung von Prof. Dr. Merih Celasun in Ankara bestätigt.

²⁹⁾ Vgl. Meryem Koray/Alper Topçuoğlu, Sosyal Politika, Izmir 1987, S. 169.

³⁰⁾ Vgl. Türkiye İş Bankası (Hrsg.), Aylık Ekonomik Bülten vom 11. November 1987, S. 3.

³¹⁾ Vgl. İktisadi Kalkınma Vakfı (IKV; Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung) (Hrsg.), İspanya, Yunanistan ve Portekiz'in Avrupa Topluluklarına Katılmalarında Ekonomik Durumları ve Türkiye, İstanbul 1987, S. 3 ff.

³²⁾ Vgl. IKV (Hrsg.), Avrupa Topluluğu Karşısında Türk Tarımının ve Türk Sanayiinin Durumu, İstanbul 1986.

IV. Schlußfolgerungen

41,1 Prozent der türkischen Importe stammten 1986 aus der EG, 43,8 Prozent der Exporte flossen in die EG-Staaten³³⁾. Diese positiven Handelsbeziehungen setzten sich auch 1987 fort. Die Türkei ist zur Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen einer Politik der nachholenden Industrialisierung in einem besonderen Maße auf die intensiven Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen bzw. mit der EG angewiesen. Allerdings signalisieren die EG-Mitglieder bisher kein Interesse, mehr zu tun, als nur normale wirtschaftliche Beziehungen zur Türkei aufzunehmen³⁴⁾, obwohl die Türkei mit einer Bevölkerungszahl von 52 Millionen und einer Bevölkerungswachstumsrate von jährlich 2,88 Prozent einen interessanten Markt mit einer zwar geringen Kaufkraft, aber sehr hohen Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern bietet. Das im Vergleich zu Spanien, Portugal und Griechenland geringe Volumen ausländischer Investitionen in der Türkei könnte sich in den nächsten Jahren im wirtschaftlichen Interesse aller Staaten erhöhen.

³³⁾ Vgl. T. T. S. O. (Hrsg.), *Iktisadi Rapor 1987*, Ankara 1987, S. 198.

³⁴⁾ Vgl. Heinz Kramer, *Das wirtschaftliche Element in den Beziehungen der EG zur Türkei — Eine Bestandsaufnahme*, Ebenhausen 1987, S. 12f.

Abgesehen von wirtschaftlichen und sozialen Faktoren wird die Türkei auch in den Bereichen „Gesetzgebung“ und „Demokratieverständnis“ einiges ändern müssen, um den Anschluß an Europa zu erreichen. Daß die Türken dazu imstande sind, war bereits nach dem Untergang des Osmanischen Reiches seit der Gründung der modernen Türkei ab 1923 festzustellen. Nach der Abschaffung des islamischen Rechts hat man sehr bald das schweizerische Zivilrecht und das deutsche Handelsgesetz übernommen und praktiziert.

Die einzige Gruppe, die in der Türkei die EG-Vollmitgliedschaft ablehnt, ist die Gruppe der islamischen Fundamentalisten. Daß in der Türkei diese Gruppe keine Massenbasis besitzt, zeigt das bisherige Wahlverhalten der Türken. Religiöse Fanatiker haben bei der Wählerschaft nie große Resonanz gefunden. Bei den Wahlen im November 1987 bekamen die Fundamentalisten lediglich sieben Prozent der Stimmen. Ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens über den Antrag der Türkei kann also vorausgesetzt werden. Dieser Konsens bedeutet ein Votum der Türken für Europa.

Daß in politischer Hinsicht Grund genug besteht, die Türkei nicht zu enttäuschen, steht außer Frage. Wirtschaftliche Hindernisse auf dem Weg in die Gemeinschaft werden sich beseitigen lassen — mag dies auch bis zum Jahre 2000 dauern.

Aspekte der griechischen Zeitgeschichte

I. Die Forschungslage

Noch vor 20 Jahren war die Forschung zur griechischen Zeitgeschichte das Monopol einiger weniger im Ausland (hauptsächlich in den USA, aber auch in Frankreich) lebender Griechen. Daneben gab es eine kleine Zahl britischer und amerikanischer Autoren, die zumeist während des Zweiten Weltkriegs in diplomatischer oder militärischer Mission (zumeist ehemalige Diplomaten und ehemalige Agenten) mit Griechenland zu tun gehabt hatten und danach von diesem Thema nicht losgekommen waren.

In Griechenland selbst gab es keinerlei offizielle Zeitgeschichtsforschung. Die Historiker an den Universitäten wagten sich nicht weiter als bis ins ausgehende 19. Jahrhundert vor. Was danach kam, war keine Geschichte, sondern Politik, und diese zu interpretieren, wurde den Politikern überlassen. Unter diesen Umständen war es kaum verwunderlich, daß die wenigen offiziellen Publikationen zur Zeitgeschichte (z. B. Schulbücher oder Lehrbücher der Militärakademie)¹⁾ aufs engste den von den Politikern vorgegebenen Sprachregelungen folgten. Die wenigen von dieser Linie abweichenden Veröffentlichungen wurden entweder, wenn sie von bürgerlichen Autoren stammten, mit Stillschweigen übergangen oder, wenn sie von Linken verfaßt worden waren, verboten.

Aber auch die in Großbritannien und in den USA erscheinenden Studien waren mit wenigen Ausnahmen weit von seriöser Historiographie entfernt. Memoiren ehemaliger britischer Protagonisten mußten und müssen vor der Drucklegung die Zensur passieren, was — falls es wie im Fall der 1985 erschienenen Memoiren eines ehemaligen Agenten des Secret Intelligence Service²⁾ einmal nicht geschieht — für beträchtliche Aufregung sorgt, zumal dieser unbeabsichtigt Dinge ausplauderte, die jahrzehntlang bestritten worden waren (z. B. die mehr als engen Beziehungen zwischen deutschen Stellen und dem rechtsgerichteten Partisanenführer N. Zervas). Andere Autoren wie z. B. C. M. Woodhouse vertraten von vornherein eine apologetische Position, die in jüngster Zeit in Großbritan-

nien als „Chatham-House-Version“^{2a)} bezeichnet wird. So erhielt Woodhouse nachweislich für sein 1948 erschienenes Buch über Griechenland im Zweiten Weltkrieg³⁾ Zugang zu den einschlägigen Akten des Foreign Office, obwohl damals noch die 50-Jahre-Sperrfrist für das Foreign Office Archiv galt. Seine aus diesem Aktenstudium hervorgegangene Studie war dann auch ein brilliant formuliertes Musterbeispiel absolut apologetischer Darstellung.

In den USA unterlagen die Memoiren ehemaliger Teilnehmer einer derartigen Zensur nicht⁴⁾, und auch die Forschung war bis zum Kalten Krieg relativ frei, wie die kritischen Aufsätze und Monographien von Stavrianos⁵⁾ zeigen, aber die Untersuchungen des berüchtigten Ausschusses für unamerikanische Aktivitäten des Senators McCarthy machten auch vor dieser kritischen Stimme nicht Halt. Stavrianos wechselte in ein unverfänglicheres Forschungsgebiet und überließ das Feld der griechischen Zeitgeschichte Kalten-Kriegs-Ideologen wie Kousoulas⁶⁾. Zwar erschienen in den Jahren bis zum Staatsstreich der Militärjunta insbesondere in den USA eine größere Zahl von Dissertationen, die nicht so stark ideologisch geprägt waren, aber von einer kontinuierlichen Forschung zur griechischen Zeitgeschichte kann trotzdem nicht gesprochen werden.

Bewegung in diese festgefahrene Lage brachte erst der Militärputsch vom April 1967, der zeitlich mit den Studentenunruhen an den amerikanischen und europäischen Universitäten zusammenfiel. Griechische Studenten und ihre ausländischen Kommilitonen wollten wissen, wie es zu diesem Putsch gekommen war. Auch die Öffentlichkeit begann, sich für die Ereignisse in Griechenland zu interessieren. Hinzu kam, daß in den siebziger Jahren in den britischen und amerikanischen Archiven die Akten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges zugänglich

^{2a)} Das Chatham House ist eine dem Foreign Office nahestehende Forschungsinstitution.

³⁾ C. M. Woodhouse, *Apple of Discord. A Survey of Recent Greek Politics in their International Setting*, London 1948.

⁴⁾ Ein typisches Beispiel sind die Memoiren des ehemaligen Presseattachés der US-Botschaft in Athen William Hardy McNeill, *The Greek Dilemma. War and Aftermath*, Philadelphia 1947.

⁵⁾ Leften S. Stavrianos, *Greece. American Dilemma and Opportunity*, Chicago 1952.

⁶⁾ Dimitrios George Kousoulas, *Revolution and Defeat. The Story of the Greek Communist Party*, New York 1965.

¹⁾ Ein typisches Beispiel für die Armee ist: Athanasios Pavlidis, *Istoria tou Kommounismou en Elladi*, Athen 1967.

²⁾ Nigel Clive, *A Greek Experience 1943–1948*, Salisbury 1985. Über die Reaktion der offiziellen Stellen siehe *The Guardian* vom 25. November 1987.

wurden. Die Folge war, daß in den sieben Jahren der Junta-Herrschaft mehr Bücher und Artikel zur griechischen Zeitgeschichte erschienen als in der ganzen Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg. Gewiß, manche dieser Publikationen waren journalistische „Schnellschüsse“ ohne bleibenden Wert, aber es erschienen auch Studien, die bis heute ihre Relevanz nicht verloren haben.

Der Sturz der Junta im Jahr 1974 brachte die endgültige Wende. Mit der Rückkehr zur Demokratie und der Aufhebung des seit 1974 bestehenden Verbotes der Kommunistischen Partei begann in Griechenland selbst die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. In den folgenden Jahren erschienen unzählige Monographien und Memoiren. Zeitgeschichtliche Darstellungen und Artikelserien in Zeitschriften und Tageszeitungen ließen eine breite Öffentlichkeit an der Diskussion teilhaben. Alle Studien hatten einen Schwerpunkt: die Jahre der Okkupation. Die Autoren stießen auf eine äußerst interessierte Leserschaft, die zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Möglichkeit hatte, sich anhand der unterschiedlichsten Versionen der Vergangenheit eine eigene Meinung zu bilden. Ende der siebziger Jahre reagierte der griechische Staat auf das gestiegene Interesse an der eigenen Vergangenheit und errichtete einige Lehrstühle zur Zeitgeschichte, die mit griechischen Absolventen europäischer und amerikanischer Hochschulen besetzt wurden.

Das gesteigerte Interesse des Auslandes an griechischer Zeitgeschichte und Politik hatte mit dem Sturz der Junta jedoch nicht aufgehört. An ameri-

kanischen Universitäten entstanden departments, die sich ausschließlich mit neugriechischer Geschichte befaßten. Kanadische, englische und französische Universitäten sowie die Universität Kopenhagen richteten ähnliche Institutionen ein. Symposien und Konferenzen zu griechischen und zypriotischen Themen wurden in Europa und in den USA organisiert. Zugleich erschienen in diesen Ländern in rascher Folge Monographien und Aufsätze zu zeitgeschichtlichen und politologischen Themen, die oft zu international geführten Kontroversen führten. Parallel dazu entstanden auf nationaler, d. h. auf griechischer, und auf internationaler Ebene die notwendigen „handwerklichen“ Voraussetzungen in Form von bibliographischen Informationsbulletins (z. B. *Modern Greek Society: A Social Science Newsletter*), Bibliographien und Fachzeitschriften (u. a. *The Journal of the Hellenic Diaspora*)⁷⁾. Kurzum, Ende der siebziger Jahre war die griechische Zeitgeschichte und Politik ein etabliertes Objekt der internationalen Forschung geworden. Bedauerlicherweise hatte die institutionalisierte bundesrepublikanische Forschung daran bislang nur einen äußerst geringen Anteil.

Die Forschungslage zur griechischen und zypriotischen Zeitgeschichte hat sich also in den letzten 20 Jahren enorm gebessert. Dennoch bleibt noch viel zu tun. Studenten an Universitäten der Bundesrepublik zum Beispiel, die über ein griechisches oder zypriotisches Thema arbeiten wollen, stellen immer wieder fest, daß selbst über Fernleihe die relevante Literatur nur schwer, wenn überhaupt zu erhalten ist.

II. Die erste griechische Republik

Ähnlich wie die Weimarer Republik war auch die erste griechische Republik ein von Krisen geschütteltes Staatswesen⁸⁾. Wie Deutschland, so trug auch Griechenland schwer an der Last eines verlorenen Kriegs, nämlich an den Folgen des Krieges gegen die Türkei von 1919 bis 1922, der mit der Vertreibung von ca. 1,5 Millionen Griechen aus Kleinasien endete. Die Integration dieser Flüchtlinge in eine Gesellschaft von sechs Millionen, die sich mitten im Aufbruch zur Industrialisierung befand, trug maßgeblich zur Destabilisierung der griechischen Republik bei. Der eigentliche Grund ihrer

Instabilität waren jedoch die antiquierten politischen Strukturen des Landes.

Die griechischen Parteien waren klientelistische Netzwerke, die ihre Herrschaft auf der Basis von Protektion, Favoritismus, Nepotismus und Gefälligkeiten (*rousfetia*) ausübten. Es gab im wesentlichen zwei große Gruppierungen: die nach Eleftherios Venizelos⁹⁾ genannten Venizelisten und die Anti-Venizelisten. Erstere verstanden sich selbst als Liberale, aber nur bedingt als Republikaner; sie vertraten die Interessen des aufstrebenden Wirtschaftsbürgertums. Letztere waren Anhänger der Monarchie und orientierten sich an den Interessen der alten, vorrangig agrarisch orientierten Eliten. Trotz aller Differenzen in der Vergangenheit hatten beide Parteien allerdings letztlich ein gemeinsames

⁷⁾ Siehe dazu mit über 11 000 Titeln und Hinweisen auf die entsprechenden Fachzeitschriften. Heinz A. Richter, *Greece and Cyprus since 1920. Bibliography of Contemporary History*, Heidelberg 1984.

⁸⁾ Über die erste griechische Republik siehe die ausgezeichnete sozialwissenschaftliche Untersuchung von Mavrogordatos: *George Mavrogordatos, Stillborn Republic. Social Coalitions and Party Strategies in Greece, 1922–1936*, Berkeley 1983.

⁹⁾ Eleftherios Venizelos (1864–1936), Führer der liberalen Partei, war in den Jahren 1910 bis 1915, 1917 bis 1920, 1924, 1928 bis 1932 und 1933 Ministerpräsident Griechenlands.

ideologisches Ziel — die Wiedererrichtung eines griechischen Großreiches, ein Streben, das unter der Bezeichnung „Megali Idea“ in die Geschichte einging.

Mit der Vertreibung der kleinasiatischen Griechen, der sogenannten Kleinasiatischen Katastrophe, kam das Ende dieses hehren Zieles, für dessen Erreichung das griechische Volk fast ein Jahrhundert lang jedes Opfer auf sich genommen und auf Sozialreformen verzichtet hatte. Die neue Republik wurde zu einem ideologielosem Gebilde. Ihre Führungseliten, Politiker wie Militärs, nahmen die neuen sozialen Gegebenheiten nicht zur Kenntnis und beschränkten sich darauf, soziale Unruhen durch repressive Gesetze unter Kontrolle zu halten. Ansonsten setzten sie die traditionellen politischen Querelen über die Frage der Staatsform auch dann noch fort, als die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Griechenland trafen.

III. Das Regime vom 4. August 1936

Die Diktatur, die am 4. August 1936 errichtet wurde, hatte einen doppelten Charakter: Sie war einerseits eine konservative Königsdiktatur, andererseits trug sie eindeutig faschistische Züge¹⁰⁾. Wenn man so will, war das Regime eine Art Duumvirat.

Der königliche Diktator war zufrieden, daß sein Thron nicht mehr gefährdet war; ansonsten stützte er sich auf die ihm nach mehreren Säuberungen von allen liberalen Elementen treu ergebene Armee. Außenpolitisch setzte er auf die traditionelle Schutzmacht Großbritannien.

Ko-Diktator Metaxas hingegen war germanophil und bewunderte die Diktatoren Deutschlands und Italiens. Kaum an der Macht, bemühte er sich, seine Vorbilder zu kopieren. Das neue Regime bezeichnete sich als „Tritos Politismos“, was wörtlich „Dritte Zivilisation“ heißt, aber auch, ohne die Übersetzung zu strapazieren, mit „Drittes Reich“ wiedergegeben werden kann. Metaxas war der „Archigos“ (Führer), um den sich ein Führerkult rankte, der seinen Vorbildern sehr nahe kam. „Führergruß“, faschistische Staatssymbole, Paraden, eine uniformierte Staatsjugend (EON), „Arbeitsbataillone“, eine gleichgeschaltete Presse und eine Geheimpolizei waren weitere Ingredienzen des griechischen Faschismus.

Ende 1935 wurde im Anschluß an einen Militärcoup durch ein manipuliertes Plebiszit die Monarchie wieder restauriert, und König Georg II. kehrte aus seinem Londoner Exil nach Griechenland zurück. Im Januar 1936 fanden Wahlen statt, die von allen Beobachtern als bemerkenswert objektiv charakterisiert wurden. Sie ergaben eine Pattsituation zwischen den beiden bürgerlichen Parteien, wodurch die winzige Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) als mögliche Mehrheitsbeschafferin ein überproportionales Gewicht erhielt. Dies alarmierte den General und rechtsextremistischen Politiker Ioannis Metaxas, dem es gelang, Georg II. von der Gefahr einer kommunistischen Revolution zu überzeugen. Obwohl sich die bürgerlichen Politiker schließlich doch noch zur Bildung einer Koalitionsregierung bereitfanden, unterzeichnete Georg II. am 4. August 1936 jene Dekrete, die das parlamentarische System abschafften und die Diktatur errichteten.

Im Vergleich zu Mussolinis Italien und der NS-Herrschaft in Deutschland war das Regime natürlich eher eine Art „Arme-Leute-Version“ des Faschismus, trotzdem bestand für die Unterdrückten wenig Zweifel an seinem Charakter. Das Selbstverständnis des Regimes geht am deutlichsten aus einer Tagebucheintragung von Metaxas hervor: „Griechenland erhielt am 4. August eine antikomunistische Herrschaft, eine antiparlamentarische Herrschaft, eine Herrschaft auf der Basis der Bauern und Arbeiter und folglich eine antiplutokratische Herrschaft. Gewiß, es hatte keine besondere Staatspartei, aber das ganze Volk war Partei, außer den unverbesserlichen Kommunisten und den reaktionären Anhängern der ‚Alten Parteien‘.“¹¹⁾

In der Vergangenheit wurde hauptsächlich von britischen Autoren verschiedentlich der faschistische Charakter des Metaxas-Regimes mit der Begründung bestritten, daß es keine Massenpartei hervorgebracht habe. Doch eine solche Argumentation geht am Kern des Problems vorbei: Metaxas brauchte gar keine Massenpartei, ja sie wäre sogar systemfremd gewesen; er richtete die alten Klientelnetze auf seine Person aus und konnte zu Recht behaupten, daß „das ganze Volk Partei war“.

Das finsterste Kapitel des Regimes ist das seines Terrors. Von der Gestapo ausgebildete Kader der griechischen Geheimpolizei gingen mit äußerster Effizienz gegen Oppositionelle, insbesondere gegen die Kommunisten, vor und dezimierten sie.

¹⁰⁾ Zum Regime vom 4. August siehe: Spyros Linardatos, *Pos ephasame stin 4i Avgoustou*, Athen 1974, und ders., *I 4i Avgoustou*, Athen 1966, sowie Jon V. Kofas, *Authoritarianism in Greece: The Metaxas Regime*, Boulder 1983.

¹¹⁾ Ioannis Metaxas, *To prosopiko tou imerologio*, Bd. 4, Athen 1960, S. 553.

Dabei entwickelten sie ein besonders teuflisches, an Praktiken der Inquisition erinnerndes Mittel. Den Verhafteten wurde angeboten, eine „Reueerklärung“ (dilosis) zu unterschreiben, in der sie ihre bisherigen politischen Überzeugungen öffentlich verurteilen mußten; zwar kamen die Unterzeichner anschließend frei, aber als doppelt Geächtete, vom Regime und von ihren ehemaligen Freunden.

IV. Der Krieg mit Italien und Deutschland 1940/41, Okkupation, Résistance und Exil

Außenpolitisch steuerte das Metaxas-Regime einen opportunistischen Schaukelkurs zwischen ideologisch motivierter Freundschaft zu Hitlerdeutschland und rationaler Rückversicherung durch Großbritannien. Dies ließ Griechenland letztlich zu einem Opfer des italienischen Expansionsstrebens werden. Die Geschichte des italienischen und des deutschen Angriffes auf Griechenland ist in der Literatur¹²⁾ ausführlich abgehandelt worden, so daß wir uns hier auf die Erwähnung einiger für die weitere Entwicklung relevanter Aspekte beschränken können.

Am 28. Oktober 1940 erlebte die Welt ein paradoxes Schauspiel: Das faschistische Italien überfiel das faschistische Griechenland. Bitter beklagte sich Metaxas über die Prinzipienlosigkeit seines italienischen „Kollegen“: Mussolini habe zwar mit der richtigen Ideologie begonnen, sei aber beim Imperialismus geendet. Also heuchle Mussolini. Sein Antiparlamentarismus, Totalitarismus, Antikommunismus, Antiplutokratismus und alles andere seien Lügen. Mussolini und Hitler seien zwar bedeutende, gleichzeitig aber niedrige, minderwertige Menschen, weil sie ihre Ideologie verraten hätten¹³⁾.

Das griechische Volk setzte dem italienischen Angriff — ganz im Gegensatz zu dem inkompetenten und defätistischen höheren Offizierskorps, das weitgehend von Metaxas selbst geleitet wurde — entschlossenen Widerstand entgegen¹⁴⁾. Die

Ähnlich wie Hitler sicherte auch Metaxas seine Repressionsmaßnahmen durch eine entsprechende Gesetzgebung ab. Doch im Gegensatz zu jener des Dritten Reiches blieben viele der Gesetze des Regimes des 4. August bis Mitte der siebziger Jahre in Kraft. Die bedrückendste Folge des Regimes war die, daß es die Folter als Mittel der staatlichen Repression institutionalisierte.

einfachen Soldaten, die von Zivilisten unterstützt wurden, warfen die italienischen Streitkräfte im November/Dezember 1940 nach Albanien zurück. Diesen Willen zum Widerstand brachen auch der deutsche Angriff und die Besetzung Griechenlands im Frühjahr 1941 nicht, spontan entstanden im Sommer 1941 die ersten Gruppen der Résistance.

In den vier Jahren der Okkupation¹⁵⁾ durch die Achsenmächte vom Sommer 1940 bis zum Oktober 1944 erlitt Griechenland das Schicksal aller von den Nazis besetzten Ländern. Im Lande selbst wurde eine Kollaborationsregierung errichtet, die im Laufe der Besetzung immer mehr zu einem ausführenden Organ der Besatzer wurde. Daneben entstanden Widerstandsgruppen unterschiedlicher politischer Ausrichtung, die gegen die Okkupatoren und die Kollaborationsregierungen, zuweilen aber auch gegeneinander kämpften. Außerhalb Griechenlands gab es eine Exilregierung, die ständig in Gefahr war, sich der Entwicklung in Griechenland zu entfremden, aber im britischen Premier Churchill einen übermächtigen Verbündeten hatte.

Das eigentlich dynamische Moment der griechischen Entwicklung jener Jahre lag bei der Résistance. Die bürgerlichen Führungseliten des Landes hatten an ihr praktisch keinen Anteil. Ihre tra-

griechischen Partisanen, Brigadier Myers: „In the Albanian Campaign it was the people of Greece who fought and did so splendidly against the enemy inspite of the regular army. The regular army was shamed into fighting by the will of the people. The people advanced inspite of the senior regular army officers who directed largely by Metaxas himself, rather than the Greek C.-in-C. were not only unwilling to fight and incompetent but had not the spirit to lead the Greek Army against the invader.“ Zit. nach E. C. W. Myers, *Inside Greece. A Review*, unveröffentlichtes Manuskript aus dem Jahr 1943 im Besitz des Autors.

¹⁵⁾ Diese Zeit ist inzwischen in der griechischen Zeitschichte am besten erforscht. Bis 1985 waren mehr als 1 650 Titel zu dieser Periode erschienen. Siehe H. Richter (Anm. 7), S. VI. In diesem Rahmen ist es nicht möglich, den Forschungsstand und die zum Teil recht kontroversen Diskussionen auch nur annähernd zu skizzieren. Hier sollen lediglich einige wichtige Aspekte herausgearbeitet werden.

¹²⁾ Siehe Ehrengard Schramm von Thadden, *Griechenland und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg*, Wiesbaden 1955; Heinz A. Richter, *Griechenland zwischen Revolution und Konterrevolution 1936–1946*, Frankfurt 1973; Mario Cervi, *The Hollow Legions: Mussolini's Blunder in Greece 1940–1941*, London 1972; Charles Cruickshank, *Greece 1940–1941*, London 1976; Spyros Linardatos, *I exoteriki politiki tis 4is Avgoustou kai o polemos 1940–1941*, 2 Bde., Athen 1975/76; Toni Simpson, *Operation Mercury. The Battle of Crete 1941*, London 1982.

¹³⁾ I. Metaxas (Anm. 11), S. 552 f.

¹⁴⁾ Über den Charakter des Krieges in Albanien urteilte der spätere Kommandeur der Britischen Militärmission bei den

ditionellen Herrschaftsinstrumente, die Klientelnetze, waren durch Metaxas zerstört worden, und ihre Klientel hatte sich von ihnen abgewandt. Die Besetzung des Landes und die Weigerung der Eliten, eine führende Rolle in der entstehenden Résistance zu übernehmen, ließen ihren Einfluß weiter schwinden. Nur wenige jüngere Intellektuelle und eine Anzahl demokratisch-republikanisch gesinnter Offiziere sowie die ca. 800 Kommunisten, die die Diktatur überlebt hatten, waren bereit, den beginnenden Widerstand zu organisieren und zu führen.

Die entsetzliche Hungersnot des ersten Besatzungswinters führte dem Volk dann überdeutlich vor Augen, daß es von seinen bisherigen Führern im Stich gelassen worden war. Hilfe kam hauptsächlich von einer neuen Organisation, der EA, (Nationale Solidarität), deren Suppenküchen Zehntausende vor dem Hungertod retteten. Die EA war eine Suborganisation der im September 1941 gegründeten Nationalen Befreiungsfront (EAM), die mit der EA zum ersten Mal in Erscheinung trat. Im Verlauf der nächsten drei Jahre entwickelte sich daraus eine Massenbewegung. Die EAM erfaßte in einem halben Dutzend Suborganisationen bis zum Ende der Okkupation etwa 1,5 von insgesamt 7,5 Millionen Griechen. Ihre Mitglieder rekrutierten sich aus allen Klassen und Schichten der Gesellschaft.

Die EAM baute den griechischen Staat und seine Gesellschaft von unten her neu auf. Basisdemokratie, Dezentralisierung, lokale Selbstverwaltung, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Volksgerechtigbarkeit und Einführung der Volkssprache als offizielle Amtssprache waren einige typische Charakteristika der Politik der EAM.

Im März 1944 errichtete die EAM das Politische Komitee der Nationalen Befreiung (PEEA), das binnen kurzem die Funktion einer Regierung in den von der Résistance kontrollierten Gebieten ausübte. Um die nötige demokratische Legitimierung zu schaffen, wurden Anfang Mai 1944 im immer noch besetzten Griechenland in freier, geheimer und gleicher Wahl (auch Frauen durften wählen) von ca. einer Million Wählern Wahlmänner gewählt. Diese Wahlmänner wählten ihrerseits 250 Delegierte für den Nationalen Rat, das „Parlament der Berge“. Auf seiner konstituierenden Sitzung beschloß der Nationale Rat eine Art Verfassung, und in der Zeit bis zum Abzug der Wehrmacht verabschiedete er Dutzende von Verordnungen, Erlassen und Gesetzen. Anfang Oktober 1944 kontrollierten der Nationale Rat und das Politische Komitee ca. 90 Prozent des griechischen Staatsgebietes. Zwar wurde dies alles von der EAM gelenkt, aber die radikale Renaissance des griechischen Staatswesens beruhte letztlich auf der hingebungsvollen Mitarbeit und Opferbereitschaft ihrer Mitglieder und

der breiten Masse des Volkes, d. h. auf einer „Graswurzeldemokratie“.

Kritiker und Feinde dieser Entwicklung haben damals und auch später die EAM und ihre Suborganisationen immer wieder als kommunistische Frontorganisationen diffamiert. Die KKE, die kommunistische Partei Griechenlands, habe diese nur aufgebaut, um mit ihrer Hilfe nach dem Krieg die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Nun ist es zwar richtig, daß die KKE maßgeblich an der Gründung, am Aufbau und an der Leitung der EAM und ihrer Suborganisationen beteiligt war, aber die EAM wurde nie zur Kreatur der KKE. In der EAM-Führung saßen neben den Kommunisten eine Reihe progressiver Persönlichkeiten, ehemals Führer linker Klientelnetze. Die Mitgliedschaft war ähnlich heterogen: Große Teile stammten aus den Überresten der durch Metaxas zerschlagenen größeren und kleineren Klientelnetze der Liberalen, die nun ihre Loyalität zeitweilig auf die EAM übertrugen. Andere waren einfach Patrioten oder strebten nach sozialen Veränderungen. Daneben gab es die wenigen „echten“ Kommunisten, die bedingungslos ihren Führern folgten. Auch wenn die KKE an allen entscheidenden Stellen ihre Kader platzierte, waren diese doch viel zu wenige (max. 800), um die Massenorganisationen der EAM auf dem Pfad der kommunistischen Orthodoxie zu halten. Mit zunehmendem Erfolg und steigenden Mitgliederzahlen der EAM verringerte sich der Einfluß der KKE.

Hinzukam, daß in den von der Résistance kontrollierten Gebieten neue Formen der politischen Willensbildung entstanden, deren zentrale Elemente offene Diskussion und freie Abstimmung waren. Zugleich erlebte die KKE einen Massenzulauf. Bis zum Ende der Okkupation stieg die Zahl ihrer Mitglieder auf ca. 200 000. Der Mitgliederzuwachs wirkte auf den Charakter der Partei zurück: Die KKE, deren Charakter als monolithische, leninistisch-stalinistische Kaderpartei schon vor dem Krieg nicht sehr stark ausgeprägt gewesen war, wurde zur Massenpartei, in der Meinungspluralismus und Flügelkämpfe an der Tagesordnung waren.

Die neuen Mitglieder der KKE waren keine disziplinierten Kader und ideologisch gefestigte Kommunisten, sondern Menschen, die soziale Veränderungen und ein demokratisches, republikanisches Nachkriegsgriechenland, aber auf keinen Fall die Rückkehr zum klientelistischen Vorkriegssystem wollten. Mit anderen Worten: Die KKE war dabei, sich zu einer heterogenen, demokratischen, sozialistischen Massenpartei mit stark populistischen Zügen zu wandeln, die die progressiven Kräfte an sich zog.

Aus programmatischen Erklärungen der EAM und der KKE jener Jahre lassen sich die angestrebten Ziele rekonstruieren: nationale Unabhängigkeit und Errichtung einer demokratischen, sozialen Nachkriegsrepublik. Diese Ziele waren, soweit sie

die griechische Innenpolitik betrafen, weitgehend realisiert worden bzw. hätten nach dem Abzug der Besatzungsmacht leicht in den noch nicht von der EAM kontrollierten restlichen zehn Prozent des Landes realisiert werden können.

V. Die britische Intervention im Dezember 1944

Die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit machte auch eine Neuordnung des Verhältnisses zur traditionellen Schutzmacht Großbritannien nötig, deren Protektorat Griechenland mit kurzen Unterbrechungen seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts de facto gewesen war.

Für den britischen Kriegspremier Winston Churchill war eine griechische Nachkriegsrepublik, die außerdem noch von der Linken kontrolliert werden würde, inakzeptabel. Für ihn war ein probritisches Griechenland, das er als unverzichtbares Glied der Lebenslinie des Empires durch das Mittelmeer nach Indien und zum Öl von Mossul betrachtete, nur als Protektorat unter einem britisch kontrollierten Monarchen denkbar.

Als Churchill im Sommer 1943 anlässlich einer Konferenz griechischer Résistanceführer und bürgerlicher Politiker in Kairo erkennen mußte, daß die Mehrheit der Griechen gegen die Rückkehr der Monarchie war, gab er Befehl, eine militärische Intervention in Griechenland vorzubereiten¹⁶⁾. Als Vorwand diente die Behauptung, die EAM sei eine kommunistische Organisation und plane nach dem deutschen Abzug die gewaltsame Machtübernahme und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Im August 1944 empfahl Churchill, wie „ein Blitz aus heiterem Himmel“ zuzuschlagen¹⁷⁾.

Die Behauptung Churchills, er habe im Dezember 1944 intervenieren müssen, um Griechenland vor dem Kommunismus zu retten, war für lange Jahre die „gültige“ Version der Schilderung der Ereignisse des Dezember 1944. Sie wurde später noch erweitert und angereichert, so zum Beispiel um den angeblichen Marsch der ELAS (die Partisanen-Armee der EAM) auf Athen, der in den Bereich der Mythologie gehört. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges kam die internationale Forschung langsam zu einem differenzierteren Bild¹⁸⁾. Tatsächlich waren die Ereignisse des Dezember 1944 primär eine britische Intervention zur Wiederherstellung des al-

ten Abhängigkeitsverhältnisses. Die EAM war erwiesenermaßen bis zum letzten Augenblick für jeden Kompromiß offen, aber sie war nicht bereit, das, was von ihr während der Okkupation aufgebaut worden war, bedingungslos aufzugeben und sich wieder der Herrschaft der alten Eliten zu unterwerfen.

Ende November spitzte sich die Krise zu. Die EAM erklärte sich bereit, ihre Partisaneneinheiten zu demobilisieren, wenn die Regierung ein Gleiches mit ihnen, seit den Unruhen im Frühjahr 1944 politisch rechts ausgerichteten Streitkräften tue. Schließlich wurde ein Kompromiß gefunden. Als Premier G. Papandreou jedoch die EAM-Minister durch einen Trick¹⁹⁾ auszumanövrieren versuchte, traten diese unter Protest zurück. Am 3. Dezember 1944 kamen die angestauten Spannungen zur Explosion, als die Athener Polizei, die zuvor Diktator Metaxas und danach den Italienern und Deutschen gedient hatte, das Feuer auf eine unbewaffnete EAM-Protest-Demonstration eröffnete. Die EAM reagierte, indem sie tags darauf nach erneuten Übergriffen der Polizei die Athener Polizeistationen angriff. Der Bürgerkrieg um Athen hatte begonnen.

In diese innergriechische Auseinandersetzung griffen dann auf Churchills ausdrücklichen Befehl britische Truppen ein²⁰⁾. Churchill glaubte einen harten Kurs steuern zu können, da er sich Anfang Oktober mit Stalin in jenem berühmten „Prozentabkommen“ über die Interessensphären auf dem Balkan darauf geeinigt hatte, daß Griechenland zum britischen Hegemoniebereich gehöre. Die britische Intervention machte aus einer innergriechischen Auseinandersetzung einen größeren bewaffneten Konflikt, der über 30 Tage dauerte.

Wie wenig die EAM diesen Kampf gewollt hatte, zeigt sich schon daran, daß die regulären Partisaneneinheiten daran nicht teilnahmen, sondern nur

¹⁶⁾ So Churchill in einer Anweisung an General Ismay am 29. September 1943. Winston Churchill, *The Second World War*, Bd. 10, London 1965, S. 189.

¹⁷⁾ Ebd., Bd. 11, S. 251.

¹⁸⁾ So die Monographie von John O. Iatrides, *Revolt in Athens. The Greek Communist 'Second Round' 1944–1945*, Princeton 1972, und Lars Baerentzen, *The Demonstration in Syntagma Square on Sunday the 3rd of December, 1944*, in: *Scandinavian Studies in Modern Greek*, 2 (1978), S. 3–52.

¹⁹⁾ Er veröffentlichte eine Kompromißformel, die er angeblich mit den EAM-Ministern ausgehandelt hatte. Tatsächlich hatte er den ursprünglichen Text redaktionell so „überarbeitet“, daß sein Inhalt ins Gegenteil verdreht wurde.

²⁰⁾ Am 5. Dezember telegraphierte Churchill an den britischen General in Athen: „Do not however hesitate to act as if you were in a conquered city where a local rebellion is in progress . . . We have to hold and dominate Athens. It would be a great thing for you to succeed in this without bloodshed if possible, but also with bloodshed if necessary.“ W. Churchill (Anm. 16), Bd. 11, S. 256.

die sogenannte Reserve-ELAS Athens. Obwohl die EAM-Führung ständig Kompromißbereitschaft signalisierte und zudem massive Proteste gegen Churchills „faschistische Aktion“ (so die Londoner Times)²¹⁾ in England und in den USA laut wurden²²⁾, zerschlug Churchill den „trozkistischen“

Aufstand. Aus Moskau kam kein Wort der Kritik: Stalin hielt sich an das Prozentabkommen. Griechenland wurde so zum ersten, paradigmatischen Fall eines befreiten Landes am Ende des Zweiten Weltkrieges, dem die Siegermacht mit Gewalt ein ihr genehmes Regime oktroyierte.

VI. Restauration und Bürgerkrieg

Die Kämpfe in Athen endeten mit dem Friedensvertrag von Varkiza, der einen fairen Kompromiß darstellte. Wäre er seinem Wortlaut und seinem Geist nach eingehalten worden, hätte er den inneren Frieden und eine Aussöhnung der verfeindeten Lager herbeiführen können. Statt dessen fand in den folgenden 13 Monaten bis zu den Wahlen von Ende März 1946 eine Konterrevolution unvorstellbaren Ausmaßes statt²³⁾, die die Machtverhältnisse völlig umkehrte.

Griechenland wurde zum einzigen Land Europas, in dem Kollaborateure straffrei ausgingen, wenn nicht gar belohnt wurden und in dem die Mitgliedschaft in der Résistance als ein Verbrechen betrachtet und entsprechend verfolgt wurde²⁴⁾, was zur Massenflucht ehemaliger EAM-Mitglieder in die Berge oder ins Ausland führte. Die griechische Justiz beteiligte sich an den Nachstellungen, indem sie den absurdesten Anzeigen nachging („Mord an unbekannt Personen durch Unbekannt“). Im September 1945 waren unter den 16 000 Untersuchungshäftlingen nur ca. 1 000 Kollaborateure; der Rest waren ehemalige EAM/ELAS Mitglieder²⁵⁾. Anfang 1946 waren die Gefängnisse so überfüllt, daß ein Sondergesetz zu ihrer „Leerung“ erlassen werden mußte. Parallel fand eine Säuberung aller staatlichen Einrichtungen von allen Mitgliedern und Sympathisanten der politischen Linken statt.

Das Erstaunliche dabei ist, daß keine der griechischen Regierungen jener Zeit der Rechten angehörte. Politisch waren sie vielmehr dem gemäßigten liberalen Lager zuzuordnen. Allerdings waren sie

militant antikommunistisch und darauf bedacht, die Herrschaft der traditionellen bürgerlichen Klientelnetze wiederherzustellen. Dieses Ziel — gepaart mit einer geradezu pathologischen Kommunismenfurcht — veranlaßte sie, die Übergriffe nachgeordneter Stellen gegenüber der Linken und die Ausschreitungen der Rechten zu übersehen.

Die extreme royalistische Rechte unter den Politikern und Militärs hatte ihrerseits aus der Okkupation „spezifische“ Lehren gezogen. In ihren Augen genügte die einfache Wiederherstellung der alten Klientelnetze und der Wiederaufbau und die Kontrolle des staatlichen Machtapparates nicht, um die Massen der Linken wieder unter ihre absolute Kontrolle zu bringen. Daher unterwanderte sie die Streitkräfte und den Sicherheitsapparat. Aber auch das garantierte nicht ihre absolute Vorherrschaft, da z. B. die Polizeikräfte nur bei Gesetzesverstößen der Linken eingesetzt werden konnten. Um die totale Kontrolle zu erreichen, baute die Rechte einen im Untergrund neben dem Staat existierenden, mit ihm konkurrierenden, aber auch mit ihm verfilzten Machtapparat, das sogenannte Parakratos, auf.

Aufgabe des Parakratos war es, durch Anwendung von Terror — bis hin zum Mord — die Klientel der Linken zu zerschlagen. Dort, wo die legale administrative Repression endete, begann der Aktionsraum des Parakratos. Die bekannteste „parakratische“ Organisation jener Zeit war die Organisation Chi unter Oberst Grivas, der später im Zusammenhang mit dem Unabhängigkeitskampf Zyperns als Führer der EOKA (Ethniki Organosi Kypriou Agoniston) berühmt wurde. Der Terrorapparat des Parakratos bestand bis 1974. Auf sein Konto und das der örtlichen Gendarmerieführung ging zum Beispiel der spektakuläre Mord an dem populären Abgeordneten der Vereinigten Demokratischen Linken (EDA), Lambrakis, im Mai 1963, der durch den von Kostas Gavras verfilmten Roman „Z“ von Vassilis Vassilikos berühmt wurde. Kurzum, Anfang 1946 war Griechenland auf dem besten Weg, ein faschistischer Staat zu werden, wie ein britischer Unterhausabgeordneter feststellte²⁶⁾.

Diese Konterrevolution geschah mit Billigung britischer Stellen. Der britische Botschafter Leeper be-

²¹⁾ Zit. nach Michael Foot, Aneurin Bevan. A Biography, Bd. 1, London 1962, S. 478.

²²⁾ Churchill mußte sich am 8. Dezember 1944 der heftigen Kritik des Unterhauses stellen. Nur durch die Drohung mit seinem Rücktritt konnte er eine Verurteilung seines Handelns durch das Haus verhindern. Von den 680 Unterhausabgeordneten stimmten nur 279 für seine Politik, 30 votierten gegen ihn, der Rest enthielt sich der Stimme. House of Commons Debates, Bd. 406, col. 1010.

²³⁾ Zur Entwicklung zwischen Varkiza und dem Beginn des Bürgerkrieges im Sommer 1946 siehe Heinz A. Richter, British Intervention in Greece: From Varkiza to Civil War, February 1945 — August 1946, London 1986.

²⁴⁾ „During 1945 membership of the resistance movement had come to be regarded as a political crime, and collaboration with the Germans against Communism a political virtue“. C. M. Woodhouse, Apple of Discord (Anm. 3), S. 256.

²⁵⁾ H. Richter, British Intervention (Anm. 23), S. 163.

²⁶⁾ Leslie J. Solley, Greece the Facts, London 1046, S. 14 f.

saß Kompetenzen, die ihn praktisch zum „Hochkommissar“ im britischen „Protectorat“ Griechenland machten; beide Begriffe stammen wörtlich aus Akten des Foreign Office jener Zeit²⁷). Leeper wechselte griechische Premiers nach Gutdünken aus. Als er im Frühjahr 1945 wegen der Verfolgung der Linken Bedenken äußerte, wies ihn Churchill zurecht: Kommunismus sei ein größeres Übel als Kollaboration mit den Nazis²⁸). Auch als die Labour-Party die Wahlen gewann, änderte sich kaum etwas an der britischen Griechenlandpolitik. Außenminister Bevin's Antikommunismus unterschied sich kaum von jenem Churchills. Die griechische Rechte interpretierte dies als Zustimmung zu ihrer Politik und intensivierte ihre Repressionsmaßnahmen.

Seit Anfang 1946 setzten sich die verfolgten Linken zur Wehr. Die KKE unter der Führung ihres aus dem KZ Dachau zurückgekehrten Generalsekretärs Zachariadis änderte zögernd den von Moskau empfohlenen Kurs der Legalität. Zugleich fand ein Restalinisierungsprozeß der KKE statt, in dessen Verlauf sich der Charakter der Partei von der Massenpartei zurück zur Kaderpartei verwandelte (so wurden ca. 100 000 bäuerliche Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen). Anfang 1946 kam Zachariadis in völliger Fehleinschätzung der Lage zu dem Schluß, daß sich in Griechenland eine revolutionäre Situation entwickle und die bevorstehende Revolution in den Städten stattfinden werde. Trotz des Rates aus Moskau, an den Wahlen Ende März 1946 teilzunehmen²⁹), entschloß sich Zachariadis zum Wahlboykott, womit er seine Partei endgültig isolierte. Dabei hätte die KKE in den Wahlen nach englischen Schätzungen trotz des Terrors der Rechten noch immer 100–120 von 300 Mandaten gewinnen können.

Kurz vor den Wahlen herrschte in Griechenland ein derart gespanntes politisches Klima, daß fast alle Minister der amtierenden liberalen Regierung Sofoulis mit der Begründung zurücktraten, daß unter den gegebenen Umständen freie Wahlen nicht möglich seien. Auf britischen Druck hin wurden die Wahlen dennoch abgehalten. Alle Parteien – ausgenommen die der royalistischen Rechten und einiger mit ihr kollaborierender rechtsliberaler Splittergruppen – boykottierten sie. Die aus diesen inter-

national kontrollierten Wahlen hervorgegangene „legitime“ Regierung verschärfte sofort den Terror gegen die Linke, wobei sie diesen Begriff recht großzügig auslegte und auch nicht davor zurückschreckte, die Verfolgung auf die Liberalen auszuweiten.

Die KKE setzte sich mit gleichen Mitteln zur Wehr. Das Resultat war ein Eskalationsprozeß von Gewalt und Gegengewalt, der unaufhaltsam zum Bürgerkrieg führte. Die KKE geriet entgegen späteren Behauptungen ohne irgend einen Beschluß oder eine Perspektive in diesen Bürgerkrieg, der entgegen Zachariadis' Erwartungen nicht in den Städten, sondern in den griechischen Bergen ausgefochten wurde³⁰). Unterstützung erhielt die KKE praktisch nur von Jugoslawien. Moskau lehnte den Bürgerkrieg ab, da es auf keinen Fall in einen „heißen“ Krieg mit den Westmächten hineingezogen werden wollte³¹). Griechenland lag schließlich in der britischen Einflußsphäre. 1947 kam es im Rahmen der Truman-Doktrin zum Wachwechsel der Schutzmächte. Von da an war Griechenland de facto ein amerikanisches Protectorat.

Die Forschung zum Bürgerkrieg steht noch am Anfang. Zwar sind außerhalb Griechenlands einige Studien zu Einzelaspekten erschienen³²), aber eine Gesamtdarstellung fehlt noch immer. In Griechenland selbst sind einige Memoiren zum Bürgerkrieg veröffentlicht worden, aber für die griechische Zeitgeschichtsforschung scheint dieses Thema vorläufig noch Tabu zu sein. Einer der Gründe für das Zögern der griechischen und internationalen Zeitgeschichtsforschung, sich mit der Geschichte des Bürgerkrieges zu befassen, dürfte der Mangel an griechischen Quellen sein. In Griechenland gilt nach wie vor die 50-Jahre-Sperrfrist für die staatlichen Archive. In Griechenland selbst kommt noch ein spezifisch griechisches Phänomen hinzu: ein von Westeuropa völlig verschiedenes Zeitgefühl. Danach war die Zeit der Okkupation gestern; der Bürgerkrieg fand heute statt und ist noch Teil der Tagespolitik. Mit anderen Worten: Die griechische Zeitgeschichte endet gegenwärtig mit den Dezemberereignissen von 1944. Der griechischen Politikwissenschaft ist das Thema ebenfalls zu „heiß“. Ihre Forschungen setzen daher zeitlich erst Mitte der Siebziger Jahre ein; außerdem sind sie stark soziologisch orientiert.

²⁷) Der Begriff „Hochkommissar“ findet sich in „Discussions on Greece at the British Embassy, Athens 15th February, 1945“, Public Record Office, F. O. 371/48 257/R 3559/4/19. Die Bezeichnung „Protectorat“ stammt aus „Relations between HMG and the Greek Government. Minutes“, F. O. 371/48 256/R 4385/4/19. Hochkommissare gab es zu jener Zeit nur in den besetzten Ländern.

²⁸) W. Churchill an Sir Orme Sargent am 22. April 1945. „Prime Minister's Personal Minute Serial No. M 382/5 = F. O. 371/48 267/R 7423/4/19.

²⁹) Mitsos Partsalidis, *Dipli apokatastasi tis ethniki antistasis*, Athen 1978, S. 198. Partsalidis selbst brachte diesen Bescheid aus Moskau zurück.

³⁰) Heinz A. Richter, *The Second Plenum of the Central Committee of the KKE and the Decision for Civil War: A Reappraisal*, in: Lars Baerentzen/John O. Iatrides/Ole Smith, (eds.), *Studies in the History of the Greek Civil War 1945–1949*, Kopenhagen 1987, S. 179–187.

³¹) M. Partsalidis (Anm. 29), S. 199.

³²) So Lawrence S. Wittner, *American Intervention in Greece, 1943–1949*, New York 1982; Christophe Chictet, *Les Communistes Grecs dans la Guerre, Paris 1987*; H. Baerentzen/J. O. Iatrides/O. L. Smith (Anm. 30).

VII. Die Zeit der „Normalität“ 1950–1967

Die historische Entwicklung der Jahre nach dem Bürgerkrieg bis zum Militärputsch 1967 ist wenig spektakulär. Als 1950 bei den ersten Wahlen nach dem Bürgerkrieg die Wähler den progressiven liberalen Parteien eine Mehrheit verschafften, intervenierte der amerikanische Botschafter und veranlaßte 1952 eine Änderung des Wahlrechtes, die bis zu den Wahlen von 1963 für stabile rechte Mehrheiten sorgte³³).

Außen- wie innenpolitisch handelten die griechischen Führungseliten jener Jahre nach der Maxime: „Was will die Schutzmacht?“. Der „ausländische Faktor“ (o xenos paragontas) kontrollierte in der Tat alle Aspekte der griechischen Politik bis hin zur Wirtschaft. Die Staatsideologie war ein militanter Antikommunismus, zu dessen Durchsetzung gelegentlich auch auf das Parakratos, das in den fünfziger Jahren eher noch ausgebaut wurde, zurückgegriffen wurde. Das Parakratos wurde von einer geheimen Offiziersclique (IDEA) kontrolliert, aus deren Reihen auch die späteren Putschisten von 1967 hervorgingen. Die Unterordnung der konservativen Regierungen unter die Wünsche des „ausländischen Faktors“ ging so weit, daß nicht einmal der nationale Wunsch der Zyprioten nach Anschluß (Enosis) an Griechenland in der Regierungspolitik Berücksichtigung fand. Nur unter massivem Druck der zypriotischen Seite begann Athen, sich mit der Zypernfrage³⁴) zu befassen.

1961 begann eine neue Entwicklung. In diesem Jahr fanden Wahlen statt, deren Ergebnis durch massive Eingriffe der Armee, der Gendarmerie und des Parakratos verfälscht wurden. Der Verlierer der

Wahl, G. Papandreou, war nicht bereit, ihr Ergebnis hinzunehmen, und begann eine Kampagne gegen die Machenschaften der damaligen Regierung Karamanlis. Im Mai 1963 erschütterte der schon erwähnte Mord an dem linken Abgeordneten Lambrakis das System in seinen Grundfesten. Papandreous Kampagne fand ein solch positives Echo bei allen progressiven Kräften, insbesondere bei der jüngeren Generation („Lambrakis-Jugend“), daß man geneigt ist, von einer Aufbruchstimmung zu sprechen. Bei den Wahlen im November 1963 verlor die Rechte ihre absolute Mehrheit, und bei den Neuwahlen im Februar 1964 konnte dann die Zentrumsunion von G. Papandreou die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die Zentrumsunion war zur Sammlungsbewegung all jener Kräfte geworden, die soziale Reform und mehr Demokratie wollten.

Die Rechte (ERE) und die Schutzmacht waren aufs höchste alarmiert. Als Papandreou sich dann daran machte, außenpolitisch, insbesondere in der Zypern- und Nato-Frage, einen unabhängigeren Kurs zu steuern und nicht bereit war, die amerikanischen Teilungspläne (Acheson-Plan) für Zypern zu akzeptieren, begann die amerikanische Regierung, über seinen Sturz nachzudenken. Innenpolitisch provozierten Papandreous Reformen den massiven Widerstand der Rechten und des Königs. Papandreous Versuch, die Armee und damit auch den von der CIA kontrollierten griechischen Geheimdienst KYP unter seine Aufsicht zu bringen, machte das Maß voll. Im Juli 1965 wurde Papandreou unter einem Vorwand (ASPIDA-Affäre)³⁵) vom König gestürzt.

VIII. Die Militärdiktatur von 1967 und die Zweite Republik

Die weitere Entwicklung gehört eigentlich schon nicht mehr zur Zeitgeschichte. Als 1967 ein überwältigender Wahlsieg Papandreous bevorstand, putschten am 21. April mit Wissen der Amerikaner³⁶) einige Angehörige der IDEA und errichte-

ten eine Militärdiktatur, die bis 1974 bestand. Im Innern steuerte die Junta einen Kurs, der fatal an das faschistische Regime von Metaxas erinnerte, nur daß an die Stelle von Metaxas' faschistischer Ideologie die „griechisch-christliche Kultur“ (Ellas,

³³) Der amerikanische Botschafter Peurifoy drohte mit der Einstellung der US-Wirtschaftshilfe, wenn nicht das Mehrheitswahlrecht eingeführt würde. Constantine Tsoukalas, *The Greek Tragedy*, London 1969, S. 125.

³⁴) Zur Entwicklung der Zypernfrage siehe Niels Kadritzke/Wolf Wagner, *Im Fadenkreuz der Nato. Ermittlungen am Beispiel Zypern*, Berlin 1976, und Heinz A. Richter, *Der griechisch-türkische Konflikt und die Haltung der Sowjetunion* (Nr. 8/1987 der Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien), Köln 1987.

³⁵) Eine vorgebliche Verschwörung innerhalb der Armee, die angeblich einen Staatsstreich plante und eine nasseristische Diktatur errichten wollte.

³⁶) Andreas Papandreou, *Democracy at Gunpoint: The Greek Front*, New York 1970, S. 221 ff.; Philip Deane, *I Should Have Died*, London 1976, S. 121 ff. — Philip Deane war einer der engsten Berater des Königs. Der Sachverhalt ist zudem belegt durch mehrfache Aussagen des damaligen Ministerpräsidenten Panagiotis Kanellopoulos gegenüber dem Autor.

Ellinon, Christianon) trat. Außenpolitisch steuerte die „Prätorianer-Diktatur“, wie der US-Politologe Coulombis sie nannte³⁷⁾, einen pro-amerikanischen Kurs.

Internationaler Druck und eine katastrophale Wirtschaftslage infolge der Mißwirtschaft der Militärs erzwangen 1973 eine Scheinliberalisierung. Als jedoch im November 1973 die Studenten des Athener Polytechnikums mehr Freiheit forderten, reagierte die Diktatur mit äußerster Brutalität. Für den radikalen Flügel der Junta um Ioannidis war dies nicht genug. Der gemäßigte Flügel der Militärs wurde gestürzt, und die Radikalen ergriffen die Macht.

Hätte sich Ioannidis im Sommer 1974 nicht in das Abenteuer des Sampson-Putsches in Zypern gestürzt, hätte er noch geraume Zeit für „Ruhe und Ordnung“ in Griechenland sorgen können. So aber drohte durch die türkische Invasion auf Zypern der direkte kriegerische Zusammenstoß mit der Türkei. Angesichts dieser Bedrohung und der Erkenntnis, daß die Streitkräfte praktisch nicht einsatzfähig waren, gaben die Obristen auf. Den Preis für die Rückkehr zur Demokratie in Griechenland bezahlte Zypern, das von der türkischen Armee zu einem Drittel besetzt wurde und seither ein geteiltes Land ist.

Die Katastrophe des Sommers 1974 und die Lehren aus der Zeit der Diktatur veranlaßten die bürgerlichen Politiker um Karamanlis, der nun nach neun Jahren im Exil wieder die Macht übernahm, zu einer radikalen Änderung ihrer Innen- und Außenpolitik. Im Innern akzeptierten sie ohne Vorbehalte die Demokratie als Regierungsform, was durch die Legalisierung der kommunistischen Parteien (eine orthodoxe und eine eurokommunistische) dokumentiert wurde. Außenpolitisch wurde die bisherige Abhängigkeit abrupt beendet, wie der Teilerückzug aus der NATO zeigt. Ohne die historische Interpretation zu sehr zu strapazieren, könnte man sagen, daß Griechenland erst 1974 seine echte Unabhängigkeit erlangte. Durch ein Referendum wurde schließlich noch der jahrzehntealte Streit über die Staatsform beigelegt. Ein weiteres Indiz für den geänderten Charakter des griechischen Staates war die Abschaffung der antikisierenden Hochsprache (Katharevousa) im öffentlichen Leben und die Einführung der Volkssprache (Dimotiki) als offizielle Amtssprache. Die tiefgreifendste Reform war jedoch, daß von nun an alle Wahlen in Griechenland frei waren.

Wie sicher die Demokratie in Griechenland Wurzeln geschlagen hat, zeigte sich 1981, als es mit dem Wahlsieg der PASOK zum ersten demokratischen Machtwechsel in der griechischen Geschichte zu

einer sozialistischen Partei kam, ohne daß dies zu größeren Erschütterungen des griechischen Staatswesens geführt hätte. Die demokratische Linke, insbesondere die PASOK, trägt seit der Wende von 1974 die Hoffnungen großer Teile der Bevölkerung auf soziale Reformen. Sie bildet das letzte Glied in der demokratischen Entwicklung des modernen Griechenlands, die mit den Liberalen vor dem Ersten Weltkrieg begann, von der EAM während der Okkupation fortgesetzt und auch von der Zentrumsunion von G. Papandreou vor der Diktatur verkörpert wurde.

Die Wende von 1974 brachte auch eine Änderung der griechischen Außenpolitik. Über alle Parteischranken hinweg bestand Konsens darüber, daß die neu gewonnene Souveränität bewahrt werden müsse. Dieses Ziel wurde auf zwei Weisen verfolgt: erstens, indem die bilateralen Abhängigkeiten verringert, und zweitens, indem die noch verbleibenden Abhängigkeiten durch multilaterale Verflechtungen kompensiert wurden. Sichtbar wurde diese Politik in dreifacher Hinsicht: bei den Verhandlungen über die Rückkehr in die NATO, bei der Verlängerung des Abkommens über die amerikanischen Militärbasen in Griechenland und beim Eintritt in die Europäische Gemeinschaft. Vom letzteren versprach man sich zusätzlich einen stabilisierenden Effekt auf die griechische Innenpolitik.

1976 begannen die Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens über die amerikanischen Militärbasen in Griechenland. Schon bei der ersten Verhandlungsrunde³⁸⁾ machte Außenminister Bitsios seinem Verhandlungspartner H. Kissinger klar, daß Griechenland nicht länger gewillt sei, Abkommen zu schließen, die nur einer Seite nützlich seien. Er verlangte von den Amerikanern eine Garantie gegenüber einem möglichen Angriff der Türkei auf Griechenland und aktive Unterstützung bei der Lösung des Zypernproblems. Kissinger war zwar nicht bereit, diese Junktim vertraglich zu fixieren, aber er schrieb der griechischen Regierung einen Brief, in dem er Griechenland der Unterstützung der USA versicherte. Zwar war dieser Brief formal nicht bindend und geriet auch bald wieder in Vergessenheit, aber die Tatsache, daß er überhaupt geschrieben wurde, zeigt, daß die USA Griechenland nicht länger als Klientelstaat, sondern als souveränen Partner betrachteten. Dennoch kam es vorläufig zu keiner Verlängerung des Basenabkommens.

Auch bei den Verhandlungen über die Rückkehr Griechenlands in die NATO wurde das neue Selbstbewußtsein der griechischen Außenpolitik deutlich. 1974, d. h. nach dem Teilerückzug Griechenlands aus der NATO, hatte diese das Operationsgebiet

³⁷⁾ Theodore A. Coulombis, *Foreign Interference in Greek Politics. An Historical Perspective*, New York 1976, S. 142.

³⁸⁾ Dazu Heinz A. Richter, *Greece, the USA and NATO. A Background Analysis*, in: *The South Slav Journal*, 7 (1984) 3, S. 30–50.

der türkischen Luftwaffe bis zur Mitte der Ägäis ausgedehnt. Da dies mit entsprechenden türkischen Forderungen nach Kontrolle über die Hälfte des ägäischen Schelfs und der zivilen Flugkontrolle koinzidierte und Athen eine Präjudizierung dieser beiden Fragen befürchtete, forderte Außenminister Mitsotakis die Rückkehr zum Status quo ante. Obwohl Ankara diese Forderung ablehnte, erzwang Mitsotakis im Oktober 1980 in harten Verhandlungen — während derer er sogar mit dem endgültigen NATO-Austritt drohte — die griechische Rückkehr in die NATO zu seinen Bedingungen: In Friedenszeiten galt wieder der Status quo ante. Für den Konfliktfall blieb es jedoch beim Status quo, das heißt beim türkischen Operationsgebiet bis zur Mitte der Ägäis. Da in militärischen Manövern der Konfliktfall geübt wird, war damit eine griechisch-türkische Reibungsfläche geschaffen worden, die bis heute für Konfliktstoff sorgt.

In der richtigen Einschätzung, daß die USA der Türkei größere strategische Bedeutung zumaßen als Griechenland, hatte Karamanlis schon im Januar 1981 den griechischen Eintritt in die EG forciert. Obwohl sich A. Papandreou als Oppositionsführer sowohl gegen den EG-Beitritt als auch gegen die NATO-Rückkehr gewandt hatte, änderte sich — abgesehen von anfänglichen verbalen Radikalismen — an der griechischen Außenpolitik grundsätzlich nichts³⁹⁾, als die PASOK im Oktober 1981 die Regierung übernahm. Im Juli 1983 wurde das neue Basenabkommen unterzeichnet, in dem die Amerikaner ausdrücklich die griechische Souveränität garantierten und sich verpflichteten, das militärische Gleichgewicht in der Region aufrechtzuerhalten. Folgerichtig fand Papandreous Außenpolitik einen weit über die PASOK hinausreichenden Rückhalt.

Auch die Innenpolitik Papandreous entpuppte sich als weit weniger radikal, als er während der Oppositionszeit angekündigt hatte. Eine der ersten Maßnahmen der PASOK-Regierung war die offizielle Anerkennung des nationalen Widerstandes während des Zweiten Weltkrieges. Die Feiern des Sieges über den Kommunismus im Bürgerkrieg wurden abgeschafft, und den im osteuropäischen Exil lebenden ehemaligen Kämpfern des Bürgerkrieges wurde die Rückkehr gestattet. Diese Schritte trugen dazu bei, die seit 1945 bestehende politische Spaltung Griechenlands zu überwinden.

³⁹⁾ Zur Außenpolitik der PASOK siehe Heinz A. Richter, Die PASOK unter Andreas Papandreou, Teil II: Außenpolitische Konzeption und internationale Beziehungen, in: Aktuelle Analysen, (1985) 5.

Weitere grundlegende innenpolitische Reformen zielten auf eine weitere Demokratisierung des Landes: Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Einführung der Zivilehe, Straffreiheit des Ehebruchs. Die Sicherheitskräfte des Staates wurden unter schärfere Kontrolle gebracht. Neue Gesetze liberalisierten zudem das Beamtenrecht und beseitigten insbesondere die Komitees zur Überprüfung der politischen Loyalität. Zugleich wurden illiberale Gesetze der Vergangenheit aufgehoben, die teilweise noch aus der Zeit der Metaxas-Diktatur stammten.

Weitere Gesetze leiteten eine Dezentralisierung des Staatsaufbaus ein. Ein großzügiges Reformprojekt verbesserte die Lebensbedingungen auf dem Land und förderte den Aufbau von landwirtschaftlichen Kooperativen. Die Einführung der 40-Stunden-Woche, neue Urlaubsregelungen und Ansätze zur Zusammenfassung des in über 1 500 Einzelgewerkschaften zersplitterten griechischen Gewerkschaftsbundes brachten wichtige sozialpolitische Fortschritte im industriellen Sektor. Weitergehende Reformen verlangsamte bzw. verhinderte dann jedoch die seit 1985 auch in Griechenland spürbar werdende Krise der internationalen Wirtschaft.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre steht Griechenland nach wie vor vor großen, ungelösten Problemen. Außenpolitisch wird es durch den dreifachen Konflikt mit der Türkei (Zypern, Ägäis, Minderheiten)⁴⁰⁾ belastet, der Athen zu hohen Ausgaben für die Verteidigung zwingt. Das Treffen, das jüngst zwischen A. Papandreou und dem türkischen Premier T. Özal stattgefunden hat, läßt allerdings die Hoffnung aufkeimen, daß sich eine Lösung abzeichnet.

Innenpolitisch hat zwar die Überwindung der schwierigen ökonomischen Lage Priorität, aber mittelfristig wird die weitere Modernisierung der politischen Strukturen wahrscheinlich wichtiger sein. Denn sowohl die konservative Nea Dimokratia als auch die linke PASOK sind immer noch Klientelparteien, die mit ihren jeweiligen Führern leben oder sterben. Erst wenn es in Griechenland gelingt, Parteien „europäischen Typs“ (evropaikou typou) zu bilden oder die bestehenden in solche umzuformen, wird nicht mehr bei jedem Generationswechsel in der politischen Führung eine Phase der innenpolitischen Instabilität drohen.

⁴⁰⁾ Zu diesen Konflikten siehe insbesondere Ronald Meinarus, Die Türkei-Politik Griechenlands. Der Zypern-, Ägäis- und Minderheitenkonflikt aus der Sicht Athens (1967—1982), Frankfurt 1985.

Entwicklungsprobleme und wirtschaftspolitische Optionen im Griechenland der achtziger Jahre

In den achtziger Jahren wurden Wirtschaft und Gesellschaft in Griechenland prinzipiell vor die gleichen Probleme gestellt wie in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern auch: Verlangsamung des Wachstums, Ausbreitung der Schattenwirtschaft, Schwerfälligkeit der Bürokratie, interne und externe Ungleichgewichte, Probleme der Regierbarkeit usw.

Im folgenden soll versucht werden, die Probleme, Hoffnungen, Erfolge, aber auch Enttäuschungen der achtziger Jahre, und zwar hauptsächlich im ökonomischen Bereich, vor dem Hintergrund vergan-

gener Leistungen und Versäumnisse aufzuzeigen. In drei Abschnitten werden

— die breiten Trends der Nachkriegsjahrzehnte umrissen,

— die Wirtschaftspolitik zwischen 1981 und 1985 und die wichtigsten politischen, ideologischen und ökonomischen Kräfte, die sie geformt haben, erläutert und

— Inhalt, Philosophie und Ergebnisse des stabilitätspolitischen Programms von 1985/87 untersucht.

I. Die sozialen und ökonomischen Veränderungen der Nachkriegszeit

Von den frühen fünfziger bis zur Mitte der siebziger Jahre ist Griechenland durch eine ökonomische „Revolution“ hindurchgegangen¹⁾: Eine im wesentlichen agrarische und kaufmännische Gesellschaft mit rudimentärer Industrie und stagnierendem Handwerk transformierte sich in eine „newly industrializing“ Ökonomie.

Zu den beachtlichen Leistungen jener Zeit gehören die Wiederherstellung der Preis- und Währungsstabilität und eine eindrucksvolle Beschleunigung des Wachstums. So wuchs zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt von 1960 bis 1970 jährlich um durchschnittlich 7,5 Prozent (siehe Tabelle 1). Mit dem raschen Wachstum gingen einher

— die Ausweitung des Industriesektors bei gleichzeitiger Schrumpfung der Rolle der Landwirtschaft im sozialen und ökonomischen Gefüge des Landes (siehe Tabelle 2),

— eine ungehemmte Verstädterung und die Herausbildung neuer Mittelklassen und

— die Erweiterung und Veränderung der Rolle des Staates.

Die Industrialisierung wurde durch — für griechische Verhältnisse — gigantische Projekte eingeleitet, die ungeahnte industrielle und beschäftigungspolitische Schubeffekte zeitigten: Werften und ein Stahlwerk bei Athen, ein Aluminiumwerk am Golf

Tabelle 1: Durchschnittliche Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen in Prozent (Griechenland, EG und Westeuropa)

	1960/70	1970/75	1975/84	1977/78	1978/79	1979/80	1980/81	1981/82	1982/83	1983/84	1984/85	1985/86
EG *)	4,6	3,3	1,8	3,1	3,2	1,0	-0,2	0,5	1,3	2,0	2,4	2,25
Westeuropa	4,6	3,3	1,8	3,0	3,4	1,3	0,0	0,5	1,4	2,1	2,5	2,25
Griechenland	7,5	4,9	2,4	6,7	3,7	1,8	-0,3	-0,2	0,3	2,6	2,1	0,0

*) Errechnet für die heutigen 12 Mitgliedsstaaten.

Quelle: UNCTAD, Handbook of International Trade and Development Statistics, Supplement 1986, New York 1987.

¹⁾ Siehe zu dieser Periode u. a. K. Featherstone/D. Katsoudas (eds), Political Change in Greece. Before and After the Colonels, London 1987; C. M. Woodhouse, Karamanlis. The Restorer of Greek Democracy, Oxford 1982; ders., Modern Greece. A Short History, London 1977; R. Clogg,

Short History of Modern Greece, Cambridge 1979; B. Kohler, Politischer Umbruch in Südeuropa, Bonn 1981; P. Kasakos, Markt und Entwicklung. Zur ordnungspolitischen Problematik am Beispiel Griechenlands, Diss. Frankfurt/M. 1971.

Tabelle 2: Wirtschaftlicher Strukturwandel in Griechenland. Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt und an der Gesamtbeschäftigung 1960–1985

	1960	1970	1980	1985
A. Zusammensetzung des Bruttoinlandsprodukts	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:				
– Landwirtschaft	24,4	18,4	17,1	17,3
– Bergbau, Elektrizität, Wasser	2,6	3,4	3,3	4,6
– Verarbeitende Industrien	15,9	18,8	19,4	19,2
– Dienstleistungen	50,6	50,2	52,2	53,5
B. Gesamtbeschäftigung	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:				
– Landwirtschaft	53,8	38,9	30,9	29,4
– Bergbau etc.	0,6	0,7	0,5	0,7
– Verarbeitende Industrien	12,9	17,2	19,3	19,1
– Dienstleistungen	27,7	34,8	40,3	42,8

Quelle: OECD, Greece. Economic Survey 1986/87, Paris 1987.

von Korinth, Zucker- und Düngemittelfabriken sowie eine Raffinerie im Norden, die Elektrifizierung des ganzen Landes unter Ausnutzung der heimischen Wasser- und Kohlevorräte, der Ausbau der Häfen und des Fernverkehrsnetzes – dies waren die Symbole eines Industrialisierungsprozesses, der durch den Staat und kapitalkräftige Auslands Griechen gefördert wurde. Dieser Prozeß wurde begleitet von einer Verstärkung großer Teile der Landbevölkerung, deren Arbeits- und Lebensbedingungen einen radikalen Wandel erfuhren. Während 1951 noch fast die Hälfte der Bevölkerung in rückständigen Agrarsiedlungen lebten, sind es heute weniger als ein Drittel.

Eine andere wesentliche Voraussetzung für die Politik der achtziger Jahre wurde ebenfalls in jener Epoche geschaffen: Der Staat erweiterte kontinuierlich seine Funktionen aus. Wie ein roter Faden zieht sich die Entscheidung für „mehr Staat“ durch die

neuere Geschichte Griechenlands – von den frühen Industrialisierungsunternehmungen der fünfziger Jahre bis zu den noch unter konservativer Regierung beschlossenen Verstaatlichungen von 1975/77. Die griechischen Regierungen folgten durchweg – trotz offizieller wettbewerbsorientierter Stellungnahmen – in ihrer Wirtschaftspolitik einem „etatistischen Pragmatismus“ – vergleichbar dem der französischen Nachkriegsregierungen –, was sich u. a. an der ständigen Zunahme des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt ablesen läßt (siehe Tabelle 3).

Die ökonomische Dynamik der Nachkriegsjahrzehnte entsprang sicherlich dem Überlebenswillen einer durch Krieg und Bürgerkrieg verelendeten Bevölkerung; sie wurde aber auch begünstigt durch die damaligen weltwirtschaftlichen Bedingungen, die vielen Ländern Wachstum und neue Handelschancen bescherten. Der expandierende europäi-

Tabelle 3: Ausbreitung des öffentlichen Sektors in Griechenland 1960–1986. Staatsausgaben in Prozent des Bruttosozialprodukts (Staatsquoten)

	1960	1970	1979	1981	1985	1986
Öffentliche Aufwendungen, insgesamt	27,0	33,6	39,1	48,2	58,4	56,9
davon: Güter + Dienstleistungen	22,0	23,9	25,8	30,5	34,9	33,3
Öffentliche Aufwendungen ohne Staatsbetriebe	20,5	26,4	31,8	38,2	48,7	47,8
davon:						
Güter und Dienstleistungen	15,0	16,7	18,5	20,5	25,0	23,8
Transferzahlungen	5,0	9,7	13,3	17,7	23,7	24,0

Quelle: OECD, Greece. Economic Survey 1986/87, Paris 1987.

sche Markt, der sich durch das Assoziierungsabkommen mit der EWG vom 9. Juli 1961 für griechische Produkte geöffnet hatte, wurde zum Bestimmungsort eines großen Teils der griechischen Exporte (ca. 40 Prozent) und übernahm eine Art „Zugfunktion“ für die Entwicklung der griechischen Wirtschaft.

Intern wurde die rasante Wirtschaftsentwicklung ermöglicht durch eine bis dahin beispielelose politische Stabilität. In den Jahren des „take-off“ von 1955 bis 1963 wurde die Politik von ein- und derselben Partei, der Nationalen Radikalen Union von Konstantin Karamanlis, bestimmt. Die wirtschaftspolitischen Optionen der Regierungen Karamanlis waren im wesentlichen: Preis- und Währungsstabilität (durchgesetzt mit Hilfe einer restriktiven Lohnpolitik und der Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte), Ausbau der Infrastruktur, produktive Initiativen durch den Staat und Mobilisierung von Auslandskapital sowie verstärkte Bindung an die EWG.

Den wichtigen wirtschaftlichen Weichenstellungen jener Periode stehen eine Reihe von Versäumnissen und verfehlten Entscheidungen gegenüber, die sich im Laufe der Jahre immer mehr als Hemmnisse der Entwicklung entpuppen sollten. So ist zum Beispiel ein chronisches Problem des heutigen Griechenlands durch die damalige ungleichgewichtige Entwicklung der Regionen hervorgerufen worden: Berg- und grenznahe Gebiete — in Griechenland sehr große Landstriche — wurden vernachlässigt und entvölkert. Gleichzeitig „explodierte“ die Region von Attika, in der mittlerweile ca. 40 Prozent der Bevölkerung und ca. 50 Prozent der Industriebetriebe angesiedelt sind — mit all den kaum noch bewältigbaren Folgeproblemen eines chaotischen Wachstums. Zudem blieben fundamentale Reformen aus, die die Voraussetzung für ein kontinuierliches Wachstum und einen Strukturwandel hätten schaffen können. Das wurde besonders verhängnisvoll im Bildungsbereich, der lange in einer Art anachronistischer Altertumpflege verharrte und Verhaltensweisen reproduzierte, die einer traditionellen Gesellschaft mit ihren autoritären Strukturen in Familie, Betrieb und Staat eher entsprachen als den Erfordernissen einer sich rasant verändernden Welt.

In den fünfziger und sechziger Jahren, während der — wenn auch aus sehr unterschiedlichen Interessen — eine weitgehende Zustimmung von links und rechts zu einer Politik der Verstaatlichung und der indikativen Planung bestand, konnte sich der Staat zu jener mit dem politischen Klientensystem verflochtenen allgegenwärtigen, schwerfälligen und undurchsichtigen Maschinerie entwickeln, die noch heute auf viele Aktivitäten lähmend wirkt. Am Ende der Entwicklung hatte sich ein politisch-ökonomisches System herausgebildet, in dem der Staat zwar auch Güter und Dienstleistungen produzierte,

vor allem aber den Verteilerpunkt bildete, um den der Kampf um Zuwendungen, Privilegien und Sonderregelungen für die verschiedenen Gruppen der privaten und öffentlichen Wirtschaft geführt wurde.

Die Unterbrechung der politischen Normalität durch die Militärdiktatur (1967–1974) erwies sich auch ökonomisch und gesellschaftlich als verheerend. Die bemerkenswerte Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards in den ersten Jahren der Diktatur war Frucht des Entwicklungsstoßes der vorangegangenen Periode und verpuffte allmählich. Das anfangs bejubelte „ökonomische Wunder“ erwies sich als trügerisch. Eine hohe Wachstumsrate wurde zwar — verstärkt durch den Boom im Fremdenverkehr — bis Anfang der siebziger Jahre beibehalten, aber die Inflation brach 1972 vehement durch und erreichte 1973 30 Prozent, während die großen Investitionsprogramme Rückschläge erlitten²⁾.

Die Diktatur hatte die Devise „Bereichert euch!“ ausgegeben und damit einem Plünderungsverhalten Vorschub geleistet, das nicht durch Wahlen gesellschaftlich korrigiert werden konnte und das langfristige Folgen für die Natur, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die ökonomische Leistungsfähigkeit hatte. Seither nimmt auch die Schattenwirtschaft einen festen Platz im ökonomischen Gefüge des Landes ein. Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie müssen die offiziellen Berechnungen des Bruttosozialprodukts um 30 Prozent nach oben revidiert werden, in manchen Sektoren wie dem Wohnungsbau sogar um 100 Prozent, um dem ökonomischen Effekt der Schattenwirtschaft Rechnung zu tragen. Das Ausmaß, in dem allein durch die Hinterziehung von Steuern in diesem Bereich der Öffentlichkeit Mittel für wichtige Aufgaben entzogen werden, ist leicht vorstellbar³⁾.

In den siebziger Jahren begannen sich — nach einer langen Phase des wirtschaftlichen Wachstums — die Warnzeichen zu mehren. 1973, im Jahre der ersten Ölkrise, verdreifachte sich das Defizit der griechischen Zahlungsbilanz von ca. 300 Millionen (1973) auf 1,1 Milliarden Dollar (1974). Als das Obristen-Regime im Jahre 1974 zusammenbrach, betrug die Inflation fast 28 Prozent, während Inlandsprodukt, Investitionen und industrielle Produktion rückläufig waren⁴⁾.

Nach der Wiedergewinnung der Demokratie konnten die konservativen Regierungen Mitte der siebziger Jahre mit einigem Erfolg ein Stabilisierungsprogramm durchführen, das eine Halbierung der

2) C. M. Woodhouse, *Modern Greece* (Anm. 1), S. 302.

3) Siehe die kürzlich erschienene Studie von P. Pavlopoulos, *Die Schattenwirtschaft* (griech.), Athen 1987.

4) Siehe D. Katsoudas, *The Conservative Movement and the New Democracy*, in: K. Featherstone/D. Katsoudas (Anm. 1), S. 85–111, hier S. 92.

Inflationsrate und eine beachtliche Erholung der Produktion brachte. Allerdings konnte das Defizit der laufenden Bilanz nicht wesentlich gedrückt werden. Auch gab es Anzeichen einer strukturellen Rückwärtsentwicklung im industriellen Bereich. Die günstigen „Externalitäten“ der großen Investitionsprojekte der sechziger Jahre hatten sich erschöpft⁵⁾.

Die 1979 ausgebrochene zweite Erdölkrise und die mit ihr einsetzende Rezession haben neue Spannungen hervorgebracht. Während sich die Ausgaben für Erdöl noch einmal sprunghaft vergrößerten, gingen die „unsichtbaren Einnahmen“ aus dem Tourismus, der Arbeitsemigration und Schifffahrt

zurück. Das Defizit der laufenden Bilanz kletterte auf 1,9 Milliarden Dollar und stieg dann in den nächsten zwei Jahren bis zum Regierungswechsel auf fast drei Milliarden an (siehe Tabelle 4).

Ernsthafte Versuche, durch einen politischen Kurswechsel die Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen, gab es in diesen Jahren nicht mehr. Man versuchte vielmehr vor allem, den offenen Zusammenbruch eines großen Teils der Industrie zu verhindern, zunächst durch Verlängerung der Kreditlinien durch die Staatsbanken. So war denn zu Beginn der achtziger Jahre Unsicherheit das vorherrschende Gefühl.

**Tabelle 4: Bruttoanlageinvestitionen in Griechenland 1979–1986
in Mill. Drachmen und konstanten Preisen von 1970**

	insgesamt		private	öffentliche
	in Mill. Drachmen	in % des Bruttosozial- produkts	in Mill. Drachmen	in Mill. Drachmen
1979	99 121	25,8	76 385	22 736
1980	92 705	24,2	70 465	22 240
1981	85 750	23,3	63 495	22 255
1982	84 100	20,1	60 300	23 800
1983	83 000	20,4	56 000	27 000
1984	78 300	18,5	48 570	27 730
1985*)	82 290	19,0	49 600	32 690
1986**)	78 300	—	52 100	26 200

*) provisorische Daten **) Schätzung

Quelle: OECD, Economic Outlook, No. 40, Paris 1986, und OECD, Greece. Economic Survey, Paris 1987.

II. Reformpolitik und Wiederbelebungsversuche des Wachstums — eine Periode gesellschaftlicher Reformen (1981–1985)

Die Sozialistische Partei (PASOK), die nach den Wahlen vom Oktober 1981 die Regierung bildete, hatte seit ihrer Gründung 1974 ein radikales Programm entwickelt. Es enthielt das Versprechen, nach der Übernahme der Regierung den Bruch mit dem Kapitalismus einzuleiten. Die Veränderungen, die die PASOK dann tatsächlich einleitete, fielen allerdings weit weniger radikal aus als angekündigt. Insofern beschränkten die griechischen Sozialisten einen ähnlichen Weg wie die französischen Sozialisten, die ebenfalls 1981 die Regierungsgewalt übernahmen. Später sollten sie — wie diese — von einer expansiven zu einer stabilitätsorientierten Poli-

tik umschwenken, was eine weder konflikt- noch mühelose Anpassung traditioneller Konzepte an die Gegebenheiten der achtziger Jahre mit sich brachte.

Das Regierungsprogramm der ersten sozialistischen Regierung war ehrgeizig. Es versprach,

— 1. die Strukturen des öffentlichen Lebens zu liberalisieren;

— 2. soziale Ungerechtigkeiten zu reduzieren, und zwar einerseits durch Ausbau der wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten des Staates und andererseits durch eine verbesserte Einkommensverteilung;

— 3. die Rolle des Kapitalismus durch den Einbau partizipatorischer Elemente in das institutionelle Gefüge des Landes einzuschränken und

⁵⁾ P. Corliras, The Economics of Stagflation and Transformation in Greece, in Z. Tzannatos (ed.), Socialism in Greece, Aldershot 1986, S. 35–39, hier S. 36.

— 4. die öffentliche Verwaltung zu vereinfachen und in der staatlichen Personalpolitik bei der Einstellung nicht mehr nach Partei-, sondern nach Leistungskriterien zu entscheiden.

Darüber hinaus sollten die in den siebziger Jahren verlorengegangenen Wachstumsimpulse wiedergewonnen werden.

Der *Liberalisierung* des öffentlichen Lebens diene zum Beispiel die längst überfällige offizielle Anerkennung des nationalen Widerstandes während der deutschen Besatzung, was nicht nur moralische, sondern auch finanzielle Implikationen für die lange Zeit verfolgte und beruflich diskriminierten Mitglieder der EAM (Nationale Befreiungsfront) hatte. Nach der Legalisierung der KP durch die konservative Regierung im Jahre 1974 war dies der wichtigste Schritt zur Überwindung der Bürgerkriegsfolgen, insbesondere des langwirkenden Schismas der griechischen Gesellschaft, das entlang der Fronten des Bürgerkriegs (1944–1949) aufgebrochen war. Ebenso wichtig waren die legislativen Maßnahmen zur Sicherung der kollektiven Arbeitsrechte, die der Bevormundung der Gewerkschaften durch Staat und Arbeitgeber ein Ende machte⁶⁾ sowie die Reform des Familien- und des Wahlrechts.

Die wichtigste *sozialpolitische Reform* war der Aufbau eines nationalen Gesundheitswesens (1983), das parallel zum privaten arbeiten sollte. Es entstanden hunderte von integrierten Gesundheitszentren, durch die die eklatante medizinische Unterversorgung der Provinz beendet wurde. Diese ehrgeizige Reform verschlingt seit 1983 immer mehr Haushaltsmittel und bleibt ein Demonstrationsstück sozialistischer Politik, wenngleich sie an finanzielle Grenzen stößt und in der Ärzteschaft sehr umstritten ist.

Auch die *Einkommenspolitik* war auf mehr Gerechtigkeit, insbesondere auf Anhebung der Mindestlöhne und der Einkommen unterprivilegierter Gruppen der Lohn- und Gehaltsempfänger, angelegt⁷⁾. Das Ergebnis: Zwischen 1979 und 1985 stie-

⁶⁾ Siehe Ch. Jecchinis/Th. Katsanevas, *The Trade Union Movement in Greece*, Athens 1985. — So enthielt das im Juli 1982 vom Parlament verabschiedete Gesetz zur „Demokratisierung der Gewerkschaften“ Bestimmungen über die finanzielle Autonomie der Gewerkschaften, den Schutz der Gewerkschaftler vor willkürlichen Entlassungen, den (erweiterten) Inhalt des Streikrechts etc. Im öffentlichen Sektor hat man zwei Jahre später versucht, die Ausübung des Streikrechts strengerem Prozeduren zu unterwerfen (Urabstimmungen usw.), und zwar im Zuge einer Neubestimmung der Rolle der Gewerkschaften in öffentlichen Unternehmungen im Rahmen ihrer „Vergesellschaftung“ (s. u.). Der Versuch scheiterte am Widerstand der im öffentlichen Bereich hoch organisierten Gewerkschaften. Die entsprechenden Regelungen wurden 1987 wieder aufgehoben. Siehe G. Arsenis, Niederschrift einer politischen Zeugenaussage (griech.), Athen 1987.

⁷⁾ OECD, *Greece. Economic Survey 1986/87*, Paris 1987, S. 30.

gen die Reallöhne in der verarbeitenden Industrie um durchschnittlich 3,3 Prozent jährlich. Gleichzeitig ging die Produktivität jedoch jedes Jahr um durchschnittlich 1,4 Prozent zurück⁸⁾. Diese Entwicklung hat — neben vielen anderen Faktoren — die Konkurrenzfähigkeit der griechischen Wirtschaft beeinträchtigt.

Hauptsächlich *partizipatorischen* Charakter hatten zwei weitere Reformversuche: die „Dezentralisierung“ der staatlichen Maschinerie und der Versuch, die Staatsbetriebe unter verstärkter Kontrolle der Beschäftigten und der Öffentlichkeit zu führen (Vergesellschaftung). Dezentralisierung, d. h. die Übertragung von Zuständigkeiten des allmächtigen Zentralstaats auf die Präfekturen und die lokale Selbstverwaltung, war und ist in Griechenland eine Notwendigkeit, der keine Regierung mehr hätte ausweichen können⁹⁾. Die „Vergesellschaftung“ dagegen hatte spezifisch sozialistischen Charakter. Ihr Hauptinstrument sollten „Versammlungen“ mit Entscheidungsbefugnis sein, an denen neben Arbeitnehmervertretern Vertreter der Ministerialbürokratie, der Städte und Gemeinden und der Wissenschaft teilnehmen sollten. Damit reagierte man auf den Wunsch der Öffentlichkeit, größere Effizienz und vor allem Transparenz in die Staatsbetriebe zu bringen, in denen und um die sich geschlossene Einflußnetze und Verteilungssysteme von Privilegien (via Anschaffungswesen, Sondertarife etc.) gebildet hatten. Das Nebeneinander von „Vergesellschaftungsorganen“ und den weiterhin noch entscheidungs- und weisungsbefugten Ministern und Ministerialbürokratien führte aber schon bald zu lähmenden Konflikten, wenn es um wichtige Entscheidungen wie Tarif- oder Preispolitik, Investitionen, größere Beschaffungspläne, Einstellungspolitik ging. 1987, zwei Jahre nach der feierlichen Einsetzung der neuen Organe in zwei öffentlichen Großunternehmen (Telefon- und Elektrizitätsgesellschaft), wurden diese dann praktisch schon wieder entmachtet.

Bei der Beurteilung der „Vergesellschaftung“ ist allerdings zu bedenken, daß dieses Experiment in Zeiten durchgeführt wurde, als sowohl die privaten als auch die öffentlichen Großunternehmen in eine tiefe Krise geraten waren, die aus beschäftigungs- und sozialpolitischen Gründen nur verschleppt, nicht aber gelöst werden konnte¹⁰⁾.

1. Ökonomische Zwänge und Wirtschaftspolitik

Wie erwähnt, war die Wirtschaft 1981 — bei Übernahme der Regierung durch die Sozialisten — in

⁸⁾ Ministerium für Nationalökonomie/Kommission der EG. Die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft (griech.), Athen 1987.

⁹⁾ P. Christofilipoulou, *Decentralization Policy in Post-Dictatorial Greece*, in: *Local Government Studies*, (1987), S. 6–15.

¹⁰⁾ OECD, *Greece. Economic Survey 1986/87* (Anm. 7), S. 47–48.

eine echte Stagflation (Stagnation und Inflation) abgedrückt. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um kaum mehr als ein Prozent jährlich, die Investitionen waren weiter rückläufig, die Inflation hatte sich wieder auf fast 25 Prozent beschleunigt und die Arbeitslosigkeit stieg an¹¹⁾. Dies engte den wirtschaftspolitischen Spielraum der sozialistischen Regierung stark ein. Die angestrebte Erweiterung der sozialstaatlichen Leistungen und die Einebnung der Einkommensunterschiede — beides wesentliche Elemente eines sozialistischen Programms — liefen unter diesen Umständen Gefahr, der Inflation weiteren Auftrieb zu geben und somit die ökonomische Basis der Reformprogramme zu zerstören. Aber auch eine strikte Anti-Inflationspolitik war nicht möglich: Sie hätte verheerende Folgen für die Beschäftigung gehabt.

Der Sisyphus-Aufgabe, wachstums- und sozialpolitische Ziele zu erreichen, ohne der Inflation Vorschub zu leisten, stellte sich die PASOK-Regierung mit einem komplexen wirtschaftspolitischen Programm. Es enthielt Maßnahmen, die sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite wirksam werden sollten.

Die *Angebotspolitik* bekam einen unkonventionellen Inhalt. Anders als sie üblicherweise von der OECD oder dem IMF unter dem Stichwort „more market“ definiert wird, bezog sie sich nun in erster Linie auf neue Formen selektiver Intervention des Staates zugunsten von Produktion und Investition, zum Beispiel in Gestalt der „programmatischen Liefervereinbarungen“ zwischen großen „Krisenunternehmen“ unter Vermittlung durch den Staat. Diese Maßnahmen wurden mit einer zwar vorsichtigen, aber letztendlich — berücksichtigt man die allgemeinen Bedingungen — doch expansiven *Nachfrage- und Einkommenspolitik* verbunden. Besonders im ersten Regierungsjahr der PASOK wurden die Ausgaben für das Gesundheitswesen stark erweitert und die Renten beträchtlich erhöht — mit dem Ergebnis, daß die Sozialversicherungsträger tiefer in die roten Zahlen gerieten. Nach den Ausführungen eines führenden regierungsnahen Ökonomen sollte die neue Wirtschaftspolitik verhindern, daß die Wirtschaft aus einem „klassischen“ in ein „keynesianisches“ Ungleichgewicht geriet¹²⁾.

Im Juni 1983 präsentierte die Regierung im Parlament die Entwürfe eines „Fünfjahresplanes zur ökonomischen und sozialen Entwicklung 1983 bis 1987“. In deren — ziemlich allgemein gehaltenen — Formulierungen spiegelte sich einiges von der ursprünglichen sozialistischen Vision wider, zugleich wurden aber auch bereits laufende Reformen bekräftigt und neue ökonomische Ziele gesetzt.

¹¹⁾ Vgl. OECD, Greece. Economic Survey 1983/84, Paris 1983.

¹²⁾ P. Corliras, The Economics of Stagflation (Anm. 5), S. 38.

Entwicklungspläne hatten fast alle Regierungen — ob konservativ oder liberal — seit Ende der fünfziger Jahre aufgestellt. Sie waren in Griechenland ein allgemein akzeptiertes Mittel der indikativen Planung und behielten ihre Anziehungskraft, ungeachtet der Tatsache, daß sie niemals zur Anwendung gelangten. Das sozialistische Planungsexperiment unterschied sich jedoch von den vorherigen dadurch, daß es mit einer Änderung des Planungsprozesses einherging¹³⁾. Man strebte eine breite Beteiligung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen und organisierten Interessen (Ministerialbürokratien, dezentrale Behörden, Städte und Gemeinden, Gewerkschaften und Unternehmerverbände) an, um einen möglichst breiten Konsensus über Ziele und Realisierungsformen zu erreichen.

Inhaltlich hielt der Wirtschaftsplan der PASOK-Regierung am Leitbild einer „mixed economy“ fest, visierte jedoch eine Verschiebung des Gleichgewichts im ökonomischen System zugunsten von Staat, Genossenschaften und Selbstverwaltungsorganen an. Die makroökonomischen Zielsetzungen, wie etwa die Beschleunigung des Wachstums auf 4,3 Prozent, zeugten von einer ungebrochenen Euphorie trotz sich verdichtender Wolken am ökonomischen Horizont¹⁴⁾. Im Sommer 1985, als die endgültige Fassung des Plans präsentiert wurde, war dieser dann bereits von der Entwicklung überholt. Das Land war in eine außenwirtschaftliche Krise geraten, die eine radikale Umorientierung in sämtlichen Politikbereichen erzwang und damit den auf anderen Voraussetzungen bauenden Plan obsolet machte¹⁵⁾.

2. Das Ende der Euphorie

Nach gängigen Begriffen kann man die wirtschaftspolitische Konzeption jener Jahre als eine linkskeynesianische Wachstumspolitik der Nachfragestimulierung bezeichnen. Diese Politik stieß nun auf Grenzen. Denn trotz expansiver Haushalts- und Einkommenspolitik hatte sich der Wachstumsprozeß nicht nennenswert erholt. Der angestrebte soziale Fortschritt konnte angesichts dessen nicht realisiert werden, zumal sich die wirtschaftliche Situa-

¹³⁾ L. Katseli, Building a Process of Democratic Planning, in: Z. Tzannatos (ed.), Socialism in Greece, Aldershot 1986, S. 66.

¹⁴⁾ Ministerium für Nationalökonomie/Planungs- und Wirtschaftsforschungszentrum, Plan für die ökonomische und soziale Entwicklung 1983—1987. Preliminarien (griech.), Athen 1983; dass., Plan für die ökonomische und soziale Entwicklung 1983—1987. Abschließendes Referat (griech.), Athen 1985; dass., Bericht über die Implementierung des Fünfjahresplans für die ökonomische und soziale Entwicklung in der Periode 1983—1985 (griech.), Athen 1986.

¹⁵⁾ Zu einer Kritik der gesamten sozialistischen Politik jener Periode siehe R. C. Macridis, Die griechische Politik am Kreuzweg — Das sozialistische Experiment (griech., Original englisch), Athen 1984. — Macridis wertet denn auch die betriebene Politik als eher populistisch denn als sozialistisch, nicht zuletzt wegen ihrer abrupten Wendungen.

tion weiter verschlechterte. Die außenwirtschaftlichen Defizite wuchsen erneut in großem Umfang.

Beunruhigend war auch die Entwicklung anderer Leistungsgrößen. Die Produktion in der Verarbeitungsindustrie stagnierte ebenfalls; wenn man von der traditionellen Tabak- und Nahrungsmittelverarbeitung absieht, ging sie sogar zurück. Am schlimmsten traf es die ohnehin schwache Kapitalgüterindustrie¹⁶). Die Privatinvestitionen nahmen bis 1984 weiter ab, ein Trend, der durch die staatliche Investitionserweiterung nicht wettgemacht werden konnte (siehe Tabelle 4). Eine leichte Erholung trat im verarbeitenden Bereich erst im Stabilitätjahr 1986 ein.

Auch die Ausweitung der Rolle des Staates in der Wirtschaft erwies sich als Bestandteil der Krise: Die Staatsausgaben waren von 1977 bis 1980 nahezu konstant bei über 30 Prozent des Bruttosozialprodukts geblieben und im Wahljahr sogar sprunghaft auf 38 Prozent gestiegen. Nach 1980 setzten sie ihren Aufwärtstrend fort und erreichten 1985 fast 49 Prozent des Bruttosozialprodukts. Damit lag die Staatsquote zwar nur leicht über dem OECD-Durchschnitt, die Entwicklung war aber dennoch problematisch, weil sich die Neuverschuldung des Staates von 1980 bis 1985 verdoppelte und es vor allem die Konsumausgaben des Staates und die Sozialversicherungsleistungen waren, die die Defizite hervorgerufen hatten. Besonders im ersten Regierungsjahr der PASOK ging die sozial-konsumtive Euphorie auf Kosten der Investition — und das auf dem Höhepunkt einer weltwirtschaftlichen Rezession.

Die Entwicklung des Privatsektors in den achtziger Jahren gibt einige Rätsel auf. Auffallend ist seine anhaltende Schwäche, die bereits in den siebziger Jahren erkennbar war. Trotz fortgesetzter, staatlich induzierter Nachfrageexpansion, auf die der private Sektor — im Gegensatz zu früheren Jahren — über-

haupt nicht reagierte, blieb die Erholung aus. Mögliche Erklärungen dafür sind,

— daß durch die rasche Expansion des Staates ein „crowding-out“-Mechanismus (Verdrängungsmechanismus) ausgelöst wurde. Dieser nahm sowohl Ersparnisse als auch Arbeitskräfte in Anspruch — auf Kosten der Privatwirtschaft;

— daß die rapide Verschlechterung der Profitabilität in den achtziger Jahren, ihrerseits ein komplexes Phänomen, zur Investitionsschwäche beigetragen hat;

— daß sich eine Art „Vertrauenskrise“ zwischen Staat und Unternehmertum ausbreitete — von letzterem wird vor allem dieser Grund angeführt;

— daß die schwer durchschaubaren Veränderungen der Rahmenbedingungen durch den Beitritt zur EG (1981) die an Protektion und fremdfinanziertes Risiko gewöhnten griechischen Unternehmer verunsicherten und von größeren Investitionen abschreckten.

Die Unklarheit über die gegenwärtig geltenden und erst recht über die künftig geltenden Regelungen mag die Neigung zum Provisorischen, die ohnehin eines der Hauptkennzeichen der traditionellen griechischen Unternehmer der Nachkriegsjahre ist, noch einmal verstärkt haben. All diese Faktoren reichen jedoch bei weitem nicht aus, die Schwäche des privaten Sektors zu erklären. So gingen die Investitionen schon in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zurück, als die Profitabilität stabil blieb und kein „crowding-out“-Mechanismus zu verzeichnen war; und was die „Vertrauenskrise“ angeht, so warf der Griechische Unternehmerverband auch der konservativen Regierung schon 1976 „Sozialmanie“ vor. Die Schwäche des privaten Sektors ist zudem nicht nur ein griechisches Phänomen. Ähnliches zeigt sich vielmehr in vielen anderen Ländern wie zum Beispiel in Spanien oder Portugal¹⁷).

III. Krisenmanagement 1985—1987

Inflation und schnell wachsende Defizite im Haushalt zwangen die Regierung, auf einen stabilitätsorientierten Kurs umzuschwenken. Das zweijährige Stabilitätsprogramm, das im Oktober 1985 verkündet wurde, fand die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft. Die Regierung hatte zuvor mit der EG über einen Kredit in Höhe von 1,7 Milliar-

den ECU verhandelt, dessen zweite Rate im Januar 1987 nur nach einer Prüfung der Erfolge der Stabilitätspolitik zur Auszahlung käme. Diese Kreditvereinbarung war für Griechenland sehr wichtig, weil es nur so den Gang zum IMF vermeiden konnte, der aus politischem Kalkül nicht tragbar war¹⁸).

Der neue wirtschaftspolitische Kurs, dessen Strenge die internationale Öffentlichkeit davon

¹⁶) Zur industriellen Krise in Griechenland siehe A. Giannitsis, Grèce: L'Industrialization Mirage, in: Les Temps Modernes, (1985) 473, S. 937—959; K. Vaitos/A. Giannitsis: Technologische Transformation und wirtschaftliche Entwicklung (griech.), Athen 1987.

¹⁷) K. Vergopoulos, Rückwärtsentwicklung heute. Ein Versuch über die Stagnation in Südeuropa (griech.), Athen 1987.

¹⁸) Siehe P. Kasakos, Die neue europäische Dynamik und Griechenland, in: P. Kasakos/K. Stefanou (Hrsg.), Griechenland in der EG. Die ersten fünf Jahre. Tendenzen, Probleme, Perspektiven (griech.), Athen 1987, S. 427—455, hier S. 437 ff.

Tabelle 5: Exporte, Importe und Unsichtbare Einnahmen in Griechenland 1972–1987 in Mill. Dollar

	1972	1973	1974	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987*
Exporte	860	1 231	1 803	2 999	3 979	4 093	4 772	4 141	4 106	4 394	4 293	4 513	
Importe	2 197	3 642	4 243	6 498	8 948	2 650	10 149	8 910	8 400	8 624	9 346	9 089	
Handelsbilanz	- 1 337	- 2 411	- 2 440	- 3 499	- 5 016	- 5 557	- 5 377	- 4 769	- 4 294	- 4 230	- 5 053	- 4 577	
Unsichtbare Einnahmen, Netto	963	1 222	1 207	2 544	3 128	3 348	2 969	2 877	2 416	2 098	1 777	2 873	
Laufende Bilanz	- 374	- 1 189	- 1 136	- 955	- 1 888	- 2 209	- 2 908	- 1 892	- 1 878	- 2 132	- 3 276	- 1 704	- 1 300
Das Defizit der laufenden Bilanz in % des Bruttoinlandsprodukts							6,5	4,9	5,4	6,5	9,8	4,3	2,5

*) Schätzung

Quelle: OECD, Greece. Economic Survey 1986/87, Paris 1987, und OECD, Greece. Economic Survey 1983/84, Paris 1983.

überzeugen sollte, daß man es ernst meinte, war generell darauf ausgerichtet,

- die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Produkte zu verbessern,
- interne und externe Ungleichgewichte zu beseitigen und
- die Inflation zu bändigen.

Dies alles sollte vor allem durch eine kräftige Abwertung der Drachme und durch eine erhebliche Reduktion der Binnennachfrage („domestic expenditure“) erreicht werden. Man verpflichtete sich insbesondere, die jährliche Neuverschuldung des Staates, die 1985 die Rekordhöhe von 17,5 Prozent des Inlandsprodukts erreicht hatte, binnen zwei Jahren auf unter zehn Prozent abzusenken¹⁹⁾.

Die breite Palette haushaltspolitischer Maßnahmen, die diese stabilitätspolitischen Ziele erreichbar machen sollten, riefen naturgemäß starke Widerstände bei den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen hervor: Subventionen sollten gekürzt werden, Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor real sinken, die Steuerflucht sollte bekämpft und das Defizit der Staatsbetriebe reduziert werden.

Diese Maßnahmen dienten nicht nur dem Stabilitätsziel, sondern auch längerfristigen strukturellen Zielen. Die andauernden Staatsdefizite erzeugen einen Teufelskreis von wachsendem Schuldenstock, vermehrter Zinsbelastung und vergrößertem Defizit, der auch künftige Generationen belastet, insbesondere dann, wenn er durch Staatskonsum genährt wird. Außerdem wird die Flexibilität der Haushaltspolitik eingeschränkt, wenn die Regierung gerade bei ungünstigen Entwicklungen (Rezession) keine Möglichkeit zu einer gezielten Ausgabenpolitik hat.

¹⁹⁾ Bank von Griechenland, Bericht des Gouverneurs für das Jahr 1985 (griech.), Athen 1986, S. 26 ff.

Auch der Einkommenspolitik fielen komplexe Funktionen zu. Über einschneidende Senkungen der Reallöhne sollten die Nachfrage gedämpft und zugleich auch Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen beeinflußt werden. Das wichtigste Instrument der Einkommenspolitik waren Modifikationen der sogenannten ATA (Automatische Lohnanpassung), die jetzt nicht mehr anhand der tatsächlichen Inflation, sondern anhand der angekündigten Inflationsziele (abzüglich des importinduzierten Teiles) berechnet wurde²⁰⁾. Begünstigt wurden dabei die Niedriglöhne, da nur sie in den „vollen“ Genuß dieser modifizierten ATA kamen, während es ansonsten gestaffelte Abschläge bis zu 100 Prozent gab. Das Ergebnis war eine ständige Verminderung der Abstände zwischen den verschiedenen Lohngruppen, mit zweifelhaften Folgen für die Leistungsbereitschaft der Besserverdienenden.

Die Stabilitätspolitik von 1986/87 erwies sich, indem sie schwerpunktmäßig auf die Einkommens- und Nachfrageseite setzte, als echte „austerity policy“. Die OECD bescheinigte der griechischen Regierung denn auch, daß ihre Maßnahmen die Voraussetzungen für eine Erholung des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses schaffen könnten. Allerdings vermißte sie zunächst effektive Maßnahmen auf der Angebotsseite, die strukturelle Schwächen und Produktionshemmnisse beseitigen könnten²¹⁾.

²⁰⁾ Ebd., S. 77.

²¹⁾ OECD, Greece. Economic Survey 1985/86, Paris 1986, S. 51 ff. Vgl. auch K. Drakatos, Die griechische Wirtschaft in der Krise (griech.), Athen 1987, S. 64. Dabei wird die Angebotsseite natürlich anders definiert, als es die Regierung in der Periode 1981–1985 getan hat, nämlich als die Summe von Maßnahmen, die u. a. dem Ziel dienen, die Arbeitsmarktflexibilität zu erhöhen, eine freundliche Umwelt für die Unternehmer herzustellen, die Regulierung der Wirtschaft durch den Staat einzuschränken („deregulation“) oder zumindest zu rationalisieren.

**Tabelle 6: Neuverschuldung des öffentlichen Sektors in Griechenland
in Prozent des Bruttosozialprodukts des entsprechenden Jahres**

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Ordentlicher und Investitionshaushalt	4,6	5,7	10,0	8,6	9,3	10,3	14,6	9,9
Agrarprodukte (Intervention) und Staatsvorräte	1,3	1,4	2,2	1,8	0,3	2,5	-0,5	0,4
Öffentliche Unternehmungen	1,2	1,9	2,8	2,1	2,8	2,7	2,8	2,2
Lokale Selbstverwaltung und Sozialversicherungen	-1,4	-0,9	-0,6	0,1	-1,1	0,1	0,7	1,4
Neuverschuldung, Netto in % des Bruttosozialprodukts	5,7	8,1	14,3	12,5	11,3	15,5	17,7	13,9
in Mrd. Drachmen	84	143	302	328	351	588	810	761

Quelle: OECD, Greece. Economic Survey 1986/87, Paris 1987, und OECD, Greece. Economic Survey 1983/84, Paris 1983.

Ende 1987 waren viele Ziele des Stabilitätsprogramms fast erreicht, und einige wichtige ökonomische Größen zeigten einen günstigen Trend. Die entscheidende Größe, das Defizit der laufenden Bilanz, in der der Güter- und Dienstleistungsaustausch registriert wird, verringerte sich von 3,3 (1985) auf 1,3 Milliarden Dollar (1987). Das war zum Teil das Ergebnis günstiger äußerer Umstände wie steigender Einnahmen aus dem Fremdenverkehr infolge der Stabilisierung der europäischen Wirtschaften sowie von Einnahmen aus der Seefahrt, die aus dem neuen Transportboom auf den Weltmeeren resultierten (siehe Tabelle 5). Zum Teil hat die Verbesserung der Zahlungsbilanz auch „organischen“ Charakter, was sich an der Ausweitung der privaten Kapitalzufuhr zeigt. Auch bei den Investitionen trat nach sechs Jahren ununterbrochenen Rückgangs 1986 zum erstenmal eine Erholung ein.

Bescheidener fielen hingegen die Erfolge an der Preisfront und bei der Bekämpfung der staatlichen Verschuldung aus. Nach einem anfänglichen vielversprechenden Rückgang stabilisierte sich der sogenannte Neuverschuldungsbedarf des öffentlichen Sektors bei ca. 14 Prozent des Bruttosozialprodukts. Das ursprüngliche Ziel, die Neuverschuldung auf zehn Prozent zu senken, wurde nicht erreicht (siehe Tabelle 6).

Auch das Defizit im Warenaustausch blieb in ungefähr der gleichen Größe bestehen. Das ist insofern nicht erstaunlich, als diesem Ungleichgewicht tie-

ferliegende Faktoren sowohl auf der Produktions- als auch auf der Nachfrageseite zugrunde liegen. Solche Faktoren sind zum Beispiel die geringe Größe der griechischen Unternehmen, traditionelles Führungsverhalten und überkommene Organisationsstrukturen, inadäquate Finanzierung sowie das Fehlen von Forschungsaktivitäten und Fachkräften. Alle Faktoren zusammen verhindern eine rasche Anpassung an eine sich ändernde ökonomische Umwelt²²). Auch die gegenwärtigen Möglichkeiten des griechischen Produktionsapparates entsprechen kaum mehr der heutigen Konsumstruktur.

Die Stabilitätspolitik war von Anfang an naturgemäß auf Widerstand gestoßen. Ihre große Prüfung hatte sie jedoch gegen Ende 1987 zu bestehen, als die Widerstände der Interessengruppen einen Kulminationspunkt erreichten und der Unmut auch auf die Regierungspartei übergriff. Unmittelbarer Anlaß waren die Diskussionen über die Wirtschaftspolitik der Regierung nach dem Ablauf der zweijährigen Programmperiode. Der Konflikt wurde zwar durch den Rücktritt des mit der Sparpolitik identifizierten Wirtschaftsministers, Professor K. Simitis, politisch entschärft, aber nicht wirklich gelöst.

²²) Siehe u. a. W. Hummen, Die developmentpolitische Strategie Griechenlands im Lichte einer Integration in die EG, in: W. Gumpel (Hrsg.), Griechenland und die EG, München 1980, S. 19–35. Siehe auch die Literatur zu Anm. 16.

IV. Ausblick

Das Management der ökonomischen Krise durch eine sozialistisch ausgerichtete Regierung wurde von vielen Seiten aus verschiedenen Beweggründen als „politische Unmöglichkeit“ empfunden. Dennoch gehört es nun zum Erfahrungsbestand nicht nur der griechischen, sondern auch fast der gesamten europäischen demokratischen Linken. Wie in Griechenland, so sahen sich zum Beispiel auch in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland Sozialisten und Sozialdemokraten, die angetreten waren, verteilungs- und gesellschaftspolitische Korrekturen in einem wachsenden System vorzunehmen, vor die Aufgabe gestellt, Strukturen zu bereinigen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß es überhaupt noch Wachstum gibt. Sie haben sich dieser Aufgabe zwar nicht entzogen, aber in allen diesen Fällen ist eine interne Spannung unverkennbar.

Auch in Griechenland betrachten viele Sozialisten die Stabilitätsmaßnahmen als vorübergehenden Rückschritt auf dem Weg zu einem großen redistributiven und wohlfahrtstaatlichen Programm und nicht als Grundbedingung für die Reorganisation der Produktions-, Konsum- und Distributionsprozesse. Die Stabilitätspolitik hat, wie es K. Tsoukalas bezeichnend für die vorherrschende Denkrichtung formulierte, „die Glaubwürdigkeit der Regierung aufs Spiel gesetzt“²³). Dabei wird erstens unterschätzt, daß die Balance zwischen Effizienz und Gerechtigkeit in den achtziger Jahren unter schwierigeren Bedingungen gesucht werden muß als in der langen Zeit der Hochkonjunktur der Nachkriegszeit; und zweitens wird verkannt, daß eine erfolgreiche Stabilitätspolitik den Weg zur Bewältigung chronisch gewordener Disfunktionalitäten ebnet. In Griechenland gilt es insbesondere, industrielle Sklerose und staatsbürokratische Lähmung zu überwinden.

Erstere trat mit dem effektiven Bankrott von privaten Großunternehmen und der schweren Verschuldung der Staatsbetriebe offen zutage. Die Sanierung beider Bereiche ist eine der wichtigsten noch ausstehenden Aufgaben. Die „Organisation für den Wiederaufbau von Krisenunternehmen“ hat bisher nicht die nötigen Erfolge gebracht. Die klassischen Staatsbetriebe, deren Gesamtdefizit die Wirtschaft schwer belastet, haben ihre finanzielle Situation zwar im Rahmen der Stabilitätspolitik etwas verbessern können. Sie zeichnen sich aber weiterhin durch Fehlstrukturen und mangelnde Effizienz aus und könnten sich wegen ihrer Größe und gesellschaftlichen Bedeutung als schwer zu überwindendes Hin-

dernis auf dem Weg zu einem sich selbst tragenden Wachstum erweisen.

Die Verwaltungsreform ist die zweite dringliche Aufgabe. Ihre Notwendigkeit wurde schon früh erkannt (bereits 1963 hat die damalige Zentrumsregierung technische Hilfe dafür bei der OECD beantragt), und es gab auch einige Reformansätze, aber es bleibt noch vieles zu tun. Die „zivile“ Gesellschaft sieht sich heute durch Größe, Struktur, Funktionsweise und Output der bürokratischen Maschinerie des Staates vielfach herausgefordert. Denn trotz einiger Fortschritte hinsichtlich der materiellen Funktionsvoraussetzungen könnte man heute noch lange Passagen des Langrod-Berichtes der OECD von 1965 übernehmen, der ein äußerst düsteres Bild der griechischen Bürokratie zeichnete²⁴).

Die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung in Griechenland wurde in der Vergangenheit weitgehend vom politischen Klientelsystem²⁵) mitbestimmt. Zu dessen Hauptmerkmalen gehört der Mißbrauch des Staatsapparates für die Sicherung des lokalen Einflusses von Ministern, Parteifunktionären u. a. Dieses System hatte sich im 19. Jahrhundert etabliert, als „die Wähler von denen, die sie gewählt hatten, erwarteten, ihnen eine Beschäftigung zu sichern, wenn nötig gegenüber der beschwerlichen, ineffizienten und unflexiblen Bürokratie zu intervenieren und allgemein Vergünstigungen zu verteilen . . . Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen in der Verwaltung bedeutete, daß diese viel größer als strenggenommen notwendig war.“²⁶)

Dem weitverbreiteten Unmut über den Staatsapparat hat man nun in den achtziger Jahren durch einige Reformen Rechnung getragen. Aber es gibt noch keine langfristig orientierte, kontinuierliche und auf Effizienz gerichtete Reformkonzeption und auch keinen politischen Konsens darüber. Zu unmittelbar sind zu viele Interessengruppen an der Aufrechterhaltung des bestehenden Systems interessiert.

Der Druck zur Bewältigung der großen noch ausstehenden Aufgaben, von denen nur einige exemplarisch angeführt wurden, ist auch in Zukunft gegeben. Die weltwirtschaftlichen Strukturen sind in Bewegung geraten, und auch innerhalb der Euro-

²³) C. Tsoucalas, *Radical Reformism in a 'Pre-Welfare' Society - The Antinomies of Democratic Socialism in Greece*, in: Z. Tzannatos (ed.), *Socialism in Greece* (Anm. 13), S. 24.

²⁴) Vgl. G. Langrod, *Reorganization of Public Administration in Greece. A Report* (OECD), Paris 1965. Vgl. auch D. Athanassopoulos, *Die griechische Verwaltung* (griech.), Athen 1983.

²⁵) K. Pfeffer/I. Schaafhausen, *Griechenland - Grenzen wirtschaftlicher Hilfe für den Entwicklungserfolg*, Hamburg 1959.

²⁶) R. Clogg, *Short History of Modern Greece* (Anm. 1), S. 85.

päischen Gemeinschaft haben sich durch die Revision des EG-Vertragswerks rasche Veränderungen angekündigt²⁷⁾. Insbesondere die Perspektiven für

²⁷⁾ Siehe R. Hrbek/Th. Läufer, Die Einheitliche Europäische Akte. Das Luxemburger Reformpaket: eine neue Etappe im Integrationsprozeß, in: Europa-Archiv, 41 (1986) 6, S. 173-184.

das Jahr 1992, das Jahr, in dem in der EG der Gemeinsame Binnenmarkt Wirklichkeit werden soll, gewinnen immer mehr Gewicht im politischen Denken Griechenlands. Die griechische Regierung führt die Einführung des Gemeinsamen Binnenmarktes nunmehr als obersten Legitimationsgrund für die Fortsetzung des Stabilitätsexperiments an.

Klaus-Detlev Grothusen: Der Weg der Türkei in die Moderne — 65 Jahre politisch-historischer Entwicklung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14-15/88, S. 3-12

Ausgehend von der Gründung des türkischen Nationalstaates am 29. Oktober 1923 werden drei Grundphänomene untersucht, die bis heute für die Entwicklung von Politik und Gesellschaft in der Türkei prägend sind: der Kemalismus, der türkische Nationalstaat und die Modernisierungsproblematik.

Ausgangspunkt ist dabei die unbestreitbar überragende Bedeutung Mustafa Kemals (Kemal Atatürk) für die Staatsgründung von 1923 und die Entwicklung der Türkei bis 1938. Ausführlich wird die Frage behandelt, inwieweit das bis heute von jedem führenden türkischen Politiker abgegebene Bekenntnis zum Erbe Kemal Atatürks in der politischen Praxis tatsächlich einen Niederschlag findet. Zum besseren Verständnis der Leistungen und Zielsetzungen Kemal Atatürks werden die Voraussetzungen der Staatsgründung von 1923 bis in die Schlußphase des Osmanischen Reiches zurückverfolgt. Hierbei wird insbesondere die lange Tradition deutsch-türkischer Beziehungen betont.

Da die von Kemal Atatürk angestrebte „Modernisierung“ zugleich auch „Europäisierung“ bedeutet, sind die Beziehungen der Türkei zu Europa, insbesondere die westeuropäisch-türkischen Beziehungen seit 1945, ein weiterer Schwerpunkt der Darstellung. Außerdem wird die wechselvolle Entwicklung der türkischen Innenpolitik behandelt, in deren Verlauf es seit dem Zweiten Weltkrieg dreimal (1960, 1971 und 1980) zu Interventionen der Armee gekommen ist. Abschließend wird eine Zusammenfassung der Entwicklungslinien der modernen Türkei versucht, wobei das Augenmerk vor allem auf die Situation der Türkei nach dem Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG vom 14. April 1987 und den letzten Parlamentswahlen vom 29. November 1987 gerichtet ist.

Faruk Şen: Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei seit 1973

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14-15/88, S. 13-24

Nachdem das Schwellenland Türkei am 14. April 1987 den Antrag auf Erwerb der Vollmitgliedschaft in der EG gestellt hat, ist ihre wirtschaftliche Entwicklung für die EG-Mitgliedsstaaten interessanter geworden. Der soziale und politische Wandel in der Türkei, der stets eine sehr starke Westorientierung beinhaltet, hat eine fast 65jährige Tradition. Allerdings wurde die demokratische Entwicklung seit 1960 dreimal durch Militärinterventionen unterbrochen.

Die türkische Wirtschaftskrise, die durch die drastischen Ölpreiserhöhungen von 1973 ausgelöst wurde und sich nach der Zypern-Intervention im Sommer 1974 verschärfte, dauerte bis zum Ende der siebziger Jahre. Während dieser Zeit wuchs das Außenhandelsdefizit der Türkei ständig. Zunehmende Devisenknappheit und stark steigende Auslandsschulden prägten die türkische Wirtschaft, so daß die Kapazitätsauslastung in der Industrie auf 56 Prozent schrumpfte und die Inflationsrate 1980 auf 108 Prozent stieg.

Die neue liberale Wirtschaftspolitik, die Turgut Özal eingeleitet hat, zielt auf eine Exportexpansion und auf den Erhalt von Bauaufträgen hauptsächlich aus den arabisch-islamischen Staaten. Diese Wirtschaftspolitik hat der Türkei bereits zu beachtlichen außenwirtschaftlichen Erfolgen verholfen. Die Türkei konnte ihre Exporte von 1979 bis Ende 1987 um mehr als das 4,5fache steigern. Diese Exportsteigerung beruhte allerdings hauptsächlich auf einer Beschränkung der inländischen Nachfrage. Die Türkei ist auf dem Wege von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft. Während die türkische Landwirtschaft und die türkische Infrastruktur noch als unterentwickelt zu bezeichnen sind, kann sich die türkische Industrie doch in verschiedenen Bereichen mit den anderen EG-Staaten messen. Obwohl sie heute noch mit verschiedenen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, wäre die Türkei längerfristig eine Bereicherung der EG, zumal sie mit ihrer ständig wachsenden Bevölkerung einen interessanten Absatzmarkt bieten kann.

Heinz A. Richter: Aspekte der griechischen Zeitgeschichte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14-15/88, S. 25-35

Die erste griechische Republik (1923 bis 1935) war ähnlich wie die Weimarer Republik durch die Hypothek eines verlorenen (des griechisch-türkischen) Krieges belastet. Hinzu kamen völlig veraltete politische Strukturen (Klientelnetze) und der anachronistische Streit über die Staatsform. 1935 wurde die Republik durch einen Staatsstreich gestürzt. Am 4. August 1936 errichteten König Georg II. und General Metaxas eine Ko-Diktatur. Innenpolitisch orientierte sich das Regime an Italien und Hitler-Deutschland. Außenpolitisch steuerte es einen Schaukelkurs zwischen ideologischer Affinität zum Faschismus und rationaler Rückversicherung durch Großbritannien, der in die Isolierung führte und Griechenland zum Opfer des italienischen und deutschen Expansionsstrebens werden ließ.

Im Zweiten Weltkrieg erlitt Griechenland das Schicksal aller besetzten Länder. Es entstand eine linksorientierte Résistance, die im Verlauf der Okkupation den griechischen Staat von den „Graswurzeln“ her zu demokratisieren versuchte. 1944 kam es zum bewaffneten Zusammenstoß der Résistance mit Truppen der britischen Regierung unter Winston Churchill, die nicht bereit war, eine linksorientierte griechische Nachkriegsrepublik zu akzeptieren. 1945/46 folgte eine von Großbritannien tolerierte Konterrevolution monarchistischer und rechtsextremer Kreise, die einen Eskalationsprozeß von Gewalt und Gegengewalt auslöste, der zum Bürgerkrieg führte (1946 bis 1949).

Die Jahre von 1950 bis 1963 waren durch die absolute Vorherrschaft der politischen Rechten und eine äußerst enge Abhängigkeit von der Schutzmacht USA geprägt. Als sich Mitte der sechziger Jahre Veränderungen abzeichneten und die „angestammte“ Herrschaft der Rechten bedroht war, kam es zur Militärdiktatur (1967 bis 1974).

Nach dem Sturz der Militärs im Jahre 1974 wurde in Griechenland die Demokratie eingeführt. In den nächsten Jahren erfolgten tiefgehende Reformen, die die Demokratie festigten. Kennzeichnend für die Festigkeit der Demokratie des heutigen Griechenlands ist u. a. die Tatsache, daß die 1981 erfolgte Übernahme der Regierung durch die sozialistische PASOK keine großen Erschütterungen bewirkte.

Panos Kasakos: Entwicklungsprobleme und wirtschaftliche Optionen im Griechenland der achtziger Jahre

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14-15/88, S. 36-46

In den achtziger Jahren sehen sich Wirtschaft und Gesellschaft Griechenlands vor prinzipiell die gleichen Probleme gestellt wie andere europäische Länder auch. Die Strategien aber, die hier angewandt werden, sind entscheidend durch die politische Tradition sowie Leistungen und Verfehlungen der Nachkriegsperiode beeinflusst.

Fehlentwicklungen im strukturellen Bereich traten offen zutage, als sich die weltwirtschaftliche Lage in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verschlechterte. Beim Übergang ins laufende Jahrzehnt war die Lage in Griechenland gekennzeichnet durch außenwirtschaftliche Defizite, Probleme der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates, verlangsamtes Wachstum und rückläufige Entwicklungen bei den privaten Investitionen und der Industrieproduktion. Nach der wirtschaftlichen Euphorie der Transformationsperiode von den frühen fünfziger bis zur Mitte der siebziger Jahre herrschte nun allgemein Krisenstimmung.

Nach dem politischen Wechsel von 1981 nahm die sozialistische Regierung zunächst eine Reformpolitik in Angriff, die zugleich redistributiv und expansiv ausgerichtet war. Als sich jedoch zeigte, daß sich der Wachstumsprozeß nicht nennenswert erholte, fand 1985 inmitten einer tiefen außenwirtschaftlichen Krise eine radikale Umorientierung in fast allen Politikbereichen statt.

Von Ende 1985 bis heute wird mit Hilfe einer rigorosen Stabilitätspolitik versucht, die Defizite in der laufenden Bilanz und im Staatshaushalt zu beseitigen und die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Produkte zu verbessern. Diese Politik wird in der Überzeugung geführt, daß das wirtschaftliche Wachstum auf die Wiederherstellung des internen und externen Gleichgewichts folgen wird.

Die Stabilitätspolitik hat zwar die Voraussetzungen dafür verbessert, daß die Ressourcen des Landes, anstatt in den öffentlichen und privaten Konsum zu fließen, nun für Investitionen zur Verfügung stehen; im Bereich der Institutionen (Bildung, Verwaltung, Steuerreform) und der wirtschaftlichen Strukturen (Sanierung der Krisenindustrien und öffentlichen Unternehmungen) aber stehen noch grundlegende Reformen aus. Schließlich geht es nicht nur darum, Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren, sondern vor allem darum, den Herausforderungen gewachsen zu sein, die das Land durch Veränderungen der europäischen (Ausbau des Binnenmarktes) und weltwirtschaftlichen Umwelt auf sich zukommen sieht.